

DISTANZ

Online-Magazin

abseits

deutscher

Konsenswünsche

5

An aerial, black and white photograph of a highway interchange and surrounding urban area, tilted at an angle. The image shows a multi-lane highway curving through a city, with buildings, parking lots, and other infrastructure visible. The overall aesthetic is high-contrast and grainy, with some dark spots and streaks scattered across the page.

Inhalt

Editorial	4-5
Was antideutsch ist – zur kritischen Theorie der Szene	
→ Redaktion Antideutsch.org	7-15
Die Antideutschen zwischen Sozialdemokratie und Sezession	
→ AK Ideologiekritik Darmstadt	15-23
Die Moral heißt Deutschland	
→ Zwischen Tür und Angel	23-46
Zeit für Kassensturz	
→ Gruppe Akronym	47-55
Hannah Arendts We Refugees Reconsidered	
→ Marcel Matthies	56-63
Sinngabungsversuche der vollendeten Sinnlosigkeit oder Über Agitprop und Auschwitz	
→ Marcel Matthies	64-72

Editorial

Antideutsches Denken, sofern dieser Denkstil sich überhaupt fassen lässt, einst mit dem richtigen Anspruch angetreten, mit israel-bezogenem Antisemitismus, regressiver Kapitalismuskritik und ahistorischem Marxverständnis von Traditions- und Bewegungslinien zu brechen, war mit einer Kampfansage an Deutsche Ideologie verbunden. Es scheint heute jedoch nur noch zu einer blanken Verteidigung der Wertakkumulation fähig zu sein. Die Rede von der ›Aufklärung‹, den ›westlichen Werten‹ und der ›Zivilisation‹, die man doch gegen allerlei postmoderne Zivilisationsmüdigkeit hoch zu halten gewillt ist, erweckt den Eindruck bloßen Jargons und muss das Existenzialurteil kritischer Theorie, nämlich, dass man es mit einer falsch eingerichteten Gesellschaft zu tun hat, zu sehend stärker ausblenden.

Bekanntlich fiel schon Hegel mit der Affirmation bürgerlicher Gesellschaft hinter seinen eigenen philosophischen Standpunkt der Negation zurück. Mit Kritischer Theorie, als deren Gralshüter sich weite Teile der zeitgenössischen Antideutschen verstehen und in deren Bund man sich gegen die postmoderne Regression auszugeben meint, hat dies indes nicht mehr viel zu tun; eher bildete die rechtshegelianische Rede des Positivisten Francis Fukuyama und das Telos vom Ende der Geschichte den Rahmen, in dem sich die antideutschen Neuliberalen so wohligh eingerichtet haben.

Auch das von Teilen der Antideutschen aus der Geschichte katapultierte singuläre Menschheitsverbrechen Auschwitz ist nicht gegen Wert, nicht gegen Zivilisation und schon gar nicht gegen Geschichte, sondern nur durch diese zu betrachten. Das hat mit Geschichtsrelativismus indes nichts zu tun: Eine kritische Theorie der Gesellschaft hat Besonderes, hier die Deutsche Ideologie und die Singularität der Shoah, dort das Allgemeine der kapitalistisch-fetischistischen Vergesellschaftung zu vermitteln. Eine Erkenntnis, von der man sich längst verabschiedet hat, für die einer der zentralen Stichwortgeber antideutschen Denkens – Moishe Postone – jedoch stand. Adornos kategorischer Imperativ beinhaltet mitnichten die Negation des Marxschen, ist jedoch längst zur antidialektischen Rechtfertigung der »offenen Gesellschaft« (Karl Popper) verkommen.

Zwar frönt man einer ›gesellschaftskritischen‹ Position, will jedoch nicht kommunistisch, sondern »ideologiekritisch und sonst nichts«¹ sein, womit die Position der menschlichen Gesellschaft verlassen und die zehnte Feuerbachthese ignoriert wurde. Stattdessen nimmt man die Spiegelfechtereie um Links- und Rechtsantideutsche als Identitätsangebot dankend auf und ist längst so deutsch, dass man sich zur Apologie der AfD und der Nation hinreißen lässt. Das Kapitalverhältnis kann man vor lauter Koran-Exegese nicht mehr erkennen, sondern lässt sich lieber von den Verhältnissen traditionslinker Provenienz dumm machen. Dementsprechend werden allzu aufgeregt der zeitgenössische Gender- und Queerfeminismus mit richtigen wie zweifelhaften Argumenten attackiert,

aber die Diskussion und Vermittlung zu einem materialistischen Feminismus vernachlässigt.

Auf der Ausdrucksseite schließlich wird entgegen dem Postulat negativer Dialektik selbst der dümmste Konsum – etwa der zur Reconquista hochgejazzte Besuch des Weihnachtsmarkts², aber auch allerlei Wimpel und Mütchen³ – als identitäres Angebot der im Spätkapitalismus zur völligen Austauschbarkeit verkommenen Pseudoindividualität gepriesen. Dagegen weiß Ideologiekritik im Sinne negativer Dialektik, dass die »Freiheit von Achselschweiß und Emotionen« selbst nur »den wirtschaftlichen Zwang zurückstrahlt«⁴. Das notwendig falsche Bewusstsein ist schließlich erst dann überwunden, wenn »keinem Menschen mehr ein Teil seiner lebendigen Arbeit vorenthalten« würde.⁵ Der Grundsatz der Ideologiekritik heißt aus diesem Grunde: kommunistisch und sonst nichts. In Anlehnung an den programmatischen Text Stephan Grigats von 2007⁶ fragt das Distanz-Magazin deshalb:

Was heißt antideutsch heute?

2 Siehe: Maul, Thomas: <https://www.thomas-maul.de/2018/12/anlasslich-des-straburger-terrorakts.html>.

3 Siehe: Grigat, Stephan: Mit Wimpel und Mütchen. In: <https://jungle.world/artikel/2008/32/mit-wimpel-und-muetchen>.


4 Siehe: Adorno, Theodor W.; Horkheimer, Max: Dialektik der Aufklärung, 1969, S. 176.

5 Siehe: Adorno, Theodor W.: Negative Dialektik, 1966, S. 148.

6 Siehe: Grigat, Stephan: Was heißt Antideutsch? In: <https://www.cafecritique.priv.at/antideutsch.html>

1 Siehe: Redaktion Bahamas, Ideologiekritisch und sonst nichts. In: <http://www.redaktion-bahamas.org/auswahl/web57-2.html>.

Die inhaltlichen Positionen der Artikel spiegeln nicht zwangsläufig die Meinung aller Redaktionsmitglieder wider.



Was antideutsch ist – zur kritischen Theorie der Szene

→ Redaktion Antideutsch.org

»Deutsch ist, wer kapitalproduktiv arbeitet und politisch bis in den Tod loyal ist. Selbstaufopferung und Selbstverwertung – darin besteht ‚das Deutsche‘, und darin liegt die Botschaft der Nationalfolklore.«¹ Joachim Bruhn

¹ Siehe Bruhn, Joachim: Was deutsch ist – Zur kritischen Theorie der Nation, S. 130.

In Zeiten, in denen Bekenntnisse via Profilbild, Jutebeutel, Taz-Kolumne oder Facebookkommentar das Denken und Handeln weitgehend ersetzt haben, kann es nicht schaden, noch einmal daran zu erinnern, was es mit der antideutschen Kritik einst auf sich hatte. Was nach dem Zerfall der meisten antideutschen Politprojekte in unzählbare, sich unterschiedlichen politischen Spektren anbietende und dabei selbst vermarktende, Individuen noch von der Synthese vorhanden ist, die das Label einst zu leisten vermochte. Und zu fragen, was irgendwo hinter Szenecodes, Jargon und politischen Bedürfnissen eigentlich noch stecken könnte.

1. Kritik der Tradition, Tradition der Kritik

Aus dem Flügel der »Nie wieder Deutschland«-Demonstration, der einen tatsächlichen Bruch mit der Linken vollzog und nicht einfach deren alte Dogmen – wie Antiimperialismus oder Antimilitarismus – auf Deutschland übertrug, wuchs in den 90er Jahren eine kritische Auseinandersetzung mit einer auch im Ausland oftmals allzu deutschen Linken heran.² Nach dem Scheitern des Realsozialismus galt es das Ende einer Nachkriegsordnung begrifflich zu fassen, gegenüber einer Linken, der das kollektive Erwachen aus ihrer sowjetromantischen Phantasmagorie kaum Anlass zur Selbstbesinnung auf den marxischen Imperativ wurde. Während Deutschland in Rostock-Lichtenhagen, Solingen und Mölln seine deuschnationale Identität auf ihre einzig mögliche Weise herstellte – mit Mord und Totschlag – begann sich die Zivilgesellschaft der zukünftigen Berliner Republik zu formieren.

² An dieser Stelle sei noch einmal an die Unwahrheiten der Antinationalen erinnert, die den Bruch der antideutschen Kritik nur allzu gerne in ihre Theorien eingemeinden. Allen voran an Floris Biskamp, der in einem Interview über »Antideutsche« verdrängt oder verdrängen will, dass die von ihm erkannten (antinationalen) Motive keinen Bruch mit linken Dogmen, sondern ihre bloße Reform darstellen. Der Bruch der antideutschen Kritik dient hier zur Distinktion der antinationalen Theorien, die sich so besser akademisch verwerten lassen können. Womit auch alles notwendige über sie gesagt sein dürfte.

Die antideutsche Kritik erinnerte daran, was die Wiedervereinigung und daraus entstandene symbolträchtige Aktionen, wie der Aufbau der Dresdner Frauenkirche, zu verdrängen drohten: das kollektive Verbrechen der deutschen Nation, das mit dem Namen Auschwitz verbunden ist. Sie machte auf die Geschichte des »volksgemeinschaftliche[n] Resultat[s]«³ aufmerksam. Die Kritik richtete sich auch gegen eine Linke, die durch Antizionismus der Volksgemeinschaft politisch und ideell die Treue hielt und die Opfer des Antisemitismus auf den St. Nimmerleinstag der Revolution vertrösten wollte. Antideutsche Kritik folgt dem kategorischen Imperativ im Stande der Unfreiheit und ist das Bestreben, »Denken und Handeln so einzurichten, dass sich Auschwitz nicht wieder-

³ Siehe Bruhn, Joachim: Was deutsch ist, S. 79.

hole und nichts ähnliches sei⁴. Ohne dabei ernsthaft dem bürgerlichen Irrglauben zu verfallen, dass die Bedingung der Möglichkeit von Auschwitz in etwas anderem läge als in der Ordnung von 1789. Anders, als es linke Deutsche und antideutsche Nichtmehr-Linke gerne darstellen, ging es dabei nie darum, den Marxschen Imperativ zu ersetzen. Die antideutsche Kritik kann keinen Zweifel daran lassen, dass Antisemitismus und Antizionismus objektive Denkformen der bürgerlichen Gesellschaft sind, die als Lügen in Deutschland auf brutalste Art und Weise wahr gemacht wurden.

Der Nationalsozialismus war kein Rückschritt in eine archaische Barbarei, sondern die Verwirklichung der negativen Utopie des Liberalismus. In Auschwitz wurden Juden nicht mit Keulen erschlagen, sondern massenhaft industriell vernichtet. In Auschwitz wurden Kapital und Staat nicht außer Kraft gesetzt, sondern im Massenmord verwirklichten beide ihr mörderisches Potenzial. Die bürgerliche Gesellschaft wird niemals die Lösung für das Problem namens Antisemitismus finden können, weil sie selbst Ursache des Problems ist. Und so zeigt sich auch, dass Frankreich und das Vereinigte Königreich momentan so wenig eine Lösung gegen den Antisemitismus parat haben, wie es die Berliner Republik hat.

Doch sie ist zu verteidigen gegenüber jedweder angestrebten negativen und faschistoiden Aufhebung als Bedingung der Möglichkeit, Kapital und Staat überhaupt kritisieren zu können⁵ und im Falle Israels als wehrhafte Antwort⁶ auf den Antisemitismus. Die Herausforderung für dasjenige Denken, welches nach Adorno die Wut sublimiert, ist das Verweilen im Bewusstsein notwendiger Kritik am Liberalismus bei dessen gleichzeitiger Verteidigung gegen die durch ihn vermittelten Feinde der Vermittlung.

Die zweite, für die antideutsche Kritik bedeutsame politische Zäsur, die zwischen Gegenwart und Nachkriegszeit liegt, war 9/11.⁷ In deren Zuge rückte auch eine dritte, der Wiedervereinigung historisch vorgelagerte, politische Zäsur stärker in das Blickfeld: die islamische Revolution im Iran 1979.⁸ Im Prozess des Zusammenbruchs des realexistierenden Sozialismus tat sich mit dem politischen Islam ein Akteur hervor, der den Antizionismus stellvertretend für das wiedervereinigte Deutschland in mörderischer Konsequenz ausleben konnte. Die Werke amerikanischer Konservativer, wie Samuel P. Huntingtons *Clash of Civilization*, mit einem materialistischen Begriff von Religion gelesen, boten damals die Anknüpfungspunkte, eine postsowjetische Welt zu verstehen. Antideutsches Denken müsste sich der oben formulierten Herausforderung stellen und den Materialismus nicht an die Politik verkaufen. Das Proklamieren politischer Lösungsansätze hingegen, ist die Ersatzhandlung des ohnmächtigen Ideologiekritikers.

Antideutsch ist die Kritik einer Tradition, die ihren mörderischen Frieden mit Kapital und Staat gemacht hat. Sie ist aber auch die Tradition einer Kritik und kann nur derer eingedenk überhaupt sein. Das heißt: Sie wendet weder als Theorie ihren in der Geschichte erlernten Schematismus auf die Gegenwart an, noch verliert sie sich selbst in bewusstlosem (und damit auch theorielosem) wilden Spekulationismus. Sie gibt sich weder einem nostalgischen

⁴ Siehe Adorno, Theodor W.: Negative Dialektik, S. 356.

⁵ Siehe dazu ausführlicher: Redaktion antideutsch.org: Verteidigung der falschen Freiheit, auf: <https://antideutsch.org/2019/01/06/verteidigung-der-falschen-freiheit>.

⁶ Damit aber nicht dessen Lösung, welche erst die befreite Gesellschaft wäre.

⁷ An anderer Stelle schrieben wir bereits: »Es wird zukünftigen HistorikerInnen überlassen sein, zu bestimmen, welches Ereignis die Nachkriegszeit als Zeit der Blockkonfrontation beendete: die deutsche Wiedervereinigung oder der 11. September 2001? Die neue politische Zeitordnung lässt sich nicht mehr leugnen. Zum einen zeichnet sich die gegenwärtige politische Realität dadurch aus, dass außenpolitische Konflikte fernab der gewohnten Polarität stattfinden. So kennt der syrische Bürgerkrieg beispielsweise unzähligen Mitspieler, deren Verhältnisse zueinander – nicht trotz, sondern wegen zahlreicher Verflechtungen miteinander – sich tagtäglich ändern. Zum anderen lässt sich das Ende der Polarität auch innenpolitisch in der Zerstückelung der Parteienlandschaft beobachten.« Siehe: Redaktion antideutsch.org: Clash of...what? auf: <https://antideutsch.org/2019/05/21/europawahl/>.

⁸ In der Konstellation der tiefgreifenden Bedeutung der Ereignisse islamische Revolution 1979, Wiedervereinigung 1990 und elfter September 2001 und ihrer Reflexion auf Auschwitz muss die antideutsche Kritik logisch (nicht historisch) verstanden werden.

Bolschewismus oder West-Alliierten Live Action Role Play hin, noch geht sie in der blinden und lautstarken Über-Identifizierung mit der gegenwärtigen israelischen Politik auf.

2. Antideutsch ist Antideutsch und Politik ist Politik!

Uns ist einerlei wer, wann, wo und warum beschließt wem, wann, wo und warum eine Stimme zu geben. Was ostdeutsche Fußballfans und westdeutsche Oi-Skins gerne behaupten sind wir aus tiefstem Herzen: unpolitisch. Gegen eine Cannabis Legalisierung und ein paar Cent mehr Stundenlohn ist überhaupt nichts einzuwenden. Doch eine Enteignung von Wohnungsgesellschaften ist eine – für Mieter zwar wünschenswerte – Marktregulierung, aber kein Schritt in Richtung staaten- und klassenloser Gesellschaft. So begrüßenswert ein Winterabschiebestopp sein mag, jedes Bundesland ist mitverantwortlich für das Sterben im Mittelmeer. Ein Kopftuchverbot wird dem patriarchalischen Islam nicht den erhofften Todesstoß versetzen und weder die Grünen noch die AfD haben irgendeine andere Vernunft im Angebot als die des Kapitals.⁹ Es gibt keinen Grund hinter die, unter anderem von Manfred Dahlmann und Joachim Bruhn in Anlehnung an Johannes Agnoli vielfach ausgeführte, Kritik der Politik zurückzufallen.

Das antideutsche Geschäft kann allein das destruktive der Kritik sein, die die organisatorische Vermittlung der als Dichotomien verstandenen Theorie und Praxis den K-Gruppen und ihren zeitgemäßen Erscheinungen überlässt. Antideutsch ist den Finger in die Wunde ergo die Kritik in die Krise zu legen. Antideutsche Kritik ist eine schonungslose Sabotage, die unter der Hand weder Staat noch Kapital affirmiert, aber auch nicht die Bedingung ihrer eigenen Möglichkeit vergisst. Für eine politische oder akademische Karriere ist sie untauglich. Daraus folgt umgekehrt auch: jede politische Praxis oder akademische Theorie ist keine antideutsche Kritik, sondern bestenfalls Broterwerb und schlimmstenfalls Wahn.

Politik ist die Auseinandersetzung innerhalb der vom Staat gegebenen Rechtsformen: »Vom Recht und damit vom Staat, zu verlangen, eine gerechte Gesellschaft herzustellen, das heißt sein Gewaltmonopol vernünftig zu gebrauchen, ist und bleibt grober Unfug – weder Staat noch Recht lassen sich je als Instrumente zur Herstellung herrschaftsfreier Verhältnisse verwenden.«¹⁰ Jede Abstraktion von der konstitutiven Gewalt des Staates ist ebenso Idealismus, wie der Glaube das die Gleichheit im bürgerlichen Recht nur konsequent angewendet werden müsste. Der Staat ist materialistisch als die politische Form des Kapitals zu denunzieren, in dem – wie alle Waren auf den Wert – alle Bürger in Abstraktion ihrer Besonderheiten auf den Souverän bezogen werden: »Diese schizophrene Konstitution des *l'homme*, der nicht als konkretes Individuum, sondern einzig als das mit sich unheilbar im Streit liegende siamesische Zwillingsspaar aus Bourgeois und Citoyen auf die gesellschaftliche Bühne tritt, setzt jeden Protest, jedes geltend machen besonderer Interessen, in ein zutiefst zweideutiges Verhältnis zum Staat. Die sozialistischen, feministischen

⁹ Siehe dazu Redaktion antideutsch.org: Clash of...what? auf: <https://antideutsch.org/2019/05/21/europawahl/>

¹⁰ Siehe Dahlmann, Manfred: Was heißt antideutsch? (Vorwort zur Neuauflage) in: Bruhn, Joachim: Was deutsch ist?, S. 13.

oder antirassistischen Oppositionsbewegungen scheinen geradezu Bewegungen auf Rechnung und im höheren Interesse des Staates zu sein; ihr Ziel, das sie doch erst noch in aufreibenden Kämpfen durchzusetzen haben, scheint nichts anderes als der Staatsauftrag selbst, der ureigentliche Sinn und Zweck des Staates zu sein, d.h. die Verwirklichung seiner Verfassung.«¹¹

3. Abrissunternehmen an der deutschen Linken und der antideutschen Szene

Ein Abrissunternehmen an der deutschen Linken, dessen destruktiver Sinn ohnehin nur im »Platz schaffen«¹² für den kategorischen Imperativ als Kern einer Linken zu Tage kommen würde und nicht als Selbstzweck, hätte zuallererst mit Theorien und Begriffen aufzuräumen, die als Zombie den von ihnen rationalisierten Gegenstand längst überlebt haben. Die linke Theorieproduktionen der Nachkriegszeit vom marxistischen Neo-Leninismus über den existenzialistischen Anarchismus bis hin zum autonomen Operaismus sind Gegenstände von bloß historischen Interesse – Dokumente eines philosophischen Scheiterns, als versuchte Antizipation der Revolution nicht zu einem Stein des Anstoßes geworden zu sein. Das mit dem Zusammenbruch des sehr realen und wenig sozialistischen Realsozialismus erreichte Ende der Nachkriegszeit muss sich in den Begriffen einer antideutschen Kritik ausdrücken, will diese mehr als Nachkriegs-Nostalgie sein. Weder die angeblich mögliche Menschwerdung der Deutschen in der Adenauer-Republik, noch die kommunistische Befreiung der Arbeiterklasse im Stalin-Staat – welche bei Hobsbawm stellvertretend für die meisten Linken das Leid des Stalinismus legitimiert hätte – sind eingetreten. Die materiellen Bedingungen ihrer Möglichkeiten sind unwiederbringlich überholt.

Wenn in der Linken überhaupt noch von einem Klassenstandpunkt aus argumentiert und nicht vom Klassismus gesprochen wird, dann leiht man sich die theoretische Autorität dabei von keinem geringeren als Karl Marx – dem angeblichen Erfinder der marxistischen Klassentheorie. Die post-antideutsche Ideologiekritik ist da keine Ausnahme, was in ihrer trotzistisch anmutenden Analyse des Brexits deutlich wird. Jene Klassentheorie teilt das Schicksal einer jeden Theorie: Sie ordnet die Wirklichkeit an Hand eines Schematismus. Ein Schematismus, der bei Marx, der als Theoretiker der Arbeiterklasse darauf hoffte, seine Kritik der politischen Ökonomie durch das Proletariat bewahrheiten zu lassen, wenigstens noch einigermaßen zeitgemäß die Wirklichkeit rationalisierte, ist heute gänzlich anachronistisch. Auch wenn es die Nachkriegszeit gekonnt verdrängen konnte, bewies die Arbeiterklasse mit ihren Organisationen, spätestens am 30. Januar 1933, wenn nicht bereits in der Novemberrevolution 1918, sehr deutlich, dass sie alles andere als revolutionär ist. Wenn nun, wie Marx sagt, die Arbeiterklasse revolutionär ist oder gar nicht ist, dann ist sie nicht mehr. Im Nationalsozialismus wurde die Spaltung der Gattung negativ aufgehoben. Die Klassengesellschaft wurde auf ihrer eigenen Basis – dem Ausschluss aller durch alle bei gleichzeitigem

¹¹ Siehe Bruhn, Joachim: Was deutsch ist, S. 90.

¹² Siehe Benjamin, Walter: der destruktive Charakter, auf: <https://www.textlog.de/benjamin-der-destruktive-charakter.html>.

Einschluss aller durch alle – obsolet. Ohne die Existenz der Klassen anzutasten, verspielte die Arbeiterklasse im Nationalsozialismus jede auf sie gesetzte Erwartung an das revolutionäre Subjekt. Nur, wer das nicht wahrhaben will, glaubt ernsthaft erneut, dass in der nächsten Krise dem Proletariat ein Klassenbewusstsein vom Himmel fällt. Bei Marx steht schließlich auch, dass sich Geschichte immer zwei Mal ereignet: Das erste Mal als Tragödie und das zweite Mal als Farce.

Ebenso stellt sich die Frage, wie viel mit dem gängigen Wörtchen vom Rassismus – als Platzhalter eines Begriffs der Rassifizierung der ökonomischen Minderwertigkeit – kritisiert werden kann, wenn in den 60er Jahren nach Großbritannien gekommene, indische Einwanderer sich wegen den nun einwandernden »bloody poles« nach einer von Brexit und dedizierter Partei versprochenen, nationalen Souveränität sehnen. Ebenso wenig, wie der Wert als Ursache des Klassengegensatzes ist der Souverän als Ursache der Rassifizierung von Menschen zu unwerten Untermenschen abgeschafft. Doch wie wenig Antirassismus noch zu einer Kritik von Staat und Kapital beitragen kann, kann im *Missy Magazin*, jedem x-beliebigen postkolonial-kritisch-weißem Uniseminar und bei ihren rechtsantideutschen Kritikern nachvollzogen werden.

4. Antifaschist, für immer?

Das Abrissunternehmen höchstselbst hat sich im Jargon verstrickt, nicht zuletzt, wenn es zum Thema »Faschismus« beziehungsweise »Antifaschismus« kommt: Denn das Gerede von Antifa 3.0 oder Islamfaschismus verkennt, dass die historischen Bedingungen des Faschismus nicht mehr gegeben sind. Faschismus ist zum Platzhalter geworden, um sich mit der Legitimation aus der Geschichte in den virtuellen Kampf zu stürzen – je nach post-antideutschem Gusto für oder gegen Flüchtlinge. Eine antideutsche Kritik täte nicht schlecht daran, sich erneut kritisch mit der eigenen Tradition und insbesondere mit der Fixierung auf ein kommendes viertes Reich auseinanderzusetzen.¹³ Während Wolfgang Pohrt über die Wiedervereinigung einst resümierte, er wäre unfähig gewesen, adäquat zu reagieren, da er versuchte, 1990 mit den Begriffen von 1945 zu fassen, spricht die Unfähigkeit der meisten linken und insbesondere angeblich antideutschen oder ideologiekritischen Kreise, mit einer pro-israelischen Rechten umzugehen, ohne entweder in ihre Affirmation oder selbst in die Israelkritik zu verfallen, gegenwärtig Bände. Während heute also an jeder Ecke und hinter jeder Tür Faschisten gesehen werden – und wir wollen gar nicht leugnen, dass es auch für persönliche Befriedigung sorgt, reaktionäre Subjekte aller Art als »Faschos« zu denunzieren – wird paradoxerweise gerade die aktive Verteidigung der falschen Freiheit gegen die derzeitige Ausprägung der Reaktion nicht in Angriff genommen. Politischen Reaktionären, die nicht völkischer Gesinnung sind, wird, wenn überhaupt, nur mit Stickern, verbaler Kraftmeierei und dem Vertrauen auf den idealisierten Rechtsstaat entgegengetreten. Bündnisse wie Ehrlos Statt Wehrlos, die sich als Reaktion auf eine »drastische Häufung von Anfeindungen und physischen Übergrif-

¹³ Das heißt nicht, dass diese Auseinandersetzungen und Reflexionen mit den eigenen verfehlten Begriffen der frühen 60er Jahre nicht stattgefunden haben. Sie sind jedoch im Begriff im Strom der Geschichte vergessen zu werden

fen auf Menschen vorausgegangen, die aus Sicht islamischer Ehrvorstellungen als schwach, unmoralisch oder bedrohlich gelten: unabhängige Frauen, Transsexuelle, Schwule, Atheisten, liberale Muslime oder Juden¹⁴ gegründet haben, sind leider nur die Ausnahme die diese Regel bestätigt.

Der sich ideologiekritisch gebende Applaus für die AfD ist die Vollendung der Kapitulation vor den herrschenden Verhältnissen. Anstatt sich das eigene Versagen, eine vernunftbegabte und emanzipatorische Islamkritik nicht in den Diskurs geprügelt zu haben, zu vergegenwärtigen, wird mangels jedweder Reflexion ausgerechnet diejenige neo-völkische Institution affirmiert, aus welcher der Antisemitismus aus jeder Pore trieft. Allein das historische Wissen darüber, dass in jedem sozialdemokratischen Nationalismus der Antisemitismus angelegt ist, müsste jede Parteinahme für die AfD im Vorherein delegitimieren – von den regelmäßigen Ausfällen ihrer Funktionsträger und Basismitglieder ganz zu schweigen. Die Kehrseite dieser Kapitulation bilden die zahlreichen anti-rassistischen Loveparades, die sich als Demonstrationsform dank organisatorischer Hilfe der radikalen Linken mittlerweile etabliert haben. Während lokale anti-rassistische Initiativen im Angesicht mordbrennender Rassisten fehlende Unterstützung beklagen, inszeniert sich der institutionalisierte Antirassismus als soziales Wohlfühl-Event. Da auch die Zerfallsprodukte der antideutschen Szene zwischen diesen beiden Polen changieren, reproduzieren sie bewusstlos das politische Spiegelspiel zwischen Souveränismus und wiedergutgewordener Zivilgesellschaft.¹⁵

5. Israel ist staatsgewordene, negative Geschichtsphilosophie – Stop the Bomb!

Der Tourismus ist kein elementarer Faktor der israelischen Wirtschaft und die IDF ist auch nicht auf den Verkauf von Merchandise angewiesen. Wer sein Profilbild mit Fähnchen, sein Laptop mit Panzerstickern dekoriert oder nach Israel in den Urlaub fährt, handelt als Privatmensch. Derartige Israelsolidarität ist eine Moge-packung und in erster Linie identitäre Selbstbestätigung, Projektionsleistung und die scheinbare Erfüllung der überwundenen Sehnsucht nach der Zugehörigkeit zu einem Volk, dass auf der richtigen und auch siegreichen Seite der Geschichte steht. Nicht, dass gegen die gezielte Provokation von Antisemiten etwas auszusetzen zu wäre, sind die Formen doch im Angesicht des Verlustes ihrer Schockwirkung längst Kulthandlungen und selbst Farce geworden. Das staatsgewordene Selbstmordkommando des iranischen Regimes wird von keiner Israelfahne – weder im eigenen Zimmer noch in Sichtweite des Al-Quds-Marsches – aufgehalten.

Solidarität wäre die Unterstützung israelischer Belange, genau da, wo sie zielführend ist. Angesichts der atomaren Bedrohung Israels durch das iranische Regime, dessen wirtschaftliche Kooperation mit Deutschland und Österreich von *Stop the Bomb* und iranische Exiloppositionellen seit Jahren aufgedeckt und angegriffen werden, gäbe es dafür klare Möglichkeiten. Jeder Angriff auf die Wirtschaft des Irans ist ein Angriff gegen das Regime, jeder An-

¹⁴ Ehrlos statt Wehrlos: Ein Jahr »Ehrlos Statt Wehrlos«, auf: <https://www.ehrlosstattwehrlos.de/2019/04/15/ein-jahr-ehrlos-statt-wehrlos>

¹⁵ Siehe dazu Redaktion antideutsch.org: Clash of...what? auf: <https://antideutsch.org/2019/05/21/europawahl/>

griff auf das Regime wird von der Hoffnung getragen, dass die Bevölkerung sich dessen entledigt. Dafür arbeiten *Stop the Bomb* und iranische Exiloppositionelle auf je unterschiedliche Art und Weise. Wer glaubt, Flugtickets nach Tel Aviv seien mehr als Urlaub, dem sei eine andere Geldanlage empfohlen:

Konto: Mideast Freedom Forum Berlin
Verwendungszweck: Stop the Bomb
IBAN: DE75 1007 0024 0766 8866 00
BIC/Swift: DEUTDE33HAN30

6. Gegen Deutschland sowieso

Nicht trotz, sondern wegen Auschwitz beansprucht Deutschland heutzutage ein Dasein als moralische und vor allem europäische Großmacht. Die Zerfallsprodukte des antideutschen Denkens wissen vom Exportschlager deutscher Ideologie, doch sie vergisst mittlerweile dann doch allzu oft den Exporteur selbst. Vor lauter Ideologiekritik macht man häufig seinen Frieden mit dem eigenen Staat und die Kritik des deutschen Staates wird zur Nörgelei an der Regierung. Die Folgen dessen, was die Antideutschen Kommunisten Berlin schon 2005 anmerkten, zeigen sich heute deutlich, wenn man auf das blickt, was gemeinhin als »antideutsch« gilt oder sich selbst so bezeichnen möchte: »Die Gründe dafür, Deutschland zu hassen, werden dabei jedoch selten aus eigenen unangenehmen Erfahrungen mit diesem Land und seinen Bewohnern genommen. Statt sie aus der Sache selbst zu begründen, können die Antifaschisten die Ablehnung der Gegenwart offenbar nur ausdrücken, indem sie einen Umweg über die nationalsozialistische Vergangenheit nehmen. Das Missvergnügen an den Zeitgenossen begründen sie, indem sie auf die von deren Großeltern begangenen Untaten, bzw. deren ideologische Instrumentalisierung hinweisen. Leid und Unglück der gegenwärtigen Welt tauchen höchstens im Gedenken an die Opfer von Neonazis oder Islamisten auf, deren ideologische Nähe zum deutschen Faschismus man zurecht betont. Die schlechte Einrichtung der heutigen Institutionen wird bewiesen, indem man ihre Ähnlichkeit mit denen des Dritten Reichs herausstellt.«¹⁶

Doch die Widerwärtigkeiten der postnazistischen Volksgemeinschaft sind real, gegenwärtig und nicht erst Produkt der Politik Angela Merkels. Der antideutschen Kritik müsste ein Blick in den Fernseher eigentlich reichen, um die Alltäglichkeit des vom deutschen Staat ausgehenden Leides und die permanente volkspädagogische Rationalisierung durch seine Charaktermasken zu sehen. Dort kann auch die Propaganda des logisch mit der sozialen Pazifizierung nach innen einhergehendem außenpolitischem Kriegszustand wahrgenommen werden. Die angestrebte Rolle Deutschlands innerhalb dieses Konkurrenzkampfes der Staaten ist die der moralischen Supermacht, was selten so auf den Punkt gebracht wurde, wie von den beiden Todenhöfens bei *Titel Thesen Temperamente*. Deutschland habe die historische Möglichkeit, seine Rolle als Vermittler zu ergreifen, heißt es da unisono von Vater und Sohn. Wie dabei in Konflikten vermittelt wird, in denen die alten

¹⁶ Antideutsche Kommunisten Berlin: Prä-revolutionäre Weltverneinung, auf: <http://adk.atspace.com/pub/global/antifa.html>

Bündnispartner involviert sind oder wie völkische die Leitlinien der deutschen Außenpolitik sind, ist bekannt. Den Ustacha-Fanboys und Neo-Osmanen fällt es schwer, ihr Grinsen zu unterdrücken.

Eine besondere Bedeutung fällt dabei auch der EU zu – erst recht nach dem sich anbahnenden Austritt des Vereinigten Königreichs. Am Verhalten gegenüber der amerikanischen Aufkündigung des Iran-Abkommens lässt sich die Frontstellung erkennen, in die sich eine deutsch-europäische Außenpolitik begeben wird. Bereits während der deutschen Enthaltung bezüglich des Irak-Krieges und der hinter der Parole »kein Blut für Öl« verdrängten wirtschaftlichen Kooperation deutscher Rüstungskonzerne mit dem Regime im Irak konnte die Spaltung innerhalb der EU an der Haltung gegenüber den USA erkannt werden. Nach dem Brexit verlieren die sehr an einer Nähe zu den Vereinigten Staaten interessierten ost-europäischen Staaten einen wichtigen pro-amerikanischen Bündnispartner innerhalb der EU. Unverständlich daher, dass die berechnete post-antideutsche Kritik der Europäischen Union sich ausgerechnet auf den Brexit und den US-amerikanischen Isolationismus positiv bezieht und der alten Parole von »Ami go home« doch zustimmt, anstatt sich wieder deren verstärkte Präsenz zu wünschen. Deren Präsenz war der Garant der zumindest partiellen Westbindung der Bonner Republik.

7. Antideutsche, nicht bessere Deutsche

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft und andere Organisationen der deutsch-jüdischen Zusammenarbeit sind Teil der Wiedergutwerdungspolitik, die durch ihr notwendigerweise instrumentelles Verhältnis zu Juden auffallen. Eine materialistische Kritik des Antisemitismus ist innerhalb dieses politischen Verhältnisses nicht möglich. Das instrumentelle Verhältnis, das jede politische Arbeit mit ihren Bündnispartnern eingeht, verkennt die materialistische Solidarität gegenüber den Juden und ihrem Staat, zwingt einen selbst dazu, sich gegenüber der Politik des Bündnispartners zu verhalten. Und das heißt in letzter Instanz immer auch und sich gerade gegenüber dem jüdischen Staat – sei es als Freund oder Feind – zu verhalten, anstatt an dessen bedingungsloser Notwendigkeit als einzig mögliche Reaktion auf den Antisemitismus, innerhalb einer Weltgesellschaft, die weder Klassen noch Staaten überwunden hat, festzuhalten.

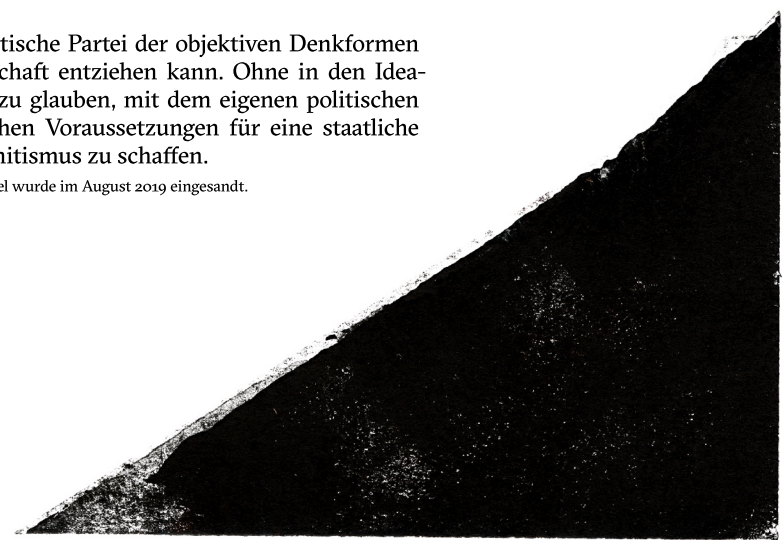
Dieser politische Aktivismus begibt sich in ein ebenfalls politisches und instrumentelles Verhältnis gegenüber dem deutschen Staat, der deutschen Gesellschaft und ihrer Vereinigung als Volksgemeinschaft und gibt damit bereitwillig die fundamentale Opposition der materialistischen Kritik auf.¹⁷ Worum es stattdessen gehen müsste, wäre ein Stören des antisemitischen Konsens der Politik und die Sabotage der angestrebten Wiedergutwerdung des German Gedenkens.¹⁸ Es müsste darum gehen, die Einfallstore der Politik in den Antisemitismus schonungslos offen zu legen und überall dort anzugreifen, wo sie einem begegnen, egal ob in linken Räumen, deutschen Universitäten oder sonst wo. Ohne dabei zu vergessen, dass sich weder die linke Szene noch die Universitäten

17 Siehe dazu: Redaktion antideutsch.org: Kann es einen Materialismus geben, der nicht antideutsch ist?, auf: <https://antideutsch.org/2018/11/05/wertarbeit/>

18 Siehe dazu das entsprechende Hashtag auf unserer Website: <https://antideutsch.org/tag/german-gedenken/>

und schon gar keine politische Partei der objektiven Denkformen der bürgerlichen Gesellschaft entziehen kann. Ohne in den Idealismus zu verfallen und zu glauben, mit dem eigenen politischen Engagement die rechtlichen Voraussetzungen für eine staatliche Bekämpfung des Antisemitismus zu schaffen.

Anmerkung der Redaktion: Der Artikel wurde im August 2019 eingesandt.



Die Antideutschen zwischen Sozialdemokratie und Sezession

→ AK Ideologiekritik Darmstadt

Die letzten Jahre haben für einige Verwerfungen innerhalb der vormals antideutschen, später ideologiekritisch genannten Sparte der deutschen Linken gesorgt. Es scheinen sich Grabenkämpfe zu wiederholen, die einst selbst für den Abspaltungs- und Herausbildungsprozess der antideutschen Zusammenhänge kennzeichnend waren, nur diesmal im Herzen derselben. Wir vermuten dahinter eine Reihe von Positionsänderungen, die selten als solche diskutiert wurden, daher nun aber im Folgenden beleuchtet werden sollen.

1. Seit wann sind Antideutsche für Klassenkampf?

Seit wann sorgen sich Antideutsche, insbesondere diejenigen, die sich um die Zeitschrift Bahamas versammelt haben, um die »Gefühle der Unterschicht« (Schneider 2017)?¹ Wann genau hat sich der »hässliche Deutsche« in einen zwar mit etwas Distanz, aber nicht ohne Sympathie betrachteten und viel gebeutelten kleinen Mann verwandelt? Woher kommt das Interesse an sozialen Konflikten, sogar verbunden mit Klassenkampf-Anleihen? Es mag in den täglichen Diskussionen rund um die Kommentarspalten und kurzen Bekenntnistexte verblasst sein, aber nicht vergessen werden sollte, dass derartige Avancen an den »Pöbel« noch vor ein paar Jahren in dieser Szene ein regelrechtes No-Go war. Der positive Bezug auf soziale Konflikte war, in den vergangenen 15 Jahren, vornehmlich ein Charakteristikum derjenigen, von denen man sich insbesonde-

1 Was David Schneider in seinem Artikel »Schluss mit Feierabend« (Bahamas 76/2017) noch zurecht als wahlweise »fürchterlicher Kitsch« und »Gefühlspädagogik« gilt, hört sich 2 Jahre später beim Roten Salon Leipzig schon ganz anders an. Hier geht es darum, wie im Angesicht der Klimakrise gerade die grünen Besserverdiener sich ihren vermeintlich fetten Distinktionsgewinn sichern können gegenüber dem Plastik- und Diesel-Pöbel (siehe unten); nicht, dass solche Beobachtungen gänzlicher Unsinn wären, sie schlagen in ihrem Rückgriff auf den »Werkzeugkasten der Motivationspsychologie« (Schneider 2017) nur eben plötzlich ganz andere Töne an und blenden interessiert Wesentliches aus.

2 Eine Absage an jeglichen »traditionellen Praxisfetisch« erteilte etwa Justus Wertmüller »auch israelfreundliche[n] Linke[n]« – also jenen, die nicht bereit waren, auf Zuruf durch die Bahamas »ihr persönliches Politikfeld, in dem sie doch weiterhin aktiv bleiben wollten«, so ganz einfach hinter sich zu lassen. Siehe »Jedes Heft eine Intervention« (Bahamas 73/2016).

3 Zunehmend schmaler wird auch der Grat zur Verschwörungstheorie, präsentiert als die postmoderne Deregulierung der Nationalstaaten; etwa, wenn oben genannter Wertmüller darüber sinniert, dass der Staat sich über eine »antifaschistische Staatsraison« abschaffen würde (Bahamas 82, 2019). Das funktioniert dann nach dem Motto: die von den 1968ern angestoßenen gesellschaftlichen Veränderungen, die sich später ebenfalls teilweise in der postmodernen Theorie widerspiegeln würden, sind die Ursache für den postmodernen Kapitalismus.

4 Ankündigungstext zur Konferenz: <https://thunderinparadise.org/2019/09/05/die-mobilisierte-gesellschaft-und-ihre-verlierer/>

re in obigem Blättchen nicht selten großspurig abgewandt hatte,² und die sich wiederum selbst auch zunehmend von der antideutschen Ideologiekritik entfremdet hatten. Was hat es also auf sich mit dem Bezug auf das Prekariat, der aufkeimenden Sozialromantik gegenüber den Abgehängten?

Selbstverständlich steht es jedem frei, eigene Positionen zu überdenken und auch zu verwerfen. Nicht selten ist dies sogar zu begrüßen. Je schroffer die Wende jedoch ist, desto mehr besteht die Notwendigkeit, erst einmal auch an Selbstkritik zu denken. Man sollte erwarten: Vielleicht gab es einen guten Grund für die Montagsdemo gegen Hartz 4 im Jahre 2005, und vielleicht wäre es angebracht gewesen, in der globalisierungskritischen Bewegung mehr zu sehen als einen Katalysator für Antisemitismus und einen potentiellen Bündnispartner des Islamismus.

Stattdessen wird unter der Hand der Begriff des »postmodernen Kapitalismus« eingeführt, um nur nicht den linken Begriff des Neoliberalismus verwenden zu müssen und es wird weitergemacht im gleichen besserwisserischen Habitus, ohne sich auch nur ansatzweise einmal eigenen Versäumnissen zu stellen.³

Mehr noch ist auffällig, dass man nach dem Kurswechsel nicht allein sorgfältiger mit Positionen und Gruppierungen umgehen will, die früher brachial mit dem Holzhammer bedacht wurden, oft scheint es vielmehr nicht ohne ein Verwerfen früherer, eben nicht selten auch wichtiger Einsichten zu gehen. Bemerkenswert ist also zweierlei: die Unterschlagung des Umbruchs selbst geht auch einher mit einer stillschweigenden Aufweichung und sogar Aufgabe früherer Positionen – und das wohl nirgends so deutlich wie im Wirkungskreis der Zeitschrift Bahamas, die im weiteren nun auch im Fokus stehen soll, auch wenn der Dunstkreis derer, die sich irgendwie antideutsch nennen könnten, weit darüber hinaus geht.

Ein weiteres Beispiel für die besagten Umbrüche findet sich im Ankündigungstext einer kleinen Tagung der Frankfurter Gruppe Thunder in Paradise (TiP), die im November (2019) stattfand und deren Thema die »mobilisierte Gesellschaft und ihre Verlierer« war. Konstatiert wird darin die »Entsorgung des Klassenkampfes« durch die Linke, bei gleichzeitigem Wechsel zur Identitätspolitik:

»Was vorher als Nebenwidersprüche liegen geblieben war – die Frage der sozialen Randgruppen, die nicht primär durch ihre ökonomische Lage bestimmt war –, trat an die Stelle des Klassenkampfes. Die Neuen sozialen Bewegungen, die wahlweise Jugendliche, Frauen, Ausländer, Krüppel oder Tiere für die Revolte mobilisieren wollten, stiegen in den 1970er Jahren auf aus dem Dunkel der Niederlagen der sozialen Kämpfe in den westlichen Metropolen und in der Dritten Welt.«⁴

Statt kritischer Töne zu den Irrungen und Wirrungen im Klassenkampf nun der empörte Vorwurf, diesen wie den Hausmüll entsorgt zu haben, ganz als sei dies einer Linken, der man sonst kaum etwas zutraut, derart planvoll möglich; Hauptsache also, man hat einen Schuldigen. Für solcherlei Agitation war auch das »Trüffelschwein« der deutschen Linken bekannt, der Kommunis-

5 Wir würden gerne wissen, wie oft dieses Werk in der Zeitschrift Bahamas von 1995 bis 2018 zitiert wurde.

6 Felix Bartels etwa hat in »Being a Bat« das treffende Bild einer ideologiekritischen Szene gezeichnet, in der man sich – wie eine Federmaus – nur dann gut bewegen kann und man weiß, wo man geradesteht, wenn andere angeschrien werden: <https://salonkommunisten.com/being-a-bat/>

7 Das führt etwa Justus Wertmüller aus in der bereits oben zitierten, hinsichtlich der taktischen Erwägungen ganz interessanten (und auch etwas rührseligen) Bestandsaufnahme zu 20 Jahren Bahamas (»Jedes Heft eine Intervention«): »Wir mussten selber verblüfft feststellen, dass es [...] gelungen ist, die Palästina-Solidarität innerhalb der Linken komplett abzuräumen. [...] Inzwischen hat man zwar ein israelsolidarisches Label, auf der anderen Seite setzt man aber alles daran, um zum Beispiel die Kritik am Islam nicht, oder nur mit Einschränkungen zu üben«. Anderswo heißt es: »Als israelsolidarisch geht heute neben sympathischen Zeitgenossen auch jeder durch, der aktiv verhindert, dass der Hass auf die Juden in Europa beim Namen genannt wird und alles hintertreibt, was Israel eine kleine Entlastung sein könnte.« (»Ideologiekritisch und sonst nichts«)

8 Hinzukommt regelmäßiger Applaus für die Bahamas von Identitären (siehe etwa Martin Sellner) und der alt-right Internet-Community.

tische Bund (KB), aus denen die Antideutschen und die Zeitschrift Bahamas hervorgegangen sind. Kronzeuge für eine derartige Vergangenheitbewältigung ist dann oft André Gorz Werk »Abschied vom Proletariat« von 1980.⁵

Zu Fragen wäre deswegen, ob der eine oder andere Referent nicht einen Vortrag über sich selbst gehalten hat, denn zumindest eine Kontinuität (auch ehemaliger) Antideutscher ist es, die eigene, jeweils vorherige Sozialisationsstufe stets am meisten zu verachten (und das auch jedem ungefragt aufs Brot zu schmieren); darin ähnelt man den vom Glauben abgefallenen Ex-Maoisten in heutigen Führungspositionen oder dem zum militanten Nichtraucher gewordenen Ex-Raucher. Bekämpft wird in solcher Geltungssucht eigentlich nicht das politisch Andere, sondern die eigene abgespaltene Vergangenheit, reduziert auf leicht erledigbare Abziehbildchen.

Neben dieser Auseinandersetzungen mit sich selbst zeugt all dies auch von einem narzisstischen Zwang, sich denn stetig als Avantgarde zu behaupten.⁶ So erfolgen Brüche und heftige Grabenkämpfe nicht selten dann, wenn es hinsichtlich der eigenen Hegemonie eigentlich einen gewissen Erfolg zu verbuchen gab: als man nicht mehr nur gegen den deutschen Nationalismus sein wollte, weil die schon so viele taten, wurde die Solidarität mit Israel zur Gretchen-Frage, und als glücklicherweise auch der Antizionismus in gewissen Kreisen an den Nagel gehängt wurde, erhielt die Frage, wie man es denn mit dem Islam halte, zunehmendes Gewicht wie auch Sprengkraft.⁷

Deutlich wird also: Man versucht sich wieder an der Frage des Klassenkampfes, nicht ohne dabei »die Linke« für dessen Niedergang verantwortlich zu machen. Das ist an sich weder komplett falsch noch ungewöhnlich, aber auf der Zunge zergehen lassen sollte man sich doch, was das auch über die je eigene politische Tätigkeit der hier wetternden Protagonisten rückblickend aussagen würde. Ist die Kritik des Antisemitismus, die Israelsolidarität etwa völlig fern der Identitätspolitik? Und war man selbst nicht auch immer wieder mit dabei, wenn es galt, den »Klassenkampf-Fetisch« der »Traditionsmarxisten« polemisch auf seine Verkürzungen hin abzuklopfen? Und wie steht es eigentlich um die aktuelle Position zu tatsächlichem Klassenkampf, was wird darunter verstanden und wie verträgt sich dieser mit der eigenen Gesellschaftskritik?

2. Bahamas, Globalisten und die Sezession

Interessant sind in diesem Zusammenhang Überschneidungs- und Anknüpfungspunkte der aktuellen Einschätzung über die Gesellschaft zwischen der (ehemals antideutschen, zwischenzeitlich ideologiekritischen, jetzt anscheinend sozialdemokratischen) Bahamas-Fraktion auf der einen Seite und Teilen der neurechten Publikationslandschaft, wie etwa der Zeitschrift Sezession.⁸ Die von Götz Kubitschek herausgegebene Zeitschrift vertritt ein Bild von Gesellschaft, in welchem diese in zwei Lager gespalten ist: »Auf der einen Seite eine globalistische Elite, die an keinem Ort fest verankert ist und einer transnationalen Kultur frönt – auf der anderen

Seite eine Mehrheit der gesellschaftlichen Mitte, die fest an einem Ort verankert ist und mit nationaler Kultur verbunden ist.«⁹ Damit wird der Gegensatz von kosmopolitischem Bourgeois und verwurzelteltem Prolet verhandelt, also kurz: die »Anywheres« setzten sich auf Kosten der »Somewheres« durch.

Doch ist die so beschriebene Unterschicht derart hinterwäldlerisch und argwöhnisch gegenüber Fremden, bewegen sich die Herrschenden in einem derartig post-nationalen Raum? Wir zitieren aus einem Text von Günter Sandleben, der sich auf den Soziologen Michael Hartmann bezieht:

»Der Soziologe Michael Hartmann beschäftigte sich immer wieder mit der Frage, inwieweit die Bourgeoisie eine globale oder nationale Klasse ist. In seinem neuesten Buch hat er die Globalisierungsthese im Prozess der Klassenbildung heftig kritisiert und sie aus theoretischen, vor allem aber aus empirischen Gründen als ‚Legende‘ bezeichnet. [...] In seinen empirischen Studien konzentriert sich Hartmann auf den Aspekt der grenzüberschreitenden räumlichen Mobilität von Eliten. Dabei stellt er fest, dass von einer wirklich globalen Bourgeoisie nichts zu sehen ist. Eine transnationale Klassenlage gebe es nicht. [...] Statt transnational zu sein, verbleibe die Bourgeoisie weitgehend in den Grenzen ihrer nationalen Identität und sei weiterhin eng mit ihrer jeweiligen Nation verbunden. [...] Dieser empirische Befund bestätigt die These von der immer noch großen Bedeutung der Nationalökonomie für die Klassenbildung. Die Klassenlage der Bourgeoisie bleibt nationalökonomisch definiert, mit all den kulturellen Besonderheiten, die damit verbunden sind. Als bestimmende nationale Klasse hat sie ein Proletariat hervorgebracht, das sich in dieser nationalen Form reproduziert und das unter solchen nationalen Bedingungen auch kämpfen muss.«¹⁰

Auch wenn sich die nationale Bourgeoisie durch Bildung und Ressourcen-Zugriff in einer globalisierten Welt ganz anders zu rechtfindet als das Proletariat kann also von einer wirklich internationalen Elite nicht gesprochen werden. Wenn überhaupt, dann kann eine gewisse Mittelschicht identifiziert werden, die sich u.a. durch eine höhere räumliche Mobilität auszeichnet und aus verschiedenen Gründen Themen wie Migration positiver gegenübersteht, als beispielsweise eine abgehängte Landbevölkerung. In dieser Mittelschicht sehen wir auch das oft gescholtene »rot-grüne« Milieu, das sich keineswegs mit der Bourgeoisie, also den Eigentümern der Produktionsmittel sowie den Grundeigentümern, in eins setzen lässt. Weiterhin müsste eine Analyse ansetzen bei den Widersprüchen in den Interessen der verschiedenen nationalen Kapitalfraktionen, die nun gerade nicht unterschiedlos »internationalistisch« sind; unter anderem die Kritik an der Trumpschen Handelspolitik etwa gibt Aufschluss darüber, dass, was durchaus begrüßt wird von solchen Fraktionen, die sich Schutz vor der Konkurrenz auf dem Weltmarkt erhoffen, von anderen wiederum als Gift angesehen wird.

¹⁰ <http://www.guenther-sandleben.de/mediapool/57/574173/data/Trump.pdf>

¹¹ Siehe etwa <https://www.br.de/mediathek/podcast/zuendfunk-generator/warum-der-erfolg-des-populismus-auch-wirtschaftliche-gruende-hat/1422257>
Interessant ist aber auch, hinsichtlich der um die Wendezeit zunehmenden Nazi-Gewalt in der Ex-DDR, dass diese gerade nicht als Folge des ökonomischen Niedergangs vom Himmel fiel, sondern durch jahrelange Arbeit von Kadern vorbereitet wurde; siehe: <https://www.17grad.net/pages/214-rechtsextremismus-in-der-ddr/>

¹² Siehe etwa in »Kultur statt Krankenkasse« (Bahamas 70, 2015): »Den Volksstaat wieder zurückzugewinnen, darum geht es der sozialkonservativen Klientel der Pegida. Ihre Sehnsucht ist die Rückkehr in die goldene Ära des Postfaschismus der Bundesrepublik, in die formierte Gesellschaft im Sinne Erhards, die die Früchte der nationalsozialistischen Modernisierung genoss, ohne dafür die Kosten einer permanenten gesellschaftlichen Generalmobilmachung tragen zu müssen«.

¹³ Lustigerweise wird dann ausgerechnet noch Thatcher und Kohl zugutegehalten, dass diese bei allem Übel doch wenigstens noch »die neuen privatisiert-pekären Verhältnisse, die sie schufen, mit der Einimpfung konservativer Werte absichern« wollten.

Abgesehen davon war zum einen gerade die hier bemitleidete »Unterschicht« etwa der BRD in den goldenen Zeiten des Wirtschaftswunders viel aufgeschlossener gegenüber kulturellen Einflüssen aus dem angelsächsischen Raum und hat maßgeblich zu dem, was wir heute westliche Kultur nennen, beigetragen. Zum anderen spricht vieles dafür, dass es gerade nicht die von der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte besonders negativ betroffenen Bevölkerungsteile sind, die im größten Maße Sympathien für AfD und Co hegen.¹¹

In solchem Geraune verschwimmen also gerade die tatsächlichen Klassenpositionen und sozialen Differenzierungen, so wird etwa eine akademische »Mittelschicht« nach oben gedichtet und der »Unterschicht« eine besondere Heimatverbundenheit nachgesagt, die wenig mit der tatsächlichen Klassenlage zu tun hat. Damit bricht hier, mit dem Aufmachen dieser Dichotomie aus global und lokal, eine Schiefelage in der Kritik durch.

Während solche Positionen 2015 noch wohlwollend als zwar falsch, aber nicht ganz unverständlich dargestellt wurden,¹² hat man sich selbst also zusehends hierhin bewegt. Beispielhaft kann hier etwa der Text »Disruption und Zivilgesellschaft« (Bahamas 79, 2018) von Uli Krug stehen, in welchem sich dieser mit dem »Zusammenhang von Protestbewegung und postmodernem Kapitalismus« befassen will. Ausgehend von durchaus richtigen Bemerkungen über das Abräumen des fordistischen Klassenkompromisses wird es zusehends abenteuerlicher; werden erst die 68er einerseits in ihrer Gegnerschaft zum Staat zu stillen Komplizen der neoliberalen Reformen, dann zur manischen, aber dann doch irgendwie »staatsaffine[n] Mittelklasse«, die sich in ihrem Protest-Furor stets neue Schützlinge suchen muss, bis sie schließlich mittels »der Ausrufung einer imaginären Klimakatastrophe« noch die letzten postmodernen Scheußlichkeiten durchzuführen im Stande sind (hallo Priesterbetrugstheorie).¹³

Der Schlussakt besteht dann in einem inzwischen zwar bekannten, nichtsdestotrotz doch bedenkenswerten Schwenk von Schröder hin zum »Antifa-Milieu«, wobei letzterem angedichtet wird, »den kapitalen Angriff sowohl als solchen zu leugnen, wie dessen Erscheinungen und Konsequenzen gutzuheißen, die neuen Zumutungen zu affirmieren«, am Ende gar »eines Sinnes zu werden mit der neuen Fluidität«. Die neue Fluidität erregt also den Unmut – letztlich ein Bild von den Verwerfungen der kapitalistischen Weltgesellschaft, dass sich anschmiegt an die Erzählungen der neuen Rechten – und der »Antifa« unterstellt man Positionen, die von ihrer Radikalität noch leicht rechts von der Jungen Union lägen, einfach weil man eh gerade am Draufschlagen ist. Das erinnert selbst letztlich vielmehr an die dümmsten der etwas angegrauten Demo-Parolen aus antifaschistisch-antideutschen Kreisen und ähnlichen Polemiken, die hier, bei wirklich wohlwollender Auslegung, noch mit dem Bild so einer »klassistischen Antifa« gemeint sein könnten. Aber damit gilt für Uli Krug: »Die neue Front verläuft eben nicht mehr zwischen mehr oder weniger faschistisch-nationalistischem Staat und den Antifaschisten, wie man ursprünglich

ausgemalt hatte, sondern zwischen den globals und locals«. Ob er sich damit gezwungen sieht, Partei für Letztere zu ergreifen bleibt wie üblich unausgesprochen, jedoch wird dagegen vor allem ein »antagonistischer Reformismus« in Stellung gebracht, also ein Zurück zur wirklichen Sozialdemokratie. Und wer sich derart positiv auf den Nationalstaat bezieht, für den sind zwangsläufig irgendwann die »globalisierten Eliten« oder »Globalisten« die Feindbilder, selbst wenn diese Trennung in »globals« und locals« vorerst noch der kritisierten (links-grünen) Gegenseite untergeschoben wird.¹⁴

Es stimmt natürlich, grundsätzlich wird mit der zunehmenden Durchsetzung der kapitalistischen Weltgesellschaft immer mehr Raum, immer mehr Ressourcen der Bourgeoisie und deren gehobenen Verwaltungspersonal zugänglich gemacht, offenkundig etwa beim teuren Wohnraum in beliebten Städten. Dies festzustellen ist nun aber keine Analyse oder gar Kritik, sondern erst Ansatzpunkt für Weiteres, zumal hier noch auf dem Niveau von einfacher Globalisierungskritik. Nicht allein diese formulierte nun schon lange auch einen Einspruch gegen eine solche Dynamik der Prekarisierung, zwar oft unter dem Niveau einer Kritik der politischen Ökonomie, aber eben kein Einspruch, dem man nun eine Blindheit gegenüber den Sorgen der Abgehängten nachsagen könnte, wie es aber das Ideologem von einer zur Identitätspolitik konvertierten Linken tut.

Von solcherlei Bewegungen, die seit langem Kritik an der Prekarisierung, Sozialabbau und auch den alltäglichen Sorgen üben, will man aber dann doch nichts wissen. Denn, was man von den sozialen Bewegungen hält, die sich laut Bahamas und Co in der Linken nach der Abkehr vom Proletariat bildeten, das macht Rajko Eichkamp an anderer Stelle deutlich: »Meine politische Sozialisation fällt also in eine Zeit, bevor es die Grünen gab und bevor die Neuen sozialen Bewegungen Gestalt angenommen haben, die heute tief in den Staatsapparat eingedrungen sind und die das mediale und mentale Klima fast schon diktatorisch bestimmten.«¹⁵ Der Verrat am Proletariat war einer, der sich in diesem Denken für die Linken gelohnt habe.

3. Sozialdemokratisierung

Besondere Aufmerksamkeit verdient in diesem Zusammenhang auch der sozialdemokratische Charakter des mal mehr, mal weniger offenkundig angebotenen Gesellschaftsentwurfs; unter einem positiven Bezug auf die Trente Glorieuses und den New Deal macht man es selten.¹⁶ Dabei schwingt sodann eine seltsame Nostalgie gegenüber einer Nachkriegsordnung mit, der man zuvor eher misstraute: zurecht galt eben insbesondere der antideutschen Linken diese Ordnung einer Zeit von Stunde null und Wirtschaftswunder immer auch als die in den Postnazismus transformierte Vereinigung von Arbeit und Kapital.¹⁷ Der hier zu hörende Einwurf, gegen eine Linke von der SPD, über Linkspartei bis hin zu diversen Jugendorganisationen und Gewerkschaften, war damit auch immer einer gegen den falschen Burgfrieden in einer Sozialpartnerschaft, die in sich nie den Ruf nach der Volksgemeinschaft ganz loswerden konnte.

Auch hierzu findet sich im Interview mit Eichkamp die (sonst selten so deutlich ausgesprochene) Leitlinie:

»Es ist verständlich, dass die Menschen jetzt nicht die gescheiterten und auch als gescheitert empfundenen Utopien der Linken aufgreifen, sondern dass sie erst einmal daraufsetzen, dass Zustände dieser ‚Trente Glorieuses‘ wiederhergestellt werden. Das ist ein Anliegen, das so nahe liegt, dass ich beim besten Willen nicht verstehen kann, was daran von linker und linksradikaler Seite als so abstoßend empfunden und gar mit Faschismusvorwürfen belegt werden kann. Diese Sehnsucht ist sicherlich konservativ. Das ist jedoch kein Problem, solange die eigentliche Progression in die falsche Richtung geht. Die Fähigkeit innezuhalten, umzukehren, die Benjamin'sche Notbremse zu ziehen, die halte ich für die momentan wichtigste gesellschaftliche Triebkraft.« (Eichkamp 2017)

Weiter wird ausgeführt, »dass eine radikalisierte Sozialdemokratie momentan die besten Karten« habe, denn eine solche könne Anknüpfen an den eigentlichen »Sieg der Arbeiterbewegung«, die erfolgreiche Integration des »Sozialismus in den Kapitalismus«. Der Vorwurf der Nähe zur Sozialdemokratie wird hier, zwischen allerlei durchaus richtigen Beschreibungen des Wechsels vom Keynesianismus zum Neoliberalismus, gar nicht erst abgestritten, sondern als Gebot der Stunde dargestellt: »Stattdessen müssen wir diesen Impuls aufnehmen, der den Ottonormalarbeiter und die Ottonormalarbeiterin dazu getrieben hat, sozialdemokratisch zu werden« (Eichkamp 2017).

Hierzu werden nicht unsympathische Forderungen formuliert: »Freie öffentliche Erziehung, geregelter Wohnungsbau, [...] ein ordentlicher Mindestlohn«. Auffallend und auch problematisch ist aber, neben der hier en passant fallengelassenen (eben anti-deutschen) Kritik an der deutschen Sozialpartnerschaft und ihrem Bezug zum Nationalsozialismus, die Abwehr der sonst noch gestellten Frage nach den Möglichkeiten eines solch vermeintlich realistischen Anbieterns an die Ottonormalarbeiterschaft. Dazu hieß es 10 Jahre zuvor noch: »Die autoritär gestrickte Sehnsucht nach Krisenabschaffung ist dagegen ein grundlegend eliminatorischer Wunsch. Dieser Wunsch sucht seine Erfüllung schließlich nur im Rahmen einer an sich selbst verrückt werdenden Apparatur der Krisenprävention«.¹⁸

Denn es ist zweifelhaft, wie auf dem heutigen Stand der kapitalistischen Weltgesellschaft ein solcher Zustand, eine solche politische Ordnung zurückkehren sollte, deren Vorbedingungen nicht zuletzt die Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs waren und deren Resultat eben die in den Neoliberalismus führende Aufblähung des Finanzsektors samt Staatsverschuldungen sind. Dem nun einen unvermittelt-idealistischen Wunschtraum entgegenzuhalten, der sich als realistische Biedermeier-Phantasie gibt, hat weniger mit der angesprochenen Erkenntnis der »tatsächlichen Veränderungen in den Produktions- und Reproduktionsverhältnissen des Kapitals« (Eichkamp 2017) oder tatsächlichem Interesse an den Möglichkei-

¹⁴ Bekanntes Beispiel für diesen Ton ist auch eine Hitler-Rede von 1933, gehalten vor den Arbeitern der Berliner Siemenswerke: »Es ist ein kleine wurzellose internationale Clique, die die Völker gegeneinander hetzt, die nicht will, daß sie zur Ruhe kommen. Es sind das die Menschen, die überall und nirgends zuhause sind, sondern die heute in Berlin leben, morgen genauso in Brüssel sein können, übermorgen in Paris und dann wieder in Prag oder Wien oder in London, und die sich überall zu Hause fühlen.«

¹⁵ Interview mit Eichkamp (2017): <https://platypus1917.org/2018/06/22/den-ganzen-bal-last-einer-missgluekten-geschichte-abwerfen/>

¹⁶ Siehe etwa Eichkamp (2017), oder Pünjer zum »Staat des New Deals« (Heft 53/2007).

¹⁷ »Wer die Lösung der sozialen Frage einklagt, will nicht nur staatliche Eingriffe in eine Ökonomie, die dem einzelnen nichts mehr abwirft, sondern schießt bereits [...] nach gesellschaftlicher Harmonie im Zeichen des gerechten Volkstaats« (»Volksbefragung zur sozialen Frage«, Bahamas 26/1998)

¹⁸ »Apparatur der Panik« in Bahamas 57, 2009.

19 So etwa, ohne besondere Erklärung dieser Abwehr von Kritik, im TiP-Ankündigungstext zur o.g. Konferenz.

20 So in der Bahamas 26, 1998: »Volksbefragung zur sozialen Frage« von Justus Wertmüller.

ten des Klassenkampfes zu tun. Noch dazu wird eine Kritik hieran, etwa durch Gerhard Scheit [bzw. »Kreise (austro-)antideutscher Ideologiekritik«], polemisch abgewehrt und mit dem fast schon komischen Hinweis bedacht, auch Adorno habe ja die SPD gewählt.¹⁹ Dagegen hieß es ein paar Jahre früher, an anderer Stelle noch, dass solcherlei »radikalreformerischen Hoffnungen in ein Konzept, das noch nie aufgegangen ist« sich regelmäßig »blamieren« würde und verstieg sich noch hin zur Aussage: die »Soziale Frage in Deutschland ist notwendig Pogromaufruf«.²⁰

Einher geht mit der Rückkehr in den Schoß der Sozialdemokratie eine so gefühligen wie auch instrumentellen Nostalgie, die sich einpasst in die erwähnte Dichotomie aus »globals« und »locals«. Hier hat man zu einem Bezug auf »die da unten« gefunden, auf Milieus und deren Habitus, der nicht ohne eine Art von Sozialempirismus auskommt, den man sonst eher von Bourdieu-Jüngern kennt. Ein Beispiel hierfür liefert etwa ein Vertreter des »Roten Salon Leipzigs« bei einer Diskussion zur ökologischen Krise, dessen größte Sorge die (vermeintliche) Distinktionsgewinne grüner Gutmenschen gegenüber der Unterschicht ist, die man hier noch um ihren letzten Genuss betrügen wolle. Das wiederum zeigt die Regression der Kritik auf die oben bereits beschriebene Verschwörungstheorie auf, in der eine Internationale des progressiven Neoliberalismus herbeimaginiert wird, die fahrlässig ihre einheimische Unterschicht opfert und den Zugezogenen aussetzt. Wichtiges und wiederkehrendes Element ist also, bei all der Sorge um diese, dass die Unterschicht nicht zuletzt auch als der legitime Gegenpart zu den islamistischen Invasoren gelten kann.

Damit wird deutlich, wie dies zusammenkommt mit der schon oben beschriebenen Unterschlagung vormals antideutscher Kritik an deutscher Volksgemeinschaft und dem NS: durch eine Übertragung von NS hin zum Islam und damit immer wieder auch auf Geflüchtete wird ein Jargon fortgesetzt, der das Ziel seiner Kritik unter der Hand ausgewechselt hat. Dies wird begründet mit dem »Zeitkern«, und hat für sich, dass es durchaus gilt, sich in einer Kritischen Theorie der Gegenwart nicht bequem einzurichten mit schon Erledigtem; was allerdings dann gerade als gegeben oder erledigt vorausgesetzt wird, ist bezeichnend für den Lagerwechsel. Wer sich bemüßigt fühlt, kann etwa das oben viel zitierte Interview mit Eichkamp oder ähnliche, aktuelle Texte zur sozialen Frage mal nach Begriffen wie Volksgemeinschaft und Nationalsozialismus durchforsten.

4. Ausblick

Früher hielt es die Bahamas-Fraktion mit dem Kommunismus. Und auch heute noch scheut manch Bahamas-Autor keine Gelegenheit, sein »Ich als Kommunist« herauszuposaunen. Dieses Verständnis hat allerdings nichts zu tun mit einem Verständnis vom Kommunismus als »wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt«, denn dieser »Kommunismus« der Bahamas-Autoren ist eine hohle Phrase, ein leerer Begriff, der darauf reduziert ist, kritische Kritik zu üben, andere Leute zu beleidigen und schließlich die AfD

zusammen mit anderen Scheußlichkeiten zu verharmlosen. Daher ist auch der positive Bezug auf das Proletariat, besser den »kleinen Mann« oder das »arbeitende Volk«, nicht im Sinne einer Selbstaufhebung des Proletariats als Klasse zu verstehen, sondern nur als erster Schritt, um dem (vorzugsweise deutschen) Proletariat einem größeren Stück vom Kuchen zu verschaffen. Und so mag den gewählten Zitaten das eine oder andere »Ja Aber!« entgegengestellt werden, das sich in homöopathischen Dosen hier und da finden ließe. Als Materialisten bleibt uns jedoch nur, die Bewegung an ihrer Praxis zu messen, und die ist eben keine mehr, die Korrektiv einer Linken sein kann oder will.

Versteht uns nicht falsch, eine Rückbesinnung auf die Möglichkeiten des Klassenkampfes ist eine begrüßenswerte Angelegenheit und ebenso würden wir uns über mehr Mitglieder in den Gewerkschaften freuen. Aber weder gegen die Fremden noch gegen das radikalere Programm einer Aufhebung der kapitalistischen Weltgesellschaft samt ihrer unvermeidlichen Krisendynamik sollte ein solcher Sozialdemokratismus in Anschlag gebracht werden. Und über den Gram, dass man gerade dort, wo die antideutsche Kritik bis in Teile des Mainstream vordringen konnte, diese eben auch jeder kritischen Spitze beraubt wurde, sollte man nicht verückt werden und sich in Spiegelfechten gegen ehemals eigene Positionen üben, sondern eben auch den Modus der eigenen Kritik prüfen, der eine solche Verfremdung erst ermöglichte.



Die Moral heißt Deutschland

→ Gruppe »Zwischen Tür und Angel« aus Berlin

Man betrachte z. B. den Maulwurf, diesen unermüdlichen Arbeiter. Mit seinen übermäßigen Schaufelpfoten angestrengt zu graben – ist die Beschäftigung seines ganzen Lebens: bleibende Nacht umgiebt ihn; seine embryonischen Augen hat er bloß, um das Licht zu fliehen. Er allein ist ein wahres animal nocturnum; nicht Katzen, Eulen und Fledermäuse, die bei Nacht sehn. Was aber nun erlangt er durch diesen mühevollen und freudenleeren Lebenslauf? Futter und Begattung: also nur die Mittel, die selbe traurige Bahn fortzusetzen und wieder anzufangen, im neuen Individuo.¹

1. Szene oder Kritik?

Dass die Frage, was antideutsch sei, so alt ist wie der Gegenstand (die Antideutschen) selbst, versteht sich im Grunde von selbst. Die Frage ist dementsprechend nicht, warum auf die Gesellschaftskritik ein Label (antideutsch) geklebt werden musste, denn selbst die allgemeinsten und streng dem Gegenstand verpflichteten Begriffe wie »Kritik der Gesellschaft« oder »kritische Theorie« hätten zu

1 Arthur Schopenhauer: Die Welt als Wille und Vorstellung. Bd. 2. Sämtliche Werke. Hrsg. v. Wolfgang Frhr. Von Löhneysen. Bd. 2. Stuttgart/Frankfurt a.M. 1986, S. 457.

einem solchen Label gerinnen können.² Die Frage ließe sich vielmehr in zwei Richtungen konkretisieren, nämlich erstens: Wann, wie und warum hat antideutsche Kritik, die einst den deutschen Verhältnissen in der Weise den Krieg erklärte, dass sie mit dem Anspruch an sich selbst antrat, keine Bewegung zu werden, sich zu etwas viel Schlimmerem als eine Bewegung, nämlich zu einer Szene verfestigt? Und zweitens: Lässt es sich vermeiden, dass stets nur die immergleichen selbstreferenziellen und identitären Debatten um diese antideutsche Szene geführt werden – und falls es sich vermeiden lässt: Welche Erkenntnisse können die dann ermöglichten Debatten zutage fördern?

Auf die erste Frage sollen Soziologen der Szene eine Antwort finden. Auf letztere Frage lautet die kurze Antwort: Nur sehr selten ist es in den letzten Jahren in der ›Szene‹ gelungen, es nicht beim bloßen Standpunkt-Abgleich zu belassen, Befindlichkeiten beiseite zu legen und streng dem Gegenstand – der Gesellschaft und den berüchtigten ›deutschen Zuständen‹ – verpflichtet zu bleiben. Der einmal erreichte Stand der Kritik wurde bestenfalls immer wieder neu aufgewärmt, oft gnadenlos unterboten. Was seit einigen Jahren unter ›antideutscher Kritik‹ läuft, ist nicht mehr Kritik der deutschen Zustände in ihrer aktuellsten Form, sondern meistens bloß ein Euphemismus für ›Kritik, die von Mitgliedern der antideutschen Szene vorgetragen wird.‹ Dementsprechend gerät allzu oft auch die Analyse jüngerer Entwicklungen zum bloßen Gegenstand identitärer Bekenntnispolitik. Damit wären wir bei der Frage, auf die dieser Beitrag zu antworten versucht: Was zeichnet die deutschen Zustände heute aus, wie ließen sie sich auf den Begriff bringen?

2. Ein zweites Mal als Farce

Antideutsche Kritik wusste in ihren besten Momenten, dass es Möglichkeiten jenseits von resigniertem Privatismus und einer aktivistischen Politik des kleineren Übels gibt. Weder muss die Diagnose, dass es ›kein richtiges Leben im falschen‹ gibt, als Handlungsanweisung missverstanden werden und dazu verleiten, sich im falschen Ganzen einzurichten (das wäre der Privatismus), noch muss man sich aus Angst vor der ›Untätigkeit‹ den vorgegebenen politischen Identifikationsangeboten unterwerfen (›bürgerliche Freiheiten verteidigen, zur Not an der Seite der AfD‹ auf der einen, #Unteilbar oder »Bunt statt Braun« auf der anderen Seite). Die Aufgabe der Kritik besteht eben – ob zum Glück oder Unglück – nicht darin, Wahlempfehlungen oder Handlungsleitfäden auszusprechen, sondern darin, den schlechten Zustand der Lächerlichkeit zu überführen, in der Hoffnung, dass ein besserer möglich wird.

In diesem Sinne ist antideutsche Kritik als Kritik der Gesellschaft zwangsläufig kommunistische Kritik, denn es liegt ihr die Erkenntnis zugrunde, dass es die kapitalistische Verfasstheit der Gesellschaft ist, die negative Vergesellschaftung, die die allermeisten Missstände in ihr verursacht, sodass sie nur durch die Überwindung des Kapitalismus beseitigt werden können. Kommunismus bedeutet in diesem Zusammenhang die Bewegung der

² Worauf es hier ankäme, wäre eine angemessene Bestimmung dieser Begriffe, nicht zu verwechseln mit ihrer ›Definition‹.

Kritik, »die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt.«³ Diese Diagnose steht und fällt natürlich mit einem angemessenen Begriff vom Kapitalismus und von der Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse: Der Kommunismus wird nur diejenigen Übel aus der Welt schaffen, die tatsächlich der Kapitalismus zu verantworten hat, und auch das wird er nur in dem Maße tun, wie die Kritik das Wesen der kapitalistischen Vergesellschaftung korrekt identifiziert.⁴

Neben einem bestimmten Verhältnis von Wesen und Erscheinung ist hier – und das macht das spezifisch ›Antideutsche‹ an dieser Form der kommunistischen Kritik aus – auch ein Verhältnis von Allgemeinem und Besonderem mitgesetzt: Kapitalistische Vergesellschaftung kennt so viele Sonderfälle, wie es Nationalstaaten gibt, was allerdings nicht heißt, dass all diese Sonderfälle unvermittelt nebeneinander existieren, sondern sie alle eint, dass sie Sonderfälle eben eines Allgemeinen (der kapitalistischen Vergesellschaftung) sind. Was im nationalsozialistischen Deutschland seinen Ausgang nahm, die Shoah, hätte grundsätzlich überall in Europa geschehen können, auch wenn es natürlich konkrete historische Gründe dafür gibt, warum es die Deutschen waren, die die Vernichtung der europäischen Juden und Jüdinnen in die Tat umsetzten. Dass es so kam, war nicht einem vermeintlichen deutschen Nationalcharakter geschuldet, sondern einer spezifischen politökonomischen und ideologischen Konstellation, wobei die beiden aufs Engste miteinander zusammenhängen und nur besondere Ausprägungen des allgemeinen Unwesens sind – und insofern keineswegs auf deutschen Boden beschränkt: Eine Ideologie, zumal die deutsche, beschränkt sich nicht auf Staatsbürgerschaft; nur weil die berühmte ›deutsche Ideologie‹ auf historisch kontingenten Wegen in Deutschland zum ersten Mal das Licht der Welt erblickte, bedeutet das nicht, dass sie geografisch an diesen Ursprung gebunden wäre. Es handelt sich dementsprechend nicht um einen deutschen ›Sonderweg‹, sondern um einen Weg, anhand dessen sich – frei nach Marx⁵ – die historische Dynamik des Kapitals ablesen und kritisieren ließe. Diese sichtbar zu machen ist der Zweck antideutscher Kritik.

Für die Kritik gilt nach wie vor, dass sie als Kritik der Gesellschaft eine Kritik des Antisemitismus ist, weil diese Gesellschaft ihrem Wesen nach den Antisemitismus produziert, aber wie und in welcher Form sie ihn produziert, das ändert sich im Verlauf der Geschichte, in Abhängigkeit vom Stand der Produktivkräfte, von gesellschaftlichen Kämpfen, usw.

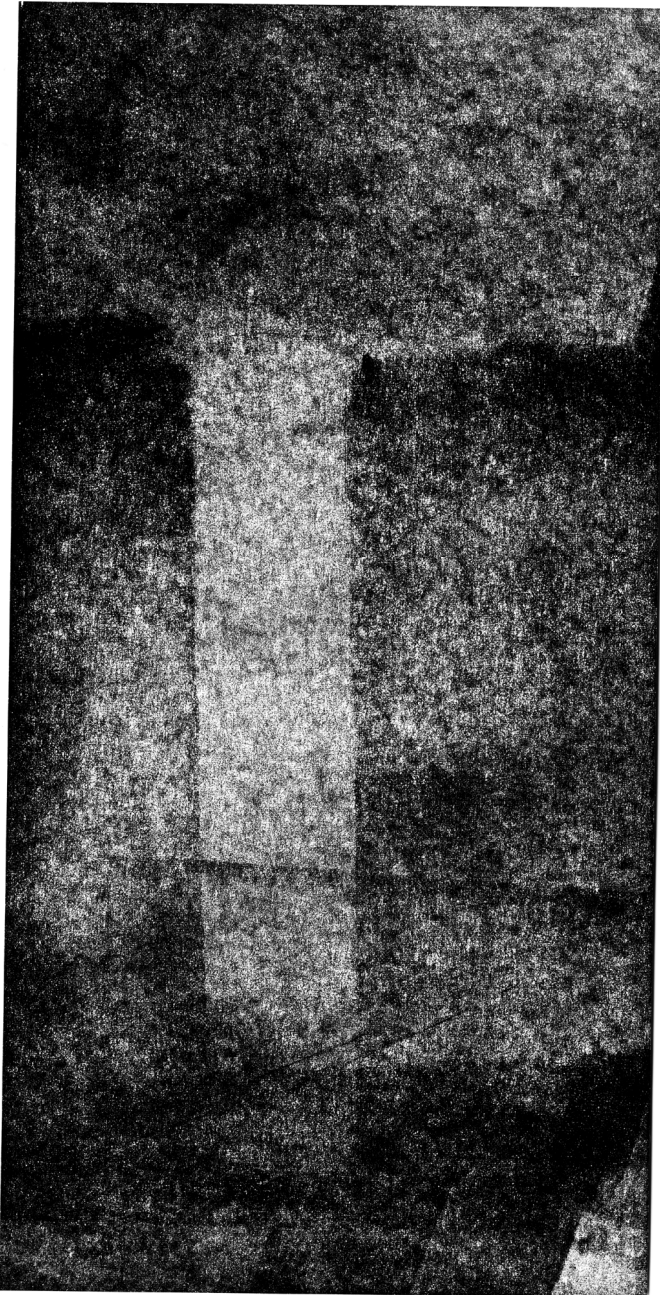
Die Geschichte des europäischen Faschismus⁶ wiederholt sich zwar, aber nicht als Tragödie, sondern als Farce, als Karikatur ihrer historischen Erscheinungsform.⁷ Tragisch wäre es, wenn sich gerade eine Faschisierung alten Stils abzeichnen würde und die Linke sich erneut, wie schon in den Zwanzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts, verlassen und erfolglos gegen sie stellen würde. Eine Farce jedoch wird daraus, weil im Windschatten des Engagements von Linken und Liberalen zugleich gegen den vielbeschworbenen Rechtsruck⁸ und die rechten Schmuddelkinder des Spätka-

³ Karl Marx/ Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie. Kritik der neuesten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten Feuerbach, B. Bauer und Stirner und des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten. Marx-Engels-Werke (MEW). Bd. 3, S. 5-530, hier: 35.

⁴ Damit jedoch ist schon deutlich mehr gesagt als nur das einfache »antideutsche Kritik ist kommunistische Kritik«, es ist nämlich ein bestimmtes Verhältnis von Wesen und Erscheinung, von Begriff und Sache sowie von Besonderem und Allgemeinem unterstellt, das auszuführen an dieser Stelle den Rahmen sprengen würde, das jedoch für die Kritik von so großer Bedeutung ist, dass dies gar nicht deutlich genug unterstrichen werden kann. Das Verhältnis von Wesen und Erscheinung ist durchaus entscheidend – was zunächst nach verstiegen-philosophischer Abstraktion klingt, heißt im Grunde nichts anderes als das Folgende: Wer zum Beispiel das Geld zum wesentlichen Merkmal des Kapitalismus erklärt und denkt, den Kapitalismus abschaffen zu können, indem das Geld abgeschafft wird, befindet sich damit ebenso auf dem Holzweg wie jemand, der denkt, die Volksrepublik China sei ‚kommunistisch‘, weil dort der Staat unmittelbar in die Privatwirtschaft eingreift und in erheblichem Maße Produktionsmittel besitzt (und damit nur ein weiterer Privateigentümer ist, wenn auch ein riesiger). Um konkreter zu werden: Die Überwindung des Kapitalismus bedeutet mindestens die Abschaffung der Warenform, die Vergesellschaftung (= Verstaatlichung) der Produktionsmittel (weil das Privateigentum an ebendiesem als Wesensmerkmal des Kapitalismus bestimmt werden kann) und das ‚Absterben‘ (Engels) des Staates (weil der Zweck des Staates in nichts anderem als der Aufrechterhaltung des Status quo besteht, nämlich des Privateigentums an den Produktionsmitteln).

⁵ Marx formuliert im Vorwort zur ersten Auflage des Kapitals: »Das industriell entwickelte Land zeigt dem minder entwickelten nur das Bild der eigenen Zukunft.« (Karl Marx: Das Kapital. Bd. 1. MEW. Bd. 23, S. 12.)

⁶ Die Differenz zwischen Nationalsozialismus und Faschismus besteht in erster Linie im Antisemitismus als Kernbestandteil der NS-Ideologie, siehe dazu den Aufsatz von Moishe Postone: Antisemitismus und Nationalsozialismus, in: Ders.: Deutschland, die Linke und der Holocaust, Freiburg 2005, S. 165-194. Zum allgemeinen Überblick über Gemeinsamkeiten und Unterschiede siehe: Stefan Breuer: Faschismus in Italien und Deutschland. Gesichtspunkte zum Vergleich, in: Leviathan, Jg. 11, Nr. 1 (1983), S. 28-54.



7 »Hegel bemerkte irgendwo, daß alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Er hat vergessen, hinzuzufügen: das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce. [...] Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen. Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden. Und wenn sie eben damit beschäftigt scheinen, sich und die Dinge umzuwälzen, noch nicht Dagewesenes zu schaffen, gerade in solchen Epochen revolutionärer Krise beschwören sie ängstlich die Geister der Vergangenheit zu ihrem Dienste herauf, entlehnen ihnen Namen, Schlachtparole, Kostüm, um in dieser altehrwürdigen Verkleidung und mit dieser erborgten Sprache die neuen Weltgeschichtsszene aufzuführen.« (Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. MEW. Bd. 8, S. 111-207, hier: 115.)

8 Der Begriff des Rechtsrucks ist ebenso unbrauchbar wie das Hufeisenschema zu Links- und Rechtsextremismus. Beide unterstellen eine vernünftige bürgerliche Mitte innerhalb der Gesellschaft, die es so nicht gibt: Die Basisideologie Antisemitismus und seine Erscheinungsformen innerhalb der (Mehrheits-)Gesellschaft werden verdrängt. Werden diese virulent, spricht die sich als schrumpfend imaginierende Mitte von einem Rechtsruck.

pitalismus postfordistischer Prägung weitgehend unbeachtet und unbeteiligt seinen Siegeszug fortsetzen und vollenden kann. Das passt zu einer politökonomischen Konstellation, in der das Kapital zu seiner Rettung aus der Krise längst nicht mehr auf den Faschismus angewiesen ist, sondern sich darauf verlassen kann, dass (il) liberaler Polizeistaat, (nach-)bürgerliche Ideologie und ihre entsolidarisierten, verstümmelten, atomisierten Subjekte⁹ den Job diesmal ohne manifeste Faschisierung erledigen, was eine Entwicklung genau zu diesem Punkt allerdings mitnichten ausschließt.

3. Die Geschichtsphilosophie: das hässliche Kind im Keller der kritischen Theorie

Nach Jahrtausenden der Auseinandersetzung mit der Natur, zu einem Zeitpunkt, als die menschlichen (d. h. gesellschaftlichen) Produktivkräfte schon unvorstellbare Höhen erreicht hatten,¹⁰ fand eine bürgerliche Revolution statt. Nein, nicht eine bürgerliche Revolution, sondern viele politgeografisch (weil nationalstaatlich) beschränkte bürgerliche Revolutionen, die jedoch zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit so etwas wie »Gleichheit und Freiheit für alle« zumindest als Möglichkeit an den irdischen Himmel malten. Allerdings fehlte die soziale, d. h. die wirtschaftliche Seite dieser Freiheit, zumindest für die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, und zwar selbst in den Zentren der bürgerlichen Gesellschaft und der kapitalistischen Entwicklung.

Und was geschah, als die Menschen sich anschickten, die soziale Freiheit zu verwirklichen, mit anderen Worten: als die Arbeiterbewegung im Namen der Menschheit im Begriff stand, eine soziale Revolution zu wagen? Zwei Weltkriege, Auschwitz. Da versank die »Menschheit, anstatt in einen wahrhaft menschlichen Zustand einzutreten, in eine neue Art von Barbarei...«¹¹

Die gängige, ideologische Deutung dieser geschichtlichen Entwicklung lautet ungefähr so: Faschismus und Nationalsozialismus waren das letzte Aufbäumen der alten Welt, danach stand dem Siegeszug des liberalen Kapitalismus nichts mehr im Weg – aber sollte es reiner Zufall sein, dass diese nie gekanntten zerstörerischen Kräfte, die zu Faschismus und Weltkriegen führten, ausgerechnet in dem Moment entfesselt wurden, in dem der Kapitalismus seinerseits im Begriff war, sich voll zu entfalten, seine letztgültige, voll entwickelte Gestalt anzunehmen?

Für die Kritik der politischen Ökonomie, die mehr ist als »bloß Kapitalismuskritik«, weil sie immer die unauflösliche Einheit von Staat und kapitalistischer Ökonomie zum Gegenstand hat, ist es von großer Bedeutung, dass jener voll entwickelte Staat, der sich nicht nur als Garant von Frieden und politischer Stabilität präsentiert,¹² sondern der de facto auch der Garant einer (wenigstens formal) krisenfreien Akkumulation ist; dass also diese politökonomische Weltordnung ausgerechnet zwischen 1914 und 1945 geboren wurde, kurzum: dass Faschismus und Weltkriege die Geburtshelfer jenes Staates sind, der zusammen mit »seinem« Kapitalismus heute nach gängiger Auffassung Frieden und Wohlstand für alle ermöglicht, jedenfalls für alle, die Glück haben und

9 Indem die Arbeiterbewegung den Klassenantagonismus austrug, bot sie, wie schwach auch immer, zumindest eine Perspektive der Solidarisierung und wirkte als Einspruch gegen die Vereinzelung. Nachdem die deutsche Arbeiterbewegung im Nationalsozialismus aufgegeben bzw. durch ihn zerschlagen worden war, entfiel diese Perspektive, und spätestens mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion erledigte sich jede Systemalternative, was die Schwächung und Atomisierung der Subjekte noch weiter vorantrieb.

10 Unvorstellbar zum damaligen Zeitpunkt. Die Revolutionierung der politischen Verfasstheit der bürgerlichen Gesellschaft trug zum weiteren Wachstum (im wahren Sinne des Wortes: zur Entfesselung) der Produktivkräfte selbstverständlich entscheidend bei.

11 Theodor W. Adorno/Max Horkheimer: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Theodor W. Adorno: Gesammelte Schriften. Hrsg. v. Rolf Tiedemann. Bd. 3. Frankfurt a.M. 2003, S. 11.

12 Es wird kolportiert, dass die Epoche seit 1945 die friedlichste aller Zeiten sei, von siebzig Jahren ohne Krieg ist da die Rede, in absurder Verdrängung von zahlreichen regionalen Konflikten, Bürgerkriegen, militärischen Interventionen usw. Wer hier einwenden möchte: »Aber das kann doch nicht dem Kapitalismus angelastet werden!« -, der oder die sie daran erinnert, dass im gleichen Modus üblicherweise gegen »den Sozialismus« verfahren wird, wenn dessen Gegner etwas finden, das sie ihm anlasten können: Hungersnöte, Kriege, politische Verfolgung, Ermordungen ethnischer und gesellschaftlicher Minderheiten, sie alle werden flugs zu notwendigen Folgen des Sozialismus erklärt, sobald die Gelegenheit sich bietet.

bereit sind, sich totzuschuften; allen anderen scheint er zumindest alternativlos.

Stellte man sich naiv, dann müsste man davon ausgehen, dass die ungekannte technologische Entwicklung, jener spektakuläre Stand der Produktivkräfte, den der Kapitalismus ermöglicht hat, beizeiten dazu führt, dass die Menschen weniger arbeiten, ein besseres, einfacheres Leben haben, vielleicht hätte man sogar die Hoffnung, dass der so geschaffene materielle Reichtum sich einigmaßen gleichmäßig verteilt. Stattdessen ist genau das Gegenteil eingetreten: Es regnet immer dorthin, wo es schon nass ist, weiß der Volksmund, und die kapitalistische Entsprechung lautet, dass dem Kapital eine Tendenz zur Konzentration und Zentralisation innewohnt. Weil jedes Einzelkapital »bei Strafe des Untergangs«¹³ (Marx) dazu gezwungen ist, durch Technisierung der Produktion die Kosten für den Faktor menschliche Arbeitskraft immer und immer weiter zu senken; weil aber dieselbe steigende »organische Zusammensetzung des Kapitals«¹⁴ die für das Einzelkapital ein Segen ist, dem Gesamtsystem Kapitalismus den Boden (nämlich die aggregierte Nachfrage) unter den Füßen wegzieht und damit die weitere Akkumulation ins Stocken bringt,¹⁵ deshalb sind einerseits Krisen unausweichlich, andererseits steht systemimmanent keine andere »Lösung« des Problems zur Verfügung, als dass die Einzelkapitale »so weiter« machen, d. h. weiter auf die Löhne drücken. Das Ergebnis ist ein historisch niedriger Stand des Werts der Ware Arbeitskraft und ein Heer von Hunderten Millionen Überflüssigen auf dem gesamten Planeten. Selbst im Westen, der Metropole der Akkumulation, können sich Millionen und Abermillionen trotz mehrerer Jobs kaum über Wasser halten, die meist allein deswegen geschaffen werden, damit kaum notwendige Waren halbwegs abgesetzt werden können. Der Genius des Kapitalismus besteht darin, dass – und zwar ohne dass dafür die geringste technische Notwendigkeit bestünde – die einen ums Überleben kämpfen und die anderen durch Überfluss, Segen des Kapitalismus, mit diesem identifiziert sind.¹⁶ Noch immer gilt, was Max Horkheimer schon Anfang der 1930er-Jahre so treffend beschrieb, Erkenntnis und Interesse sind auseinandergetreten:

»Zwischen den in Arbeit stehenden und den nur ausnahmsweise oder vielmehr gar nicht Beschäftigten gibt es heute eine ähnliche Kluft wie früher zwischen der gesamten Arbeiterklasse und dem Lumpenproletariat. [...] Eine verwirklichte sozialistische Ordnung wäre auch heute für alle Proletarier besser als der Kapitalismus, aber der Unterschied zwischen den gegenwärtigen Lebensbedingungen des ordentlich bezahlten Arbeiters und seiner persönlichen Existenz im Sozialismus erscheint ihm ungewisser und verschwommener als die Gefahr von Entlassung, Elend, Zuchthaus, Tod, die er bei der Teilnahme an der revolutionären Erhebung, ja unter Umständen schon an einem Streik wirklich erwarten muss.«¹⁷

Es ist schon entsetzlich häufig gesagt worden, kann angesichts der herrschenden Ohnmacht aber wohl nicht häufig genug

13 Karl Marx: Das Kapital. Bd. 3. MEW. Bd. 25, S. 255.

14 Marx: Das Kapital. Bd. 1, a. a. O., S. 640. Marx bezeichnet damit das Verhältnis von konstantem Kapital (Produktionsstätten und technische Produktionsmittel) zu variablem (menschliche Arbeitskraft).

15 Für eine ausführliche Analyse der einschlägigen Entwicklung siehe den sehr erhellenden Text von Sander: »Crisis of Value«, in: Internationalist Perspective, Nr. 51-52 (2009), URL: <https://www.kosmoprolet.org/en/crisis-value-sander> (Stand: Januar 2020).

16 Daraus folgt keine Romantisierung der Armen oder der sonstigen Opfer des Systems, Identifikation mit dem Kapitalismus herrscht hüben wie drüben, d. h. es gibt wohlhabende Menschen, die durchaus kritisch eingestellt sind, genauso wie arme Leute, die dem System in einer Art ‚Identifikation mit dem Aggressor‘ fanatisch zujubeln.

17 Max Horkheimer: Die Ohnmacht der deutschen Arbeiterklasse. Gesammelte Schriften. Hrsg. v. Gunzelin Schmid Noerr. Bd. 2. Frankfurt am Main 1987, S. 373-378, hier: 375.

gesagt werden: Anstatt ins »Reich der Freiheit« einzutreten, anstatt endlich ihre Gesckie in die Hand zu nehmen und sich bewusst zu organisieren, versklavt die Menschheit sich selbst, indem sie die gesellschaftlichen Zwänge, die das Kapital stiftet, immer weiter reproduziert. Was dabei als »menschliche Natur« gehandelt wird – »So ist der Mensch nun einmal!«, hören wir sie allerorten sagen – ist in Wirklichkeit »nur« eine zur zweiten Natur geronnene gesellschaftliche Maschinerie: Es könnte anders werden, aber unter den gegenwärtigen Umständen ist es ausgeschlossen, dass es anders wird.

Der Traum von der krisenfreien Kapitalakkumulation hat sich in einen Albtraum verwandelt. Wolfgang Pohrts zynische Prognose, die Menschheit werde sich in eine »Spezies technologisch versierter Termiten«¹⁸ verwandeln, ist vielleicht schon längst Wirklichkeit geworden – bloß: nicht vollständig, denn immerhin können wir uns diese Gedanken noch machen, der Verblendungszusammenhang ist nahezu allumfassend, aber eben nicht total. »Bewußtsein könnte über das Grau nicht verzweifeln, hegte es nicht einen Begriff von einer verschiedenen Farbe, deren versprengte Spur im negativen Ganzen nicht fehlt.«¹⁹ Dass »Spuren« eines Besseren in dieser Welt nicht fehlen, sollte uns jedoch nicht etwa trösten, sondern durch die Verzweigung hindurch ermutigen, die Richtungsänderung zu vollziehen, die das »negative Ganze« aufnötigt, die so einfache Losung gegen die positivistische Erklärungswut in Anschlag zu bringen, die die Totalität als so undurchdringlich erscheinen lässt: »Der Staat und das Kapital sollen aufhören«²⁰, oder: »Die Revolution ist notwendig, also ist sie möglich.« (Bakunin)

4. Kapitalsouveränität und Gegensouverän

Wenn beim Begriff des Gegensouveräns das Bild der Wutbürger von den Kundgebungen gegen Stuttgart²¹ vor den Augen der landläufigen antideutschen Meinung auftaucht, so ist das zwar nicht falsch. In diesem Beispiel erschöpft sich der Inhalt des Begriff allerdings nicht, wurde er doch von Manfred Dahlmann in der Gegenüberstellung negativer Vergesellschaftung deutscher und US-amerikanischer Provenienz bewusst als Gegenbegriff zur (Kapital-)Souveränität entfaltet. In der negativen Vergesellschaftung unterm Kapitalverhältnis treten Menschen als Subjekte der politischen Ökonomie, also Arbeitskraftbehälter, einander gegenüber. Sie spalten sich zwar in Besitzende oder Unternehmer – Privateigentum an Produktionsmitteln – und Besitzlose oder Arbeitnehmer – Privateigentum an der Ware Arbeitskraft –, aber agieren jeweils als Charaktermasken innerhalb des Kapitalverhältnisses und sind für dieses konstitutiv. Damit der Warentausch und im weiteren Wertverwertung und Kapitalakkumulation sich vollziehen können, tritt zum Kapitalverhältnis die Souveränität hinzu, die in den Staaten ihre »Stützpunkte«²¹ vorfindet. Der Staat garantiert mit der Drohung des Einsatzes von Gewalt, also mit seinem Gewaltmonopol, die kapitalistische Warenzirkulation. Geschichtlich hat es sich für das Kapital als durchaus sinnvoll erwiesen, die ganze Veranstaltung der staatlichen Herrschaft rechtsförmig zu organisieren, da sich das abstrakte Prinzip des Wertgesetzes, das sich hinter dem Rücken der

18 Wolfgang Pohrt: Theorie des Gebrauchswerts. Einleitung und Textpassagen in der Fassung von 1976. Werke. Hrsg. v. Klaus Bittermann & Arne Kellermann. Bd. 1. Berlin 2019, S. 321-370, hier: 348.

19 Theodor W. Adorno: Negative Dialektik. Gesammelte Schriften. Hrsg. v. Rolf Tiedemann. Bd. 6. Frankfurt a.M. 2015, S. 370.

20 Initiative Sozialistisches Forum (ISF): ‚Aufhören! Zum Tod von Joachim Bruhn, URL: <https://www.ca-ira.net/verein/jourfixe/aufhoeren-zum-tod-von-joachim-bruhn/> (Stand: Januar 2020).

21 Manfred Dahlmann: Souveränität und Gegensouverän. Amerikanische und deutsche Form negativer Vergesellschaftung, in: Stephan Grigat (Hg.): Feindaufklärung und Reeducation. Kritische Theorie gegen Postnazismus und Islamismus, Freiburg 2006, S. 237-261, hier: 247.

Subjekte, aber doch durch sie hindurch vollzieht, für die Subjekte mit dem abstrakten Prinzip des bürgerlichen Rechts am besten vertragen hat. Damit erklärt sich die bürgerlich-vernünftige – also ideologisch verbrämte – Zustimmung zur liberalen Demokratie, schließlich bietet sie Schutz von Leib und Privateigentum – auch vor dem Staat – in Verbindung mit unterschiedlich ausgestalteten Formen der Mitbestimmung wie Wahlrecht, Versammlungsfreiheit oder auch zivile Ungehorsam.

Staaten existieren nur in der Mehrzahl und das Kapital drängt beim tendenziellen Fall der Profitrate und dem Aufkommen von Verwertungskrisen auf seine Entwertung, um erneut in einen Verwertungszyklus eintreten zu können. Historisch war für die Lösung der ökonomischen Krise, die ausschließlich die Individuen zu spüren bekommen, Krieg immer eine Option. Mit fortschreitender Zeit wurde aus der Option immer mehr eine Exit-Strategie. Nachdem sich mit dem Übergang vom Absolutismus zum Kapitalismus zunächst ein multipolares System mit mehreren Machtzentren entwickelt und zuletzt durch die weiter fortschreitende organische Zusammensetzung des Kapitals ein Hegemon seit dem unipolaren Moment herauskristallisiert hat, fällt es den Zukurzgekommenen umso schwerer, den Status des Hegemons anzuerkennen, »in dem der Souverän sich zur Zeit politisch materialisiert.«²² Denn der Souverän hat keinen festen Ort, er ist immer daran gebunden, welche Organisationseinheit (egal ob republikanisch-parlamentarisch oder mafiotisch-racketförmig) dazu im Stande ist, mit seinem Gewaltpotential – oder durch dessen Androhung – die Verteidigung der Produktionskapazitäten und der Spielregeln des Warenverkehrs zu gewährleisten. Kurzum: Das Kapitalverhältnis basiert auf Gewalt.

Die politische Materialisierung der Souveränität im Hegemon versucht nun der Gegensonverän streitig zu machen. In der Welt der Staaten kann dies grundsätzlich jeder sein; da das Kapital neben seiner Logik auch eine Geschichte hat, befinden sich die Konstellationen, die ihrerseits von der organischen Zusammensetzung des Kapitals abhängen, in ständiger Veränderung. Die Subjektivierung unter Verhältnissen der negativen Vergesellschaftung verhält Individuen zur »Verpflichtung und Beschlagnahme als Objekte«²³ durch den Souverän: Die Setzung der Subjekte als Objekte des Souveräns vollzieht sich sowohl auf der ökonomischen Seite in der »Realabstraktion Arbeitskraft«²⁴ als auch auf der staatlichen²⁵ in der Mobilisierung oder Rekrutierung des Bürgers »als belebter Agent des Gewaltmonopols«²⁶ mal zum Wähler, mal zum Soldaten. Das Programm der »sozialen Befriedung nach innen«, das »unmittelbar das der unbeschränkten Souveränität nach außen«²⁷ ist, vollzog sich im Kaiserreich durch Aufrüstung, innerhalb der die Bismarcksche Sozialgesetzgebung und willfähige Staatseinführung der Sozialdemokratie integrative Funktionen erfüllten. Diese innere Konsolidierung des Kaiserreichs in der historischen Konstellation, als der Weltmarkt im 19. Jahrhundert antizipiert wurde, brachte Deutschland in seiner Frontstellung zum britischen Empire und dem französischen Kolonialreich als Zukurzgekommenes in die komfortable Position, sich in die Rolle des Gegensonveräns

22 Ebd.: S. 248.

23 Joachim Bruhn: Was deutsch ist. Zur kritischen Theorie der Nation, Freiburg 2019, S. 137. Der Souveränitätsbegriff von Dahlmann und Bruhn stimmen nur insofern hier nicht überein, als Dahlmann in seinem Aufsatz (Gegensonverän, a. a. O.) auf der rein logischen Ebene Kapitalsouveränität begründet, Bruhn (Was deutsch ist, a. a. O.) hingegen in diesem Zitat die Souveränität unter ihrer historischen Durchsetzung durch die Erklärung der Menschenrechte nach der französischen Revolution verhandelt.

24 Gerhard Scheit: Kritik des politischen Engagements, Freiburg 2016, S. 201.

25 Auch ein Unstaat oder Racketstaat ist staatlich, das spielt für das Kapitalverhältnis keine Rolle.

26 Bruhn: Was deutsch ist, a. a. O., S. 120.

27 Ebd.: S. 137.

einzufühlen, was es seitdem kontinuierlich tut.

Was die allgemeine Tendenz des Kapitalverhältnisses bezeichnet, wurde in Deutschland derart radikalisiert, dass man am Vorabend des Ersten Weltkriegs keine Parteien, sondern nur noch Deutsche kannte. Im Schützengraben wurden dann die Klassenschranken zur Volksgemeinschaft als Wehrgemeinschaft niedergeworfen, die sich bereitwillig als Vollzugsbeauftragte des Staatszwecks anordnete. Der Nationalsozialismus war auf der Ebene des Schlachtfeldes in vielerlei Hinsicht eine Wiederholung des Ersten Weltkriegs, im Vollzug der Krisenlösung agierte die »Gemeinschaft der Projektion«²⁸ aber vollständiger, galten doch Vernichtungsfeldzug und Vernichtungslager dem Zweck, alle vermeintlichen Manifestationen der Heteronomie des Kapitalverhältnisses konkret auszuradieren, die sich allerspätestens mit der Niederlage der Deutschen im Konkurrenzkampf der Nationen gegen Deutschland verschworen hätten. Der Kapitalsouveränität konnte jedoch auch der nationalsozialistische Versuch der Krisenlösung der kapitalistischen Verwertungslogik²⁹ nichts anhaben, im Gegenteil stellte die »negative Aufhebung des Kapitals«³⁰ den bewussten Vollzug der Kapitallogik bar jeder Vermittlungsformen dar, das heißt: die Kapitalakkumulation, die stets in Zyklen verläuft, in welchen sich Wert akkumuliert, sich verwerten und bei ausbleibender Verwertung sich selbst entwerten, also vernichten muss, wird sich selbst in der Art und Weise einverleibt, indem man als Vollzugssubjekt Kapital die Rationalisierung, heißt die Ausschaltung der Unproduktiven innerhalb der Verwertung selbst vollzieht. Was auf der logischen Ebene eine willkürliche Setzung (etwa durch den Führer) bedeuten kann, trifft aufgrund der Historie des Kapitals in antisemitischer Projektion die Juden als Agenten der Zirkulation. Die nazistische Krisenlösung ist der »Ausnahmestandard in Permanenz«³¹, der als Normalzustand für die »Dauer des ewigen Deutschlands«³² institutionalisiert werden sollte, weil die Logik der Verwertung, die einst die Konkurrenz der Warenhüter bezeichnete, nur in den Kampf der Rasse gegen die Gegenrasse verschoben wurde.³³ Für die Kapitalsouveränität ist es jedoch einerlei, ob die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt über die Feilbietung der eigenen Arbeitskraft oder das Totschlagen der sich zum Kollektiv zusammenrottenden Exemplare vermittelt ist, oder anders gesagt: ob sie sich im Hegemon oder dem Gegensonverän materialisiert. Wie lange letzteres kapitallogisch vollzugsfähig ist, muss offenbleiben.

5. Postnazismus und Primat der Innenpolitik

Der zweimalige »Griff nach der Weltmacht« (Fritz Fischer) hinterließ Deutschland statt verbrannter Erde weitgehend intakte Produktionskapazitäten und der Welt eine deutsche Bevölkerung, der man keineswegs vorwerfen konnte, es im Falle des Falles nicht ernst zu meinen. Mit dem Sieg der Alliierten über Nazi-Deutschland verlängerte sich der Nationalsozialismus als gebrochene Kontinuität in die postnazistische Gesellschaft hinein: Gebrochen deshalb, weil der »kollektive Narzissmus« der Volksgemeinschaft »durch den Zusammenbruch des Hitlerregimes aufs schwerste ge-

28 Gerhard Scheit: Die Meister der Krise. Über den Zusammenhang von Vernichtung und Volkswohlstand, Freiburg 2001, S. 44.

29 Zu den Versuchen gehörten die Liquidation der Zirkulationssphäre, indem lediglich der Konsum von Rüstungsgütern durch den Staat Gebrauchswerte forderte, die Aufhebung des Klassengegensatzes der Subjekte in Massenorganisationen und die Überführung der gesellschaftlichen Arbeit in den (quasi-)militärischen Einsatz.

30 Clemens Nachtmann: Krisenbewältigung ohne Ende. Über die negative Aufhebung des Kapitals, in: Stephan Grigat (Hg.): Transformation des Postnazismus. Der deutsch-österreichische Weg zum demokratischen Faschismus, Freiburg 2002, S. 39–82, hier: 66. Der Begriff der »negativen Aufhebung des Kapitals«, der ebenso zu Missverständnissen einlädt wie er essentiell für antideutsche Kritik zeichnet, wurde aus begriffsgeschichtlichen Gründen hier aus dieser Ausgabe zitiert, die folgenden Zitate werden aus der überarbeiteten Version der 2012er-Neuaufgabe des Sammelbandes zitiert.

31 Clemens Nachtmann: Krisenbewältigung ohne Ende. Über die negative Aufhebung des Kapitals, in: Stephan Grigat (Hg.): Postnazismus revisited. Das Nachleben des Nationalsozialismus im 21. Jahrhundert, Freiburg 2012, S. 149–203, hier: 187.

32 Max Horkheimer: Autoritärer Staat. Gesammelte Schriften. Hrsg. v. Gunzelin Schmid Noerr. Bd. 5. Frankfurt a.M. 2014, S. 293–319, hier: 294.

33 Vgl. dazu die 1. These aus den Elementen des Antisemitismus in: Adorno/Horkheimer: Dialektik der Aufklärung, a. a. O., S. 192–194.

schädigt wurde³⁴. Kontinuität deshalb, weil die Massenpanik, die nach Freuds Analyse zur Massenpsychologie dem Zerbrennen der Ideale der Identifikationen folgen sollte, ausblieb und demzufolge »insgeheim, unbewusst schwelend und besonders mächtig, jene Identifikationen und der kollektive Narzissmus gar nicht zerstört wurden, sondern fortbestehen«³⁵ – jedoch nicht in der immergleichen Form: Nach der ins Werk gesetzten Vernichtung um der Vernichtung willen von Auschwitz müssen andere Mittel und Wege gefunden werden, um an die Weltspitze zu gelangen.³⁶ Dem Formwechsel, unter dem die postnazistische Gesellschaft dieses Vorhaben weiterhin verfolgt, hat die Kritik auf die Finger zu schauen, der unter den Gesichtspunkten der veränderten organischen Zusammensetzung des Kapitals und dem diesem Rechnung tragenden Verhältnis zur Souveränität auf den Begriff zu bringen ist.

Das Erfolgsrezept der postnazistischen Gesellschaft besteht darin, mit fortgeschrittener Distanz zu den Verbrechen von Auschwitz immer rationeller mit dem Erbe des Nationalsozialismus umzugehen. Die Deutschen legitimieren so ihre Volkssouveränität, die »formal als freier politischer Wille über den Sachzwängen zu stehen scheint«³⁷, welche die Kapitalsouveränität setzt. Der Revisionismus und Revanchismus der 50er und 60er Jahre zeitigten eine andere Ausprägung des postnazistischen Bewusstseins als der Sündenstolz der gut gewordenen Deutschen spätestens seit den 80er Jahren; wurde in der Nachkriegszeit den Juden in einer Schlussstrichmentalität vorgehalten, an der »Bestrafung« Deutschlands Schuld zu sein, übernahm Israel die Funktion der Projektionsfläche für die 68er-Generation, die angefangen bei den Studentenprotesten spätestens mit der Regierungsübernahme von Rot-Grün die öffentliche Meinung für sich reklamieren konnte. Moralisch erhaben konnte man tote Juden über alle Maße loben, um anschließend den lebenden das Selbstverteidigungsrecht abzuspochen: so bildete sich eine linksliberale, ökologisch bewusste und kultursensible Sündenstolzgemeinschaft heraus, in der nicht mehr sich der Schuld entledigt werden soll, sondern »umgekehrt die moralisch aufgeladene, mit Schuldbewusstsein vorgetragene Selbstverleugnung alles »Eigene« und die schier grenzenlose Offenheit für alle sogenannten fremden Kulturen«³⁸ stilbildend für das Deutsche ist. Dies ist der postnazistische Konsens, der vielleicht tatsächlich erst mit dem positiv gewendeten Bezug auf die Vergangenheit, inklusive Nationalsozialismus, Ende der 90er Jahre zu einem geworden ist, den alle gesellschaftlich relevanten Gruppen selbstbezüglich reproduzieren.³⁹

Was die Sensibilität gegenüber anderen Kulturen, egal ob sie gute Pizza backen oder Frauen unter das Kopftuch zwingen, nach innen darstellt, reproduziert sich in gewisser Weise im »Primat der Innenpolitik« auch außenpolitisch:⁴⁰ Er ist das Gegenstück zum »Primat der Außenpolitik«, der historisch die Leitlinie des Hegemons innerhalb der Kapitalsouveränität in Gestalt der USA ausmachte. Diese bestand darin, mit außenpolitischen Maßnahmen, notfalls militärisch, zu forcieren, dass sich in anderen Staaten »Machtstrukturen etablieren, die es erlauben, dass sich die Unternehmen [...] auf diesen Märkten genau so bewegen können wie

34 Theodor W. Adorno: Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit. Gesammelte Schriften. Hrsg. v. Rolf Tiedemann. Bd. 10.2. Frankfurt a.M. 2016, S. 555-572, hier: 563.

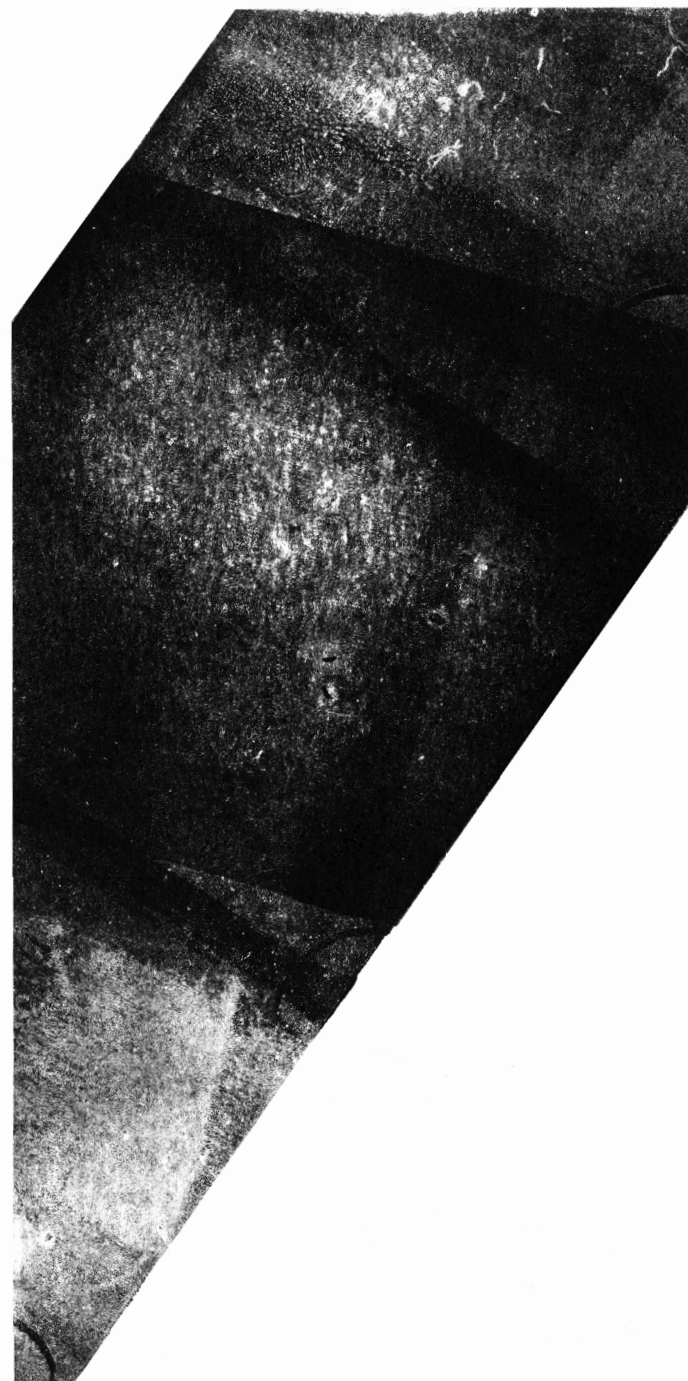
35 Ebd.: S. 564.

36 Recht eigentlich verhält es sich so, dass Deutschland weder damals noch heute die Weltspitze erreichen wollte bzw. will. Vielmehr ging (und geht) es immer darum, vom projektiven Wahn getrieben die eigene Annihilation durch andere zu verhindern, was dann, je umfassender und lückenloser die Projektionen wurden, mit dem »Griff nach der Weltmacht« realiter in eins fällt. Demgemäß handelt(e) es sich auch nicht um eine bewusste Strategie. Auch weiterhin gilt: »Ein Deutscher ist ein Mensch, der keine Lüge aussprechen kann, ohne sie selbst zu glauben.« (Theodor W. Adorno: Minima Moralia. Gesammelte Schriften. Hrsg. v. Rolf Tiedemann. Bd. 4. Frankfurt a.M. 2003, S. 124.)

37 Leo Elser: Substantialisierung des Staates. Über die politische Rechte, in: Pölemos, Nr. 9 (2019), S. 8-19, hier: 11.

38 Clemens Nachtmann: Die demokratische Volksgemeinschaft als Karneval der Kulturen. Von der Verallgemeinerung des Postnazismus und dem Altern der antideutschen Kritik, in: Stephan Grigat (Hg.): Postnazismus revisited, Freiburg 2012, S. 47-94, hier: 60.

39 Mit dem Zusammenfallen von öffentlicher Meinung und Meinung der Elite, so Adorno, gehe überhaupt die Funktion der öffentlichen Meinung als Korrektiv zur herrschenden im Liberalismus verloren (Theodor W. Adorno: Meinung Wahn Gesellschaft. Gesammelte Schriften. Hrsg. v. Rolf Tiedemann. Bd. 10.2. Frankfurt a.M. 2016, S. 573-594, hier: 587 f.). Was Adorno im Kontext der öffentlichen Meinung in Deutschland 1961 als »Ohnmacht« ausgab, lässt sich vielleicht mit dem Satz, »in der geistigen Allmacht des Subjekts hat seine reale Ohnmacht ihr Echo« (Ders: Negative Dialektik, a. a. O., S. 181) deuten.



40 Gerhard Scheit: Eingeschrumpfter Behemoth und neue »Souveränisten«. Über Voraussetzungen und Erfolge von AfD und FPÖ, in: Stephan Grigat (Hg.): AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder, Baden-Baden 2017, S. 165-181, hier: 169. Der Begriff des »Primats der Innenpolitik«, der von Gerhard Scheit ins Feld geführt wurde, wird hier in genau der Präzision verwendet, zu der Philipp Lenhards Kritik ihn zuspitzte: Der Begriff des »Primats der Politik« innerhalb der Staatskapitalismusthese, wie ihn Horkheimer und Pollock prägten, schließt die außenpolitische Komponente durchaus mit ein, »wenngleich der Fokus auf den Prozessen im Inneren des Staates liegt, die wiederum für die Art und Weise der Kriegsführung von ganz entscheidender Bedeutung sind.« In diesem Sinne ließe sich Außenpolitik »umgekehrt genauso wenig von der Innenpolitik trennen.« (Philipp Lenhard: Blinder Fleck? Eine kurze Erwiderung auf Gerhard Scheit, in: sans phrase. Zeitschrift für Ideologiekritik, Nr. 8 (2016), S. 72-76, hier: 74.) Der »Primat der Außenpolitik«, den Scheit anhand der Ausführungen Leo Strauss' darlegt und an dem sich jedes Engagement für Israel zu orientieren habe, wird »gegen den falschen der Innenpolitik, der an diesem Verhältnis [dem Kapitalverhältnis, Anm. d. Verf.] immer nur das Ende der Krise und die Abwesenheit der Gewalt vorspiegelt« (Gerhard Scheit: Der blinde Fleck der Kritischen Theorie und der Primat der Außenpolitik, in: sans phrase, Nr. 7 (2015), S. 16-31, hier: 28), in Anschlag gebracht. Dass viele Straussschüler sich innerhalb der US-amerikanischen Neocons versammelten, ist insofern kein Zufall (siehe dazu: Scheit, Engagement, a. a. O., insb. S. 165-168).

›zuhaus«, also dass in den Staaten, über die er seine Hegemonie ausübt, keine Bedingungen herrschen, die deren Akkumulation behindern.«⁴¹ Demgegenüber versteht sich die außenpolitische Leitlinie des Primats der Innenpolitik darauf, die innenpolitischen Verhältnisse anderer Staaten nicht anzurühren, um Werbung für die Mobilisierung gegen den Hegemon und damit für den Gegensoverän zu betreiben. Die »Reserven zur Herstellung des allgemeinen Chaos« (Karl Kraus)⁴² in anderen Staaten werden als solche unangetastet belassen oder auch unterstützt; zu Hause in Deutschland sind jene Reserven zur Verteidigung der hegemonialen Stellung in der EU sowie – was dasselbe ist – zum Streben nach der Pole Position auf dem Weltmarkt jederzeit mobilisierungsfähig.

6. Krisenbewältigung: Deutschland geht voran

Nach allen gängigen Kriterien befindet die Weltwirtschaft sich seit den frühen 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts in einer anhaltenden Depression,⁴³ die Profittaten haben sich trotz verschiedenster Anläufe (u. a. Abbau von Handelsschranken, Angriff auf mühsam erkämpfte Arbeitnehmerrechte, neue Finanzprodukte und neue Technologien, wiederholt bis zur Überhitzung getriebene Immobilienmärkte) nie längerfristig erholt bzw. nie auf das Niveau der Trente Glorieuses (1945-1973) zurückgefunden. Das Wachstum der Weltwirtschaft bleibt insgesamt niedrig,⁴⁴ die Arbeitslosigkeit befindet sich zwar auf einem historischen Tiefstand, dies aber wohl nur, weil als erwerbstätig im Sinne der einschlägigen Statistiken auch Menschen mit Jobs gelten, die gerade so genügend zum nackten Überleben abwerfen – oder nicht einmal das.⁴⁵ Andererseits deutet, von wenigen punktuellen Ausnahmefällen abgesehen (etwa der Subprimekrise 2008, die in den Zusammenbruch der US-Bank Lehman Brothers mündete; der Eurokrise 2009; sowie der Insolvenz von General Motors und der Opelkrise im selben Jahr), zumindest in den Zentren besagter Weltwirtschaft, also in Europa, den USA, Russland und Ostasien, im 21. Jahrhundert nichts auf eine manifeste Krise hin: keine größeren Produktionsausfälle, keine Massenentlassungen, keine Absatzstockung, keine Preiseinbrüche, kein Zusammenbruch des Kreditsystems, keine massenhaften Bankrotte. Es scheint demzufolge, als würde die Krise im Westen bisher nur unter der Oberfläche schwelen, als käme sie nur an der Peripherie der kapitalistischen Akkumulation tatsächlich zum Vorschein, wenn überhaupt.

Dem entspricht auch die Tatsache, dass die Eurokrise vor allem Griechenland, Italien, Irland, Portugal und Spanien traf, nicht jedoch Deutschland oder Frankreich. Der deutschen Wirtschaft, deren Stabilität und relativer Erfolg auf einer geringen Binnen- nachfrage und einer starken Exportorientierung gründen, kam dabei nicht nur der Masochismus ihrer Arbeiterinnen und Arbeiter zugute: deren unerschöpfliche Fähigkeit, ›für den Standort‹ noch das größte Elend in Kauf zu nehmen und nie an sich zu denken. Die deutsche Volkswirtschaft profitierte nicht zuletzt von der gemeinsamen Währung der Eurozone, da der (im Verhältnis zu Deutsch-

41 Manfred Dahlmann: Der Euro und sein Staat. Diskussion mit Manfred Dahlmann, in: sans phrase, Nr. 7 (2015), S. 165-174, hier: 170.

42 Karl Kraus: Apokalypse. Schriften. Hrsg. v. Christian Wagenknecht. Bd. 4. Frankfurt a.M. 1989, S. 11, zit. n. Gerhard Scheit: Flüchtlingsmonopoly und Israelsolidarität, in: sans phrase, Nr. 8 (2016), S. 5-15, hier: 10.

43 Vgl. Robert Brenner: The Economics of Global Turbulence. New York 2006, S. 145-163.

44 Für das Jahr 2019 prognostiziert das Handelsblatt Research Institute für Deutschland ein Wachstum von bescheidenen 0,3 Prozent des BIP. Vgl. Dennis Huchzermeier / Bernhard Köster / Axel Schrinner: HRI-Konjunkturprognose: Ein verlorenes Jahr für das Wirtschaftswachstum, in: Handelsblatt, 27. Juni 2019, URL: <https://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/research-institute/hri-konjunkturprognose-ein-verlorenes-jahr-fuer-das-wirtschaftswachstum/24500288.html?ticket=ST-15057109-HGeYrLz7aqeHEIYXgCCf-ap2> (Stand: November 2019). Im zweiten Halbjahr 2020 werde das BIP-Wachstum zwar »wieder das Trendwachstum von 1,3 Prozent erreichen«, heißt es an derselben Stelle; verglichen mit 10 Prozent Wachstum im Jahr 1955 wirkt dies jedoch wenig überzeugend.

45 Für einen Überblick über die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse in den letzten Jahrzehnten siehe Colin Crouch: Gig Economy. Prekäre Arbeit im Zeitalter von Uber, Minijobs & Co., Berlin 2019.

lands riesigem Handelsbilanzüberschuss) vergleichsweise niedrige Kurs des Euro für die deutsche Exportwirtschaft einen enormen Wettbewerbsvorteil darstellte, während den übrigen Mitgliedern der Eurozone die nationale Souveränität über ihre Währungspolitik entzogen und es ihnen damit unmöglich gemacht wurde, über eine sogenannte kompetitive Währungsabwertung internationale Konkurrenzfähigkeit wiederherzustellen. Der 2012 verabschiedete Fiskalpakt, demzufolge umgehend ein Defizitverfahren eingeleitet wird, sobald ein Land die Vorgaben nicht einhält, ließ die »wirkliche Herrschaftsstruktur«⁴⁶ sichtbar werden, die Deutschland im Zuge der Währungskrise der Jahre 2010ff. hergestellt hatte bzw. anhand derer es seinen Status als Hegemon geltend gemacht hatte: Schon bei den Verhandlungen stellten die deutschen Vertreter klar, dass ein Kompromiss ohne ihre Zustimmung nicht möglich sein würde, nicht zuletzt indem sie Überlegungen darüber verlauten ließen, wie man Griechenland »mit mehr oder minder sanftem Zwang«⁴⁷ (nämlich der Drohung, die Kreditzahlungen einzustellen) zum Austritt aus der Eurozone bewegen konnte, und damit die Mittel andeuteten, mit denen man Griechenland auf die unfreiwillig-freiwillige Einhaltung des Pakts verpflichten könnte. Dass die deutsche Hegemonie nicht formal kodifiziert ist, sondern die EU grundsätzlich auf Kooperation und europäische Einheit ausgerichtet ist, macht den deutschen Coup perfekt.

Vom europäischen Binnenmarkt und der Währungsunion profitiert im Übrigen bei weitem nicht nur Deutschland, d. h. es handelt sich nicht um ein Nullsummenspiel mit Deutschland als Profiteur und den südlichen EU-Mitgliedsstaaten als Verlierern; vielmehr dürften letztere (d. h. deren jeweilige Regierungen) die Widrigkeiten sowie den Zwang zu Reformen und Kompetenzabgaben, die mit einem EU-Beitritt einhergehen, als Preis der Eintrittskarte für die mindestens niederen Logenplätze auf dem Weltmarkt bewusst in Kauf genommen haben, und die deutsche Führungsrolle in der EU ist nahezu unumstritten, da allein Deutschland in der Lage ist, die Stabilität der gemeinsamen Währung zu garantieren und ggf. sogar den USA ihre Hegemonie streitig zu machen. Das Vertrauen in die Stärke der deutschen Wirtschaft und damit die Stabilität des Euros begründet sich nicht zuletzt daraus, dass die Deutschen sich schon einmal zum Gegensoverän formierten und als solcher ihre mörderische Bereitschaft unter Beweis stellten, zur Rettung der nationalen Liquidität im Zweifel bis zum Äußersten zu gehen. Das korporatistische nationalsozialistische Wirtschaftsmodell verlängerte sich in die Nachkriegszeit hinein und zeigte, dass zu einem zwar nicht krisen- aber störungsfreien Funktionieren der Akkumulation nur eins nötig ist: nämlich dass die Produktionskapazitäten am Laufen gehalten werden, dass die Maschinen um jeden Preis in Betrieb bleiben, auch wenn die Nachfrage für die entsprechenden Produkte unmittelbar nicht gegeben ist – und sei es, dass diese Nachfrage durch einen Krieg erzwungen wird. Damit löste der Nationalsozialismus jenes Funktionsprinzip des Kapitalismus ein, das da lautet: Nicht für Bedürfnisse wird produziert, sondern

46 Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1980, S. 166, zit. n.: Gerhard Scheit: Die wirkliche Herrschaftsstruktur in Europa und der Rechts-Linkspopulismus, in: sans phrase, Nr. 1 (2012), S. 199-207, hier: 201 (Herv. im Original).

47 Günther Nonnenmacher: Gescheitert in Athen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. Februar 2012, URL: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/griechenland-gescheitert-in-athen-11643733.html> (Stand: Januar 2020).

Bedürfnisse werden produziert (und sei es durch unmittelbaren Zwang).⁴⁸

Den entscheidenden Unterschied macht einmal mehr die Krise aus: In den krisenfreien Jahren avancierte die EU zum Institution gewordenen Ausspruch »Nie wieder Krieg!«, woraus insbesondere Deutschland mit international zur Schau getragenen Pazifismus, Vergangenheitsbewältigung und seinem Auftreten als ehrlicher Makler seinen politischen Mehrwert ziehen konnte. Der »Wechselkurs von Schuld und Schulden«⁴⁹ ließ sich so zur hegemonialen Position ummünzen, die es den Deutschen nun ermöglichte, in der Krise andere Saiten aufzuziehen. Der Zuchtmeister gab also vor, wie es gemacht werden sollte: Man brauche bloß den metaphorischen Gürtel ein wenig enger schnallen und alles würde gut werden – mit dem Haken jedoch, dass das deutsche Exportmodell nicht verallgemeinerbar ist, denn zu einem Exportweltmeister gehören auf der anderen Seite auch Importeure. So oder so, dieses Modell stellt keine Lösung der Verwertungskrise dar, sondern bloß eine von vielen Möglichkeiten, diese Krise zu managen: Was durch das deutsche politökonomische Modell bestenfalls erreicht wird, ist eine Ausschöpfung der gegebenen (niedrigen) Profitrate,⁵⁰ womit es die manifeste Krise verhindern kann; den langfristigen Abwärtstrend hält es jedoch nicht auf, da dieser in den Grundprinzipien der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, nämlich der Konkurrenz und dem Zwang zur Produktivitätssteigerung durch Maschinisierung, angelegt ist.⁵¹ Die Verwertung ist ihrem Wesen nach krisenhaft, sichtbar wird diese Krisenhaftigkeit jedoch erst dann, wenn die Wertverwertung ins Stocken gerät, wenn also eine Krise im Sinne der bürgerlichen ökonomischen Lehre heraufzieht; dann lassen gesellschaftliche und politische Krisendynamiken in der Regel nicht lange auf sich warten. Während im kapitalistischen Normalvollzug die Verdrängung von dessen grundsätzlicher Krisenhaftigkeit noch ohne allzu große kognitive Dissonanzen seitens der Subjekte möglich ist, gelingt sie (die Verdrängung) in der Krise nur noch unter großem Aufwand. Dann schlägt die große Stunde des Krisenmanagements: Mit den Rettungsschirmen und -paketen wird die Zeit erkaufte, in der weiter auf jenes Ausschöpfen der Profitraten spekuliert werden kann, bis das Ende des Verwertungszyklus die Rechnung präsentiert. Diese Art staatlicher Wirtschaftspolitik führt bestenfalls zu einer Verewigung der Krise: zu anhaltender Stagflation (Stagnation + Inflation) in den 1970ern – und in jüngeren Jahren, weil die Deutschen gelernt haben, dass Inflation tunlichst zu vermeiden ist, und allen anderen europäischen Staaten dieses Wissen durch Euro und EZB aufzwingen, zu einer inflationsfreien Stagnation-light.⁵² Kurzum: Bis dato ist der Ausbruch der Krise erfolgreich gestundet und ausgelagert, aber niemand weiß, wie lange die Wette auf den Export sich noch gewinnen lässt.⁵³

Auf der anderen Seite mehren sich die Stimmen, die vor einer »echten«, tatsächlich spürbaren, Krise warnen,⁵⁴ und davor fürchten die Deutschen sich sehr, weil ihnen insgeheim klar ist, dass die deutsche Stabilität einen hohen Preis hat – Lohnstagnation, Weltmarktabhängigkeit, systematische Unterinvestition –, und dass da-

48 Dazu schreibt Alfred Sohn-Rethel in einem Aufsatz aus dem Jahre 1987 instruktiv: »Auf das Konto der Großkonzerne geht auch die monopolkapitalistische Verkehrung von Angebot und Nachfrage in ihrer Relation zueinander. Wenn ein neues Automodell auf dem Markt erscheint, so nicht, weil irgendwelche Kunden danach verlangt hätten, sondern deshalb, weil die Herstellerfirma des Autos die Ausnutzungsraten ihrer Kapazität verbessern oder bewahren will. So ragt die Fixkostenökonomie auf die Nachfrage durch, die durch Werbung der Produktion dienstbar gemacht wird, nicht etwa die Produktion der Nachfrage.« (Alfred Sohn-Rethel: Droht die faschistische Ökonomie? Schriften. Hrsg. v. Carl Freytag/ Oliver Schlaudt/ Françoise Willmann. Bd. 4.2. Freiburg/ Wien 2018, S. 853-869, hier: 861.)

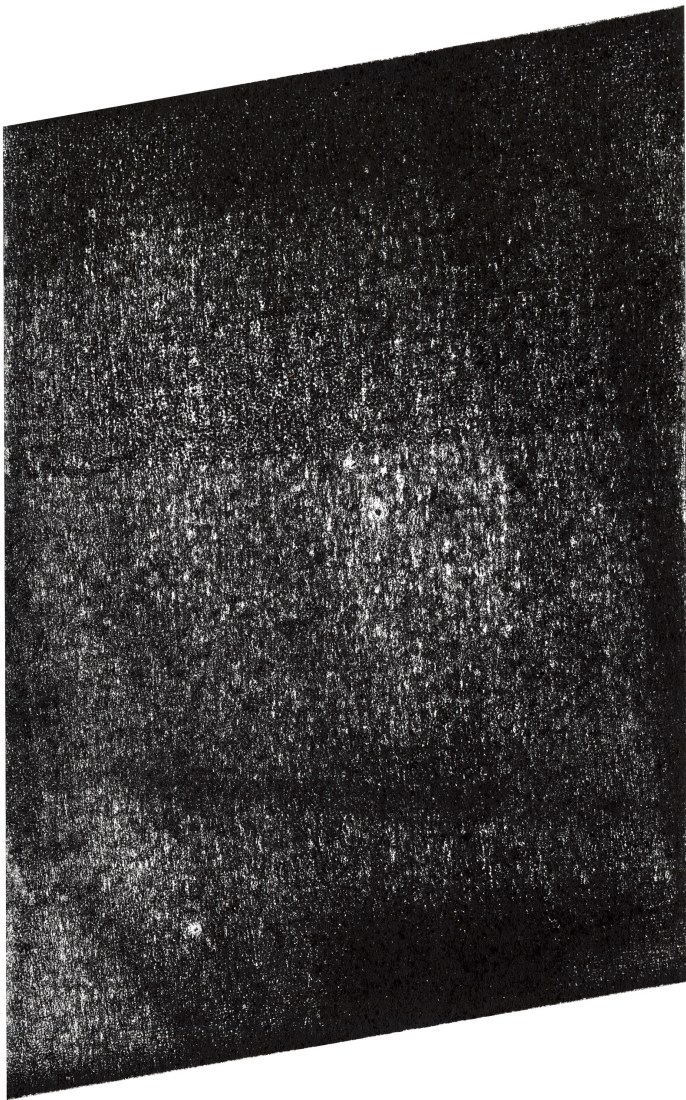
49 Bruhn: Was deutsch ist, a. a. O., S. 33.

50 Von der Profitrate (im Gegensatz zur Mehrwertrate) ist hier deswegen die Rede, weil mit der sogenannten »reellen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital« eine Verschiebung zugunsten des Extraprofits stattfindet. Bevor die reelle Subsumtion erreicht war, dominierte zur Vergrößerung der Mehrwertrate die Erhöhung des absoluten Mehrwerts, d. h. die Verlängerung des Arbeitstages, später (unter der reellen Subsumtion) die Erhöhung des relativen Mehrwerts (d. h. die Vergrößerung desjenigen Anteils des Arbeitstages, in der die Arbeiterinnen und Arbeiter Mehrarbeit fürs Kapital leisten). Dies geschieht durch eine Steigerung der Arbeitsproduktivität, die somit zum Ziel eines jeden Kapitalisten wird; auf dem Markt durchsetzen können sich von nun an nur mehr jene Kapitalisten, die ihre Produktivität ausreichend steigern. Dadurch wird die Jagd nach sogenannten Extraprofiten zur treibenden Motivation. Während von der Mehrwertproduktion grundsätzlich alle Einzelkapitale (d. h. Unternehmen) gleichzeitig profitieren können, handelt es sich bei der Schaffung von Extraprofit um ein Nullsummenspiel: Extraprofite machen diejenigen Einzelkapitale, denen es gelingt, durch Steigerung ihrer Produktivität (in der Regel: Steigerung der organischen Zusammensetzung, d. h. Maschinisierung der Produktion) die Preise ihrer Waren unter den gesellschaftlichen Durchschnitt zu drücken, womit sie Nachteile für andere Wettbewerber verursachen. Während einige Einzelkapitale erhebliche Extraprofite einstreichen, bedeutet dieser Prozess nicht unbedingt Mehrwert für das Kapital als Ganzes. In den Resultate[n] des unmittelbaren Produktionsprozesses (einer Vorarbeit zum Kapital) formuliert Marx, Extraprofit entstehe, »sobald der individuelle Wert eines Produkts unter dessen gesellschaftlichem Wert steht, und daher über seinem individuellen Wert verkauft werden kann...« (Herv. im Original); URL: <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/marx-engels/1863/resultate/1-mehrwert.htm> (Stand: Januar 2020).

51 Vgl. Anwar Shaikh: The Current Economic Crisis. Causes and Implications, URL: <https://docs.google.com/open?id=oBxvNb6ewL7kOVUIPdDdmLUNTMHM> (Stand: November 2019), S. 20. Sohn-Rethel beschreibt die dem tendenziellen Fall der Profitrate entsprechende Krisendynamik (bei Zunahme der organischen Zusammensetzung des Kapitals) in unübertroffener Klarheit: »Zahlreiche Unternehmer machten die erschreckende und für viele doch neue Erfahrung, daß sie der schrumpfenden und stockenden Nachfrage in der Krise nicht mehr in der gewohnten Weise durch entsprechende Verringerung der Produktion begegnen konnten, weil verringerter und verlangsamter Ausstoß unter der Fixkostendominanz eine Erhöhung der Stückkosten bedeutet.« (Sohn-Rethel: Droht die faschistische Ökonomie?, a. a. O., S. 854.) Allein dies entzieht Argumenten den Boden, die »Klimakrise« sei im Kapitalismus zu lösen.

52 Manfred Dahlmann hat auf die Bedeutung der Inflationsbekämpfung für die weltweite Krisendynamik hingewiesen (Finanzkrise und deutsche Kriegskasse, in: sans phrase, Nr. 1 (2012), S. 177-187, hier: 178). Dass durch das deutsche Modell die Inflation auf den Müllhaufen der ökonomischen Krisenphänomene gebannt wurde – »schaut, dieses Problem sind wir los!«, hört man die Deutschen stolz ausrufen –, bedeutet weder einen höheren Lebensstandard für die Mehrheit der Menschen noch bedeutet es, dass die der kapitalistischen Produktionsweise inhärenten Widersprüche gebändigt wären. Vielmehr werden (Währungs-) Stabilität und Inflationsfreiheit gerade auf Kosten der Arbeiterinnen und Arbeiter gewährleistet: »Die Kürzung der Ausgaben für Staatsbedienstete, oder der Arbeitskosten insgesamt, wirkt bei den Lohnempfängern wie eine Inflation – sie bekommen für ihr Geld weniger Waren –, lässt aber die Geldeigentümer ungeschoren, was bei einer »richtigen« Inflation naturgemäß nicht der Fall wäre. Dies befriedigt und beruhigt die Eigentümer, stärkt ihr Vertrauen und von ihm – so irrational das auch ist – sind diese Staaten weit abhängiger als von der Zufriedenheit der Arbeitnehmer in ihrem Land, zumal gerade diese erst recht auf dieses Vertrauen angewiesen sind.« (Ebd.: S. 184.)

53 Sehr aufschlussreich ist der Fall der deutschen Panzerverkäufe an Griechenland, den Dahlmann ebenfalls in seinem Aufsatz »Finanzkrise und deutsche Kriegskasse« zitiert: Wenn der griechische Staat Subventionen oder Kredite von der EU erhält und diese Gelder – und sei es zu einem geringen Teil – dazu verwendet werden, deutsche Panzer zu kaufen, dann ist es zu einem gewissen Teil eben der deutsche Staat (um nicht zu sagen: ist es in einem gewissen Sinn sogar der berüchtigte deutsche Steuerzahler), der mit seinem Geld jene zahlungskräftige Nachfrage erzwingt, die nötig ist, um die Produktionskapazitäten im Land zu halten und den Ausbruch der Krise weiter in der Schwebe zu halten (vgl. Dahlmann: Finanzkrise und Kriegskasse, a. a. O., S. 182). – Dementsprechend werden diejenigen unter Ihnen, die Sie einen Antiimperialismus gegen Deutschland pflegen und mit mühsam unterdrückter Schaden-Vorfreude nur darauf warten, dass die Krise endlich auch das Land ihrer Verursachung erreicht, hier nach Nahrung für ihre Hoffnung vergeblich suchen: Denn es deutet genauso viel darauf hin, dass die Deutschen mit ihrer Verewigung des



Krisenmanagements bereits Schule machen und die Welt bald endlich das Rezept für den krisenfreien staatsgetriebenen Kapitalismus finden wird, wie auf den baldigen Ausbruch einer manifesten Krise in deutschen Landen. – Das Verfahren der neuen, europäisierten Bundesrepublik weist übrigens im Vergleich mit der nationalsozialistischen ‚Wirtschaftspolitik‘ durchaus einige formale Gemeinsamkeiten auf, insofern nämlich, als in beiden Fällen die erste Aufgabe des Staates darin besteht, »die Position Deutschlands als mächtigste[m] Konkurrenten auf dem internationalen Markt [sicher]zustellen...«, indem er stets neue Absatzmöglichkeiten erschließt. Darauf hat u. a. Herbert Marcuse in seinem Vortrag »Über soziale und politische Aspekte des Nationalsozialismus« ausführlich hingewiesen (in: Ders.: Feindanalysen. Über die Deutschen, Lüneburg 1998, S. 91–112, hier: 97).

54 Claus Hulverscheidt: Es droht die nächste große Wirtschaftskrise – und alle schauen zu, in: Süddeutsche Zeitung, 27. August 2019, URL: <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/wirtschaftskrise-2020-rezession-1.4576139> (Stand: November 2019).

her, wie Jörg Finkenberger luzide bemerkt hat, »[d]er ganze Haufen [...] nur so lange zusammen[hält], wie dieser Preis auch wirklich etwas erkaufft...«;⁵⁵ zumindest so viel, dass die Deutschen sich ihren Nachbarn in Sachen Volkswohlstand und Stabilität überlegen fühlen können. Die scheinbare Abwesenheit der Option (Welt-)Krieg täuscht über die Gewalt hinweg, die im Kapitalverhältnis angelegt ist, die im Normalfall zwar eingehegt ist, aber jederzeit ausbrechen kann: Die wahnhaften Formen reaktionärer Krisenlösung, die in Auschwitz mündeten, später in Deutschland von den Alliierten bewacht weiter unter dem Firnis des Postnazismus waberten, traten seit den Krisenerscheinungen in Europa, hervorgegangen aus jener Grauzone der Souveränität, wieder deutlicher zu tage. Euro- und Flüchtlingskrise wirkten als Katalysatoren für die ohnehin vorhandenen Ressentiments und Projektionen, von denen aus bis zur Gewalt oft kein weiter Weg ist.⁵⁶ Die Schwierigkeit der Kritik besteht gerade darin, in Zeiten der Krise auszumachen, welche Zerfallsprodukte der bürgerlichen Gesellschaft zu ihrer Selbstaufhebung hintreiben.⁵⁷

7. Die Probe auf den Postnazismus

In ideologiekritischen Kreisen wurde zurecht auf die Verfehlungen der Willkommensindustrie hingewiesen, die im Zuge der Aufnahme von 890.000 Flüchtlingen im Jahr 2015⁵⁸ für den Staat – teilweise staatlich alimentiert – in die Bresche sprang. Es war wenig überraschend, dass sich mit den Helferdeutschen ein Zerfallsprodukt aus dem kultursensiblen postnazistischen Konsens herauskristallisierte, das sich eher über die Gelegenheit freute, »Zeichen gegen Rassismus zu setzen«, »auf Tuchfühlung mit dem Fremden« zu gehen, »Vorurteile abzubauen« und »interkulturellen Dialog« zu fördern,⁵⁹ anstatt die schutz- und hilfsbedürftigen Individuen als Subjekte mit widersprüchlichem Charakter zu behandeln und ihnen dabei behilflich zu sein, Ruhe zur Verarbeitung von Kriegstraumata zu finden oder sich in den abstrakt verrechtlichten gesellschaftlichen Vermittlungsinstanzen der Bundesrepublik zurechtzufinden, um möglichst unabhängig vom familiären und/oder ethnischen Zwangszusammenhang den Alltag bestreiten zu können. Allerdings verständigten sich Teile der ideologiekritischen Szene im Weiteren eher darauf, das liebgewonnene Linken-Bashing selbstbezüglich weiterzuführen und unheimlich provokativ die AfD als vernünftigen Brandlöscher gegen einen »Souveränitätsverlust« und die Willkommenskultur der linksliberalen Intelligenz in Anschlag zu bringen,⁶⁰ ohne zu begreifen, dass diese postmoderne, kollektivistische Kulturaffirmation umso schriller hervortreten muss, je stärker der von ihr verdrängte »strukturelle Rassismus und fundamentale Antisemitismus des Subjekts«⁶¹ negativer Vergesellschaftung beim Aufkommen der Krise am eingespielten scheinhaften Konsens kratzt. In all den programmatischen Verlautbarungen der AfD zieht sich die Verve durch, diesen verlogenen Schein von Politik doch endlich abzustreifen und sich ohne seine Zwänge als souveräner Staat mit souveränem Volk in den Verhältnissen einrichten und leben zu können. Dass diese Verhältnisse

55 Jörg Finkenberger: Kommende Unruhe, in: Das Große Thier, 27. September 2017, URL: <https://dasgrossethier.wordpress.com/2017/09/27/kommende-unruhe> (Stand: November 2017).

56 Als deren Ausdrücke seien Schändungen jüdischer Friedhöfe, antiziganistische Morde und Fackelmärsche genannt.

57 Dies soll hier aus Platzgründen nur für den Fall Deutschland expliziert werden, andere Fälle müssen an anderer Stelle verhandelt werden.

58 Max Holscher: 2015 kamen 890.000 Flüchtlinge nach Deutschland, in: Spiegel Online, 30. September 2016, URL: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-2015-kamen-890-000-schutzsuchende-nach-deutschland-a-1114739.html>. (Stand: Januar 2020)

59 Oder wie Katrin Göring-Eckardt es in der Maybrit Illner-Sendung vom 05. Oktober 2017 formulierte: »Ich will auch das, was uns so stark gemacht hat, dass wir ein humanitäres Land sind und dass wir dafür weltweit gefeiert werden«, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=apNwZcpOdGU> (Stand: Dezember 2019). Des weiteren siehe dazu die Studien des BMFSFJ, URL: <https://www.bmfsfj.de/blob/122010/d35ec9bf4a940ea49283485d-b4625aaf/engagement-in-der-fluechtlingshilfe-data.pdf> (Stand: Januar 2020) oder des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung, URL: http://www.bim.hu-berlin.de/media/Studie_EFA2_BIM_11082016_V%C3%96.pdf (Stand: Januar 2020).

60 Dass jene »Grenzöffnung« insbesondere eine Maßnahme gegen den Zusammenbruch des Schengen-Raums darstellte, dessen Folgen hohe Absatzeinbußen der Mitgliedstaaten gezeichnet hätten, weil der freie Warenverkehr den Schengen-Raum viel weitreichender in seiner Existenz begründet wie berechtigt als die Reisefreiheit für EU-Bürger, trägt und rechnet Leo Elser vor (Substantialisierung, a. a. O., S. 8 u. FN 2). Es ist hier weder Ort noch Ziel, eine generelle Abrechnung mit der Zeitschrift Bahamas und ihren Nacheiferern zu lancieren. Wir verfolgen jedoch mit Unverständnis, wie wenig Diskussion, Austausch und Widerspruch bei

Veranstaltungen und in den Heften tatsächlich stattfindet. Bezugslosigkeit in den Argumentationen macht es Nichteingeweihten schwer, ihren Strängen zu folgen, und Kritikern nahezu unmöglich, darauf einzugehen. Die Atmosphäre in den Räumen ist keine, in der man gerne als Mitdiskutant einen nicht gedeckten Gedanken in einem Beitrag formuliert, was im nicht unwesentlichen Teil dem inneren und äußeren Kreis der Zeitschrift geschuldet ist. Inhaltlich wurden die souveränitätsaffirmativen Auswüchse der Redaktion bereits an anderer Stelle besprochen (siehe u. a. dazu: Nikolaas Machunsky: Rackets im Staat. Über Staatsmaschinen und Unternehmenskulturen, in: Prodomo, Nr. 20 (2016), S. 78-88, sowie: David Hellbrück/Gerhard Scheit: Jargon der politischen Ökonomie. Zum 201. Geburtstag von Karl Marx, in: sans phrase, Nr. 14 (2019), S. 36-43.)

61 Bruhn: Was deutsch ist, a. a. O., S. 111.

objektiv den Zwangszusammenhang der bürgerlichen Gesellschaft unter der Kapitalsouveränität meinen, die selbst nur so viel Souveränität an Staaten abgibt, wie die Krise gerade zulässt, wird freilich nicht durchschaut. Vielmehr bricht sich dort eine Forderung nach einem kapitallogischen Normalvollzug Bahn, dessen Krisenphänomene rechtskonform abgewickelt werden sollten. Auf Kulturalturnation und Grenzsicherung abgestimmte Wahlwerbung passt hervorragend dort hinein, quasi als Versprechen für etwas, was der Staat unterm Kapitalverhältnis sowieso schon tut,⁶² diesmal aber ungeschminkt und unmittelbar, was letztendlich die Probe auf den postnazistischen Grundkonsens macht, der seinerseits eine ideologische Überformung der Staatsunmittelbarkeit der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft darstellt. Dass der Postnazismus eben keinesfalls davor gefeit ist, dahinter wieder zurückzufallen, zeigt das Beispiel AfD, die gleichzeitig Epiphänomen des Postnazismus und Reversbild zur »Volksgemeinschaft als Karneval der Kulturen«⁶³ zeitigt.

Die politische Entwicklung der AfD wirft nun die Frage auf, inwieweit diese einen Ausdruck der offensiven Aufkündigung des postnazistischen Konsenses darstellt. Tatsächlich weiß niemand, wie weit dieser Konsens des 68er-Milieus von breiten Teilen der Bevölkerung getragen wurde. Irgendwie konnte man ahnen, dass der Kurs der gesellschaftspolitischen Elite – und das ist seit einiger Zeit jenes Milieu – so frenetisch von der breiten Masse nicht getragen wurde. Nun sitzt eine Partei in allen Landtagen sowie im Bundestag, die dieses Milieu, das »heute in Verwaltung, Rundfunk, Presse etc. am Drücker«⁶⁴ ist, auf all diesen Ebenen bekämpft: politischer Verfassungsschutz, Lügenpresse, eigene Verlage beschreiben dies. Inhaltlich wird das, »was Deutschland heute ausmacht – Antiimperialismus, Friedensliebe, Mülltrennung, Kulturvergötzung«⁶⁵, zwar nicht völlig von der AfD verworfen, aber doch auf den Prüfstand gestellt⁶⁶: Alexander Gauland, inzwischen Ehrenvorsitzender der Partei und erklärter Bismarck-Fan – schließlich wäre Bismarck »heute auch für Deutschlands NATO-Mitgliedschaft«⁶⁷ –, will die Rolle Deutschlands in der Welt als Mittelmacht definiert sehen, in der Deutschland seine Interessen klar formulieren und verfolgen solle. Insoweit entspricht dies der Fortführung des Primats der Innenpolitik des Postnazismus, aber durchaus bewusst: Sichere See- und Handelsrouten liegen in der Interessensphäre deutscher Außenpolitik, gleichzeitig sind aber Gauland »d[ie] Einsätze der Bundeswehr in anderen Ländern zu viele« und gewisse Konflikte »nicht lösbar«, was einer klaren Absage an jenen Primat der Außenpolitik gleichkommt. Im ganz offenen Optieren für die Kräfte des Gegensouveräns sind die allerersten Opfer diejenigen unglückseligen Mitglieder »fremder Kulturkreise«, die sich nicht mit deren Gewaltformen gegen Individuen, zuvorderst Frauen sowie Homo- und Transsexuelle, zufriedengeben wollen oder können. Ihnen gönnt Gauland generös die Urwüchsigkeit ihres Kollektivs, schließlich hätten Menschen insbesondere aus islamischen Kulturen die Abwehr von abstrakten Vermittlungsformen, einer erfolgreichen Triebunterdrückung und eines mit

62 Die politischen Debatten, die die Entwicklung der AfD orchestrierten (u. a. eingeführte Grenzkontrollen, Türkei-Deal, Regelung zu sicheren Herkunftsländern), können hier nicht verhandelt werden.

63 Nachtmann: Karneval, a. a. O., S. 47. Insofern ist dies nicht als Gegenthese zur linksliberalen, kultursensiblen Zerfallsform bürgerlicher Vergesellschaftung unter postnazistischen Verhältnissen zu verstehen, wie sie Clemens Nachtmann treffend charakterisiert hat, sondern eben untrennbar damit verbunden. Kritik, die ihren Gegenstand immer vor sich herzutreiben hat, ist zwar auf Zuspitzungen in ihren Urteilen angewiesen, darf aber nicht im Eifer eines Szenegefechts die Identifikation mit der einen oder anderen Seite der Parteien des Terrainstreits ans Ende setzen.

64 Ebd.: S. 52.

65 Ebd.: S. 53.

66 Die Synthese von Naturschutz und Lebensraumpolitik kann weder die AfD noch die Grünen für sich allein beanspruchen. Dazu immer sehr lesenswert: Wolfgang Pohrt: Lebensschutz und Nationalpolitik. Motive, Ziele und Geschichtsbild der Ökologie- und Friedensbewegung. Werke. Hrsg. v. Klaus Bittermann. Bd. 4. Berlin 2019, S. 413-447.

67 Der Videoblog von Thilo Jung ist oftmals durchaus sehenswert. Er geht mit seiner infantilen und selbstbezüglichen Art, seinem Antiamerikanismus und Antizionismus einem zwar gehörig auf den Geist, aber er schafft es durch die Herangehensweise in seinem Medium, den Interviewten Nuancen zu entlocken, die so vor den laufenden Kameras der Medienprofessionalität zum Opfer gefallen wären. Sofern nicht anders angegeben, beziehen sich die Ausführungen zu Gauland auf dieses Video des Blogs »Jung & Naiv«, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=f7jXQfT9ouo> (Stand: Dezember 2019).

schönem Schein über die eigene Scholle hinausweisenden möglichen Lebens im Blut.⁶⁸

In Sachen Kultursensibilität stehen Gauland und die AfD der postnazistischen Funktionselite in nichts nach, der Unterschied besteht allein darin, die außenpolitischen Leitlinien ohne den Schein zu formulieren, für einen höheren Zweck oder Frieden unterwegs zu sein. Am Ende spielt für Deutschland lediglich die Handelsbilanz eine Rolle, mit welchen Bündnispartnern diese erzielt werden können, ist unter dem Primat der Innenpolitik völlig gleichgültig.

Damit dieser Schein nutzbar gemacht werden kann, brauchen die Helferdeutschen das Narrativ des Vergangenheitsbewältigungsweltmeisters. Die AfD bemüht dagegen weder eine klassische Schlussstrichmentalität noch will sie aus den Verbrechen von Auschwitz Profitmaximierung betreiben. Vielmehr verfolgt sie eine geschichtspolitische Linie, in der der Nationalsozialismus nicht zum deutschen Nationalismus gehört, wie sie ihn definiert sehen will. Innerhalb der AfD gibt es indessen zwei aufeinander verweisende Pole: Zum einen stramme Geschichtsrevisionisten, die zumeist mit Neonazi-Vergangenheit sich um Björn Höcke und den »Flügel« gruppieren, zum anderen das Umfeld von Gauland, das gar nicht so weit gehen muss, eine »erinnerungspolitische Wende um 180 Grad«⁶⁹ wie Höcke zu fordern; aber genau diesen Konsens, dass die Deutschen Auschwitz als den Zivilisationsbruch zu verantworten hatten, greift auch das »bürgerliche« Lager der AfD mit seinen Verlautbarungen an, wenn Jörg Meuthen das »links-rot-grün verseuchte 68er-Deutschland«⁷⁰ anzählt, in deren Schulen die »deutsche Geschichte mies und lächerlich« (Höcke) gemacht wird. Zwischen diese vermeintlichen Pole passt am Ende nur das rhetorische Blatt; insoweit bleibt auch interne Kritik an Höckes vielzitierte Rede zum »Denkmal der Schande« aus, vielmehr merkt Gauland in typischer AfD-Manier – die wie eine Variation der Haider-Entschuldigung erscheint⁷¹ – gewisse »emotionale Probleme« an, spricht aber ansonsten von einer »geschichtspolitisch interessante[n] Rede«⁷². Das »andere Deutschland«, das die AfD gegen das »andere Deutschland« der 68er-Generation ins Feld führen will, wendet sich abstrakt vom Nationalsozialismus ab und begreift ihn als von der Geschichte losgelöst, als deren Verirrung, oder eben als »Vogelschiss«.⁷³ Und so kann Gauland den Nationalsozialismus als »antideutsch« titulieren, indem er betrauert, dass der Ausschluss der Juden aus der Volksgemeinschaft »künstlich« von staten gegangen sei, waren sie doch als Frontkämpfer der alten Bismarck-Volksgemeinschaft noch mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet worden. Der Nationalsozialismus indessen ist der Grund dafür, dass man nicht stolz auf Deutschland sein kann, und wird von der AfD insoweit negiert, als er gegen deutsche Interessen und das deutsche Volk gewesen sei. All das verkörpert die postnazistische Sündenstolzgemeinschaft in verkehrter Form mit ihrer positiv gewendeten Vergangenheitsbewältigungsweltmeisterschaft, was die AfD ironischerweise treffend erkannt hat – nur eben in die falsche, staatsaffirmative Richtung aufhebt.

68 Damit soll keinesfalls behauptet werden, dass der Prozess, bürgerliche Vermittlungsformen für das Zusammenleben zu akzeptieren, stets widerspruchsfrei vonstatten geht. Aber abgesehen davon, dass die Deutschen von Flüchtlingen eine Bürgerlichkeit einfordern, gegen die sie selbst regelmäßig zu Felde zogen, weshalb dies als reine Projektionsleistung zu quittieren ist, bleibt eine solche Ansicht hinter dem Universalismus der Aufklärung zurück: Menschen den Mut zur Aufklärung abzusprechen, nur weil diese Immanuel Kant nicht in ihrem historischen Kulturkreis hatten (was immer letzteres realiter bedeuten soll), ist im besten Fall ich-bezogen – oder aber rassistisch.

69 Alle Zitate von Höcke beziehen sich auf seine Rede, die er vor der Jungen Alternative am 17.01.2017 in Dresden gehalten hat, URL: https://www.youtube.com/watch?v=WWVwy-4cYRFIs&feature=emb_title (Stand: Januar 2020).

70 Phoenix: 5. AfD-Bundesparteitag: Rede von Jörg Meuthen am 30. April 2016, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=WcUzeLwVNsc> (Stand: Januar 2020).

71 Florian Markl: Wenn Antisemiten sich entschuldigen, URL: <https://www.mena-watch.com/wenn-antisemiten-sich-entschuldigen/> (Stand: Januar 2020).

72 Siehe FN 67.

73 AfD Bundestagsfraktion: Vollständige Rede Dr. Alexander Gaulands vom 2. Juni 2018, URL: <https://www.afdbundestag.de/vollstaendige-rede-dr-alexander-gaulands-vom-02-juni-2018/> (Stand: Dezember 2019)

Ein Deutscher ist, wer die deutsche Staatsbürgerschaft innehat und sich aufopferungsvoll um den Staat verdient macht. Kapitalproduktiv zu arbeiten und bis in den Tod staatsloyal zu sein,⁷⁴ lautet die auch für die AfD gültige Formel dessen, was deutsch sein soll. Mit der Ablösung des postnazistischen Establishments soll die Volkssouveränität auf dem Boden der nachbürgerlichen Gesellschaft⁷⁵ wiederhergestellt werden.

8. Zur Ehrenrettung des postnazistischen Scheins, oder: worauf es ankommt

Hatte antideutsche Kritik immer darauf insistiert, dass der postnazistische Schein lediglich das Unheil verdeckt, das sich darunter verdruckst selbstherrlich im kultursensiblen Geblök gegen bürgerliche Vermittlungsformen zusammenbraute, um unter anderen Umständen als den 30er Jahren die Staatsunmittelbarkeit in Gang zu setzen, stellt sich nun die Frage, ob nicht die AfD mit parlamentarischen Kompetenzen ausgestattet sowie mit wesentlich größerer Reichweite die Denunziation des verlogenen postnazistischen Bewusstseins mit Schuldkultur und leeren Phrasen zur Israelsolidarität übernehmen hat. Diesem Kurzschluss geht verlustig, dass beide Fraktionen des Postnazismus eine »politische Israelsolidarität«⁷⁶ pflegen, anstatt mit einer materialistischen die realpolitische Konsequenz aus der radikalen Kritik des Antisemitismus als Kritik negativer Vergesellschaftung zu ziehen. Wird das Verhältnis der AfD zu Israel in Beziehung zu ihrer allgemeinen politischen Agenda gesetzt, offenbart sich Israel als Projektionsfläche im Sinne des Postnazismus, die für den Primat der Innenpolitik in Sachen Grenzsicherung und Volkssouveränität Absolution erteilen soll.

Mit der Kanzlerschaft Merkels lässt sich konstatieren, dass Israel das Existenzrecht generös gewährt wird – als ob im Nahen Osten irgendwas davon abhängen würde – und sogar israelbezogener Antisemitismus oder Antizionismus als das benannt wird, was es ist, nämlich Antisemitismus; dies bemüht jedoch niemanden, seine antisemitisch motivierte Obsession der Kritik am Staat oder der Regierung Israels⁷⁷ endlich einmal sein zu lassen. In diesem Sinne ist vielleicht die allgemeine Israelkritik in Quantität und Vehemenz an der unteren Herzschlagfrequenz,⁷⁸ was jedoch eher damit zusammenhängt, dass sich die Beschäftigung der Deutschen von einer mit ihnen selbst zu einer mit dem »neuen« Problem der Migration verschoben hat. Mit der Exterritorialisierung des Antisemitismus, mit der ein rassistisches Labeling von Antisemiten einhergeht, will die AfD einen Selbstfreispruch erwirken; die postnazistische Intelligenz reagiert und relativiert den islamischen Antisemitismus, indem sie ihn als gleichberechtigt antisemitisches Narrativ neben »Antisemitismen« anderer Gruppen hinstellt, worin die AfD eingereicht wird.⁷⁹ Das Spiegelspiel dieser Schuldzuweisungen, die jeweils den Gegenpart treffen sollen – die AfD will die Helferdeutschen als Protégés von muslimischen Antisemiten los werden, die Helferdeutschen identifizieren die AfD als besonders hässliche deutsche Antisemiten –, rechtfertigt keinen Anlass anzunehmen, dass die AfD eine Ausnahmeerscheinung in der Befangenheit der

74 »Zu Tod und Arbeit« gewillt und geeignet«: Schärfere lässt sich kaum fassen, was nicht nur den Nazis »deutsch« sein soll.« (Bruhn: Was deutsch ist, a. a. O., S. 122).

75 Postnazismus ist nur die deutsche Form der nachbürgerlichen Gesellschaft, die auf den Grundfesten des Weltmarkts nach Auschwitz als Ende der liberalen Ära weiterbesteht beziehungsweise -zerfällt.

76 Nikolai Schreiter: Nicht an der Seite, an der Stelle Israels wollen sie sein. AfD, FPÖ und die Identifizierung mit dem imaginierten Angreifer, in: sans phrase, Nr. 14 (2019), S. 170-192, hier: 189.

77 Antisemitisch ist nicht erst das In-Frage-Stellen des Existenzrechts Israels, die Kritik an Israel oder die Kritik an der israelischen Regierung: Allein die Diskursgeschichte (von der »Kritik an Israel« zur »Kritik an der israelischen Regierung«) beweist die Obsession mit dem Thema, die den Antisemiten ausweist. Alle weiteren Projektionen sind Gegenstand empirischer Forschung.

78 Jakob Augstein ist hier ausdrücklich ausgenommen. Er braucht nämlich weder Anlass noch Argument, um seinem Ressentiment freien Lauf zu lassen. Die Causa Augstein würde aber einen längeren Beitrag notwendig machen – und einen guten Rechtsbeistand.

79 Zum Antisemitismus in der AfD, der hier nicht ergiebig verhandelt werden kann, sei der Sammelband von Stephan Grigat erwähnt (AfD & FPÖ, a. a. O.).

kapitalistischen Basisideologie Antisemitismus darstellen soll, die bis zu dem einen oder anderen Punkt jede Partei, jede Gruppierung, jedes Subjekt affiziert.⁸⁰ Es stellt sich die Frage, ob die AfD als Epiphänomen des Postnazismus überhaupt ein grundsätzlich anderes Verhältnis zu Israel als die von ihr kritisierte Elite pflegt. Allein in den zugelassenen Projektionen, für die Israel, »letztes Tabu deutscher Außenpolitik«,⁸¹ als Fläche qua historischer Schuld herhalten muss, unterscheiden sich postnazistisches Helferkollektiv und AfD.

Für beide Gruppierungen, postnazistisches Establishment hier, prozionistische Rechte dort, gilt Israel als nicht unwesentliche Autorität für die Bildung des eigenen nationalen Über-Ichs. Die Projektion, die auf Israel als deren Fläche wirkt, ist deshalb bei beiden pathisch,⁸² daran ändert auch die positive Wendung der imaginierten Autorität Israels bei letzteren nichts: Das Wissen um die Schuld der Eltern- und Großelterngeneration an den Verbrechen von Auschwitz verleitet zur Projektion der eigenen Wünsche, doch endlich aufrecht durch die Welt(politik) gehen zu können. Die Maßnahmen im Umgang unterscheiden sich nun in geläutertem Geschichtsbild und Grenzschutz. Die Erklärung der Sicherheit Israels zur Staatsräson erteilt der postnazistischen Elite die Erlaubnis zur Israelkritik, diese weisen die Rechten zurück: Für sie ist gerade der Postnationalismus mit seiner Verwässerung von Identität der Angriffspunkt,⁸³ woran das Feindbild des linksliberalen 68er-Milieus gebildet wird, und Israel mit seiner jüdischen Identität und dem Willen, seinen bestimmten nationalstaatlichen Charakter notfalls auch mit Waffengewalt an den Grenzen zu verteidigen, die Identifikationsfigur. Die »Identifizierung mit dem Angreifer«⁸⁴ ist die Reaktion auf eine scheinbar verloren gegangene Volkssouveränität, deren Verlust nicht wie ehemals den israelischen Juden oder jüdischen Israelis angelastet wird, sondern in antisemitischer Manier identitätszersetzenden klandestinen Kräften, die mit Merkel und ihrer Funktionseelite angeblich die Grenzen geöffnet und das ganze Durcheinander kollektiver Identitäten in Deutschland und anderswo (in Europa) angerichtet hätten. Dagegen treten nun Gauland und die AfD an mit der Herausforderung des stärksten Feigenblatts, das der Postnazismus je zu bieten hatte: Gauland sprach in der Pressekonferenz unmittelbar nach der Bundestagswahl 2017 das aus, was sowieso jeder ahnte, dass die Sicherheit Israels als deutsche Staatsräson bei Kriegsausbruch im Nahen Osten nur Lippenbekenntnis bleiben wird, weil es tatsächlich der deutschen Öffentlichkeit schwer vermittelbar ist, warum deutsche Söhne und Töchter ihr »Leben für den Staat einzusetzen«⁸⁵ hätten. Die Äußerung auf jener Pressekonferenz war zwar noch vorsichtiger formuliert als Gaulands Rede bei den Feierlichkeiten zu Israels 70-jährigem Bestehen im Bundestag. Doch verweisen beide aufeinander dergestalt, dass zunächst die Scheinheiligkeit angeprangert wurde, die der postnazistische Konsens in Sachen Israel walten lässt, um im nächsten Schritt in der Feierstunde »die deutsche Staatsräson, für die nach Gauland gekämpft und gestorben werden soll«, anzubieten, die »Beleg für deutsche (Volks-)Souveränität wäre«,⁸⁶ die den Deutschen doch abginge. Ob das Angebot vom deutschen Volk

80 Zu welchen Projektionen Individuen oder verschiedene Zusammenhänge sich auf dem Weg der Kritik bis zur Forderung, dass diese Form der Vergesellschaftung nicht sein soll, der »Staat und das Kapital sollen aufhören«, hinreißen lassen, gibt Aufschluss über deren Progressivität, die nur in Form der negativen denunziatorischen Kritik der Verhältnisse zum Vorschein kommen kann. Aus der negativen Vergesellschaftung führt – wenn überhaupt – nur dieser Ausweg.

81 Schlagzeile der Wochenzeitung des Bundestages Das Parlament, 18. September 2006, zit. n. Bruhn: Was deutsch ist, a. a. O., S. 232.

82 Zur pathischen Projektion siehe die 6. These aus den Elementen des Antisemitismus in: Adorno/Horkheimer: Dialektik der Aufklärung, a. a. O., S. 211-225.

83 Vgl. Schreiter, Stelle Israels, a. a. O., S. 182.

84 Anna Freud: Das Ich und die Abwehrmechanismen, Frankfurt a.M. 2016, S. 117. Die »Identifikation mit dem Angreifer« bezieht sich auf den Inhalt der Projektion und impliziert ausdrücklich nicht, dass Israel tatsächlich ein Angreifer wäre.

85 AfD Kompakt TV: Pressekonferenz vom 25.08.2017, URL: <https://www.youtube.com/watch?v=N3WCtoJzVrQ> (Stand: Januar 2020).

86 Daniel Poensgen: Sterben für die Staatsräson. AfD und Israelsolidarität im Bundestag, in: Pólemos, Nr. 9 (2019), S. 1-7, hier: 3.

angenommen wird, ist kaum relevant, dafür sind Gauland und die AfD zu versessen auf den Volkswillen. Umgekehrt ist die Existenz der schieren Möglichkeit kaum ein Anlass zur Entwarnung.

Einsätze der Deutschen Bundeswehr für Israel – wie es ihn vor der Küste Libanons bereits gibt – sind vielleicht sinnvoll. Wenn es aber antideutsche Kritik ernst meint mit ihrem Gegenstand, darf sie keinem Deutschland, keinem Staat über den Weg trauen, weil deren Voraussetzungen die des Unheils, die der Vernichtung, die des Antisemitismus sind. Es macht eben kaum einen Unterschied, welche Fraktion des Postnazismus in Deutschland sich durchsetzt, so wie kaum politische Entscheidungen innerhalb der Kapitalsouveränität Folgen auslösen, die diese Souveränität in ihren Voraussetzungen erschüttern würde. Deshalb ist es auch »so unbeschreiblich dumm und grob fahrlässig, die AfD als einzige konsequent israelsolidarische Partei zu bezeichnen«,⁸⁷ denn solche kann es wie eine antideutsche Partei nicht nur gar nicht geben, die Aussage ist insbesondere vor dem Hintergrund falsch, dass die deutschen Interessen bei den Delegationen der deutsch-iranischen Handelskammer weitaus besser aufgehoben sind, die die AfD immer höherer wird, als in unter Wert verkauften deutschen U-Booten an Israel. Israelsolidarität kann sich nur aus einer fundamentalen Frontstellung gegen das iranische Regime und seine Ideologie des Revolutionsexports begründen – alles andere ist irgendwas zwischen Philozionismus und Antizionismus.

Der AfD geht es genauso wenig wie der postnazistischen Intelligenz um eine Kritik des Antisemitismus als radikale Kritik der Gesellschaft, die einen Begriff von negativer Vergesellschaftung voraussetzt. Beide verdrängen die Gewalt, die aus den Formen negativer Vergesellschaftung in unterschiedlicher Ausprägung entsteht: Die AfD ignoriert die Tatsache, dass auch ohne Einwanderung sich Menschen in islamischen Zusammenhängen zum Judenmord entscheiden; die postnazistische Elite will vom Unterschied in der Vehemenz, mit der die islamische Version der Krisenlösung in die »Entfesselung der Gewalt um ihrer selbst willen«⁸⁸ umschlägt, nichts wissen. So fällt auch die vielbeschworene Islamkritik von rechts in sich zusammen, wenn sie – ganz im Sinne des Primats des Grenzschutzes – die Antisemiten dorthin schicken will, wo sie nicht stören.⁸⁹

Was an der AfD ganz besonders beunruhigen muss, ist ihr Potential sowie ihre Werbung dafür, »Volkssouveränität und Kapitalsouveränität zur Deckung zu bringen und das heißt, im Zweifelsfall die durch den Weltmarkt erzwungene Selbstbeschränkung staatlicher Gewalt aufzuheben.«⁹⁰ Gegen diesen Kurzschluss, gegen diese Verschmelzung von Kapitallogik und Staatssubjekt, die am Ende Vernichtung bedeutet, gilt es Sturm zu laufen und nicht durch eine vernünftig geläuterte deutsche Politik die Hoffnung aufrecht zu erhalten, dass Deutschland am Ende doch noch eine historische Existenzberechtigung hat. Diese scheint immer dann erreicht zu sein, wenn sich Juden in Deutschland sicher fühlen, obwohl in der Beschwörung dieser Sicherheit immer schon der Antizionismus verschant liegt: Wer braucht schon Israel mit seinem Law of Return

87 Gerhard Scheit: Primat der Außenpolitik und Gegenidentifikation. Ein imaginäres Gespräch (mit realen Fußnoten), in: sans phrase, Nr. 13 (2018), S. 15-28, hier: 17.

88 Scheit: Eingeschrumpfter Behemoth, a. a. O., S. 168.

89 Siehe dazu: Scheit: Flüchtlingsmonopoly, a. a. O., S. 7f.

90 Elser: Substantialisierung, a. a. O., S. 11.

und seiner Unterdrückung der Palästinenser, wenn Deutschland für Juden sicher ist?

Freilich ist es nicht egal, wer staatliche Gewalt innehat und freilich gewinnen politische Urteile daher an Relevanz. Das geringere Übel zu unterstützen sollte jedoch immer aus der Notwendigkeit resultieren, diejenige Untätigkeit zu verhindern, die den Weg frei macht für Schlimmeres. Die einzig sinnvolle Praxis wäre die Abschaffung der gegenwärtigen Verhältnisse.

In einer antideutschen Linken, die inzwischen aufgrund nicht unsympathischer Entwicklungen ein nicht geringes Gewicht hat, scheint die transzendente Obdachlosigkeit dazu geführt zu haben, das Identifikationsangebot willfährig anzunehmen, anstatt sich in der unbefriedigenden Einsamkeit des Kritikers einzurichten. Weil auch diese Einsamkeit des Kritikers ein notwendiger aber kein erstrebenswerter Zustand ist, wäre ein Reflektieren des eigenen Narzissmus begrüßenswert, der zur Assoziation von Kritikern in wie auch immer gestalteten Zusammenhängen einlädt. Die argumentative Auseinandersetzung ist unabdingbar, soll eine Selbstkritik in Gang kommen, die für die Kritik der negativen Vergesellschaftung unerlässlich ist, soll sich der Bann ihres Zwangszusammenhangs einmal lösen. Bis dahin muss es Ziel sein, die Gesellschaft anhand ihrer Basisideologie des Antisemitismus zu kritisieren und gegen deren mörderische Manifestationen im Rahmen der eigenen Möglichkeiten vorzugehen. In diesem Sinne weiß sich antideutsche Kritik realpolitisch an den Seiten der USA allein deshalb, weil gegen sie und Israel die Islamische Republik Iran mit ihren regimetreuen Milizen in der Region und weltweit als gefährlichster Vertreter des Gegensouveräns mobil macht, unterstützt durch seine Handelspartner in Europa und insbesondere Deutschland. Führt die postnazistische politische Israelolidarität dazu, dass sich Israel kostengünstiger und besser verteidigen kann, dann ist uns das lieber, als ohne dieses Element die Hofierung des antisemitischen Regimes wirtschaftspolitisch fortzusetzen. Um zu unterscheiden, wann die Wahl zwischen schlechten Alternativen zurückzuweisen ist und wann die Zurückweisung der Alternativen ihrerseits auf schlechte Äquidistanz hinausläuft und dann eben doch Parteilichkeit angebracht wäre, ist politische Urteilskraft gefragt. »Dialektisch zugleich und undialektisch«⁹¹ – diese ihrerseits zur Floskel gewordene Anforderung an die Kritik ist auf eine solche Urteilskraft stets angewiesen. Sie gebietet die Solidarität mit Israel als dem größten anti-antisemitischen Projekt, das es jemals gab.

Am Israel Chai. Für den Kommunismus.

91 Adorno: *Minima Moralia*, a. a. O., S. 173.

Zeit für Kassensturz

→ Gruppe Akronym

Als der Begriff »Antideutsch« Anfang der 90er Jahre ein recht heterogenes Grüppchen enttäuschter Grüner, gesäuberter KBler und versprengter Trotzisten bezeichnete, die sich in Zeiten von völkischer Massenerweckung und Zusammenbruch des Ostblocks um die Zeitschriften *Konkret* und *Bahamas* sammelten, waren die innerlinken Fronten noch klar verteilt: Hier die Traditionsinke, dort ihr »Abbruchunternehmen«.

Doch nichts hält für immer. Der erfahrene Szenegänger kennt heute eine ganze Fülle von Nuancierungen: Nebst den neuesten Rennern Rechts- und Linksantideutsch, werden und wurden Post-, Jung-, Softcore-, Hardcore- sowie Pop-, Vulgär- und Merkelantideutsche ausgemacht. Im Frühjahr 2009 holte die *Bahamas* zum Rundumschlag aus und kündigte an, dass man den »abgehängene[n] Attributen« kommunistisch, israelolidarisch und antideutsch entsage und sich nun stattdessen als »ideologiekritisch« bezeichne. Man wollte nicht verwechselt werden mit (vermeintlichen) Stalinisten, philosemitischen linksjugendlichen Nachwuchspolitikern und allzu pubertären Bomber-Harris-Fans. Doch gerade diese Kritiker, die sich dem Opportunismus in Universität und Politik verwehrten, haben sämtliche Bestrebungen die Menschheitsemanzipation zu erreichen verworfen. Einst empfand man es noch als notwendiges Übel in der historischen Situation Partei ergreifen zu müssen für das Schlechte gegen das Schlechtere. Heute tragen die Ideologiekritiker die bürgerliche Gesellschaft und den ihr innenwohnenden heiligen Geist »die bürgerliche Restvernunft« wie ein goldenes Kalb vor sich her.

Man gewinnt den Eindruck, dass die meisten Antideutschen bei der Verteidigung des bürgerlichen Staats mittlerweile den Standpunkt teilen, bürgerliche Aufklärung und faschistische Barbarei wären diametral entgegengesetzt, so als wäre nicht Letztere aus Ersterer hervorgegangen. Generell scheint eine allgemeine theoretische Regression stattzufinden, sodass selbst Grundlagen der eigenen Theorie zunehmend vergessen werden. Konstatierte Stephan Grigat 2007 noch, dass es den Antideutschen gelänge Karl Marx und die kritische Theorie gegen die regressive Linke ins Feld zu führen¹, so scheinen heute ausgerechnet die Antideutschen diejenigen zu sein, denen dieser Rückbezug nicht mehr möglich ist. Kappt man die Bezugnahme auf kommunistische Theorietraditionen verliert man auch die Fähigkeit den Begriff Kommunismus positiv zu bestimmen und die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Marxismus bleibt fruchtlos. Die Theorie verliert ohne die Bezugnahme ihr Gedächtnis und ist verdammt jede Auseinandersetzung erneut durchzukauen.

Dieser fehlende Rückbezug ist es auch, der vergessen lässt, dass die Verteidigung der falsch eingerichteten Welt gegen ihre erosiven Tendenzen immer nur als temporäre Strategie gedacht war. Wusste man im Irakkrieg beispielsweise noch darum, dass es ein historischer Glücksfall war, dass die imperialistischen Interessen

¹ Siehe Grigat, Stephan: Was heißt: Antideutsch? In: <https://www.cafecritique.priv.at/antideutsch.html>.

der USA im Nahen Osten antifaschistische Konsequenzen hatten, wurde bald schon über die antifaschistische Seele der Angelsachsen fantasiert. Solcher Romantisierung wäre entgegenzusetzen, dass Ereignisse, wie zuletzt der Sieg über den Islamischen Staat der allgemeinen Regression nur kurzen Aufschub bieten kann und diese Interventionen nur innerhalb günstiger politökonomischer Umstände möglich sind und nicht zuletzt günstigen politökonomischen Umständen zu verdanken sind.

Marx und Engels stellten noch in den *Thesen über Feuerbach* fest, dass das Bewusstsein der Menschen abhängig ist von ihren eigenen ganz weltlichen Umständen, womit die Ideologiekritik eine ganz praktische Dimension erhält. So schließt die 3. Feuerbachthese:

»Das Zusammenfallen des Ändern[s] der Umstände und der menschlichen Tätigkeit oder Selbstveränderung kann nur als revolutionäre Praxis gefaßt und rationell verstanden werden.«²

An solchen Kleinigkeiten stören sich die kritischen Kritiker des Spätkapitalismus wenig. Die meisten Ideologiekritiker beharren auf dem Existenzialurteil, dass die allgemeine autoritäre Verfassung ihrer Mitmenschen keine bessere Alternative zulasse und kapitulieren vor jeglicher Praxis. Mag man die Müdigkeit der Alten noch verstehen, die ihr halbes Leben recht erfolglos als verdeckte kommunistische Anstifter in Betriebsräten zugebracht haben, so sind die nachwachsenden Antideutschen bereits vom politischen Kampf erschöpft ohne je einen geführt zu haben.

Mit dem Weglassen des Attributs kommunistisch« machen es sich die Ideologiekritiker leicht. Sie geraten nicht mehr in den Verdacht es handele sich bei ihnen um bolschewistische Betonköpfe, einem Schicksal, das so manch einem zuteilwurde, der in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit allzu freimütig mit Begriffen wie Proletariat, Klassenkampf oder sogar Sozialismus hantierte. Übrig bleibt eine antitotalitäre weiße Weste, die man als Rettung des ursprünglichen Marx verkauft, aber einen heimlichen Zweck erfüllt: Sie schützt vor Berufsverboten.

Man fragt sich: Welchen Zweck sollen Jahrzehnte der Kritik an der Linken haben, wenn sie nicht von der Hoffnung getragen ist die Kritisierten hätten ein Einsehen, der Hoffnung die Jüngeren würden es besser machen als man selbst? Welchen Zweck kann das Aufatmen über den Aufschub der allgemeinen Regression haben, wenn er nicht als Zeitfenster für (noch) mögliche Praxis gedacht wird? Zu fragen, was »antideutsch« heute ist, bedeutet also nach den Grundlagen einer kommunistischen Praxis zu fragen, die nicht ohnmächtig die Geister der Vergangenheit beschwören will, sondern in der heutigen historischen Situation verankert ist.

Feminismus & Rassismuskritik: Das Feld zurückerkämpfen, den Kampf erweitern

Es ist mit Sicherheit wichtig jene Exponenten des Postmodernismus anzugreifen, die sich in der Kopftuchfrage auf argumentative Handreichungen Ayatollah Khameneis stützen, die den Universa-

lismus zugunsten des Relativismus geopfert haben und so in rassistischer Manier Frauen und Homosexuelle andernorts dem Joch barbarischer Kulturpraktiken ausliefern. Auch tut es not die psychoanalytische Einsicht von der Widersprüchlichkeit und Ambivalenz menschlichen Begehrens gegen den Zirkus der Identitätspolitik zu verteidigen und im Namen der Universalität menschlicher Leiderfahrung gegen die mancherorts bereits institutionalisierten Opferolympiaden vorzugehen.

Diese notwendige Kritik muss sich jedoch daran messen lassen ob sie nur zur reinen Negation fähig ist oder ob sie eine Befreiungsgrundlage für jene Menschen schafft, denen man sich als die bessere Avantgarde anbietet. Auch sollte eine solche Kritik für sich klären, welches strategische Ziel sie mittel und langfristig verfolgt. Denn es darf zumindest bezweifelt werden, dass Menschen die ihren politischen Standpunkt als psychische Heimat verstehen, in der Mehrzahl bereit sind ihre Überzeugungen auf den Prüfstand zu stellen. Eher dient die Kritik als Waffe für diejenigen, die ihr bereits bestehendes Unbehagen an postmodernem Bully-Gehabe bisher ins Private verbannt haben und die sich Räume zurückerobern wollen, in denen gestritten werden kann. Denn der Rückzug der Frustrierten, denen ihre Lebenszeit schlicht zu schade ist um sich auf hitzige Diskussionen über die Kulturgeschichte der Filzlocke einzulassen, hat auch Konsequenzen für die theoretische Analyse: Feministische Kritik und Analyse des Rassismus existieren in weiten Kreisen nur noch als Verfallsform, die zwar für jede Form zwischenmenschlicher Gemeinheit einen eigenen Diskriminierungsbegriff kennt, aber diese Diskriminierung bürgerlich-idealistisch als reine »falsche Gedanken« versteht, die man mit richtiger kollektiver (Selbst)erziehung beenden könne. Es ist daher zu begrüßen, dass aus einem antideutsch geschulten Milieu in letzter Zeit Versuche unternommen werden eine feministische und rassismuskritische Analyse in materialistischer Tradition zu leisten, die sich nicht nur an der falschen Gegnerschaft, sondern am Gegenstand selbst abarbeitet. Eine solcher (neuer) materialistischen Standpunkt, der die verschiedenen Ideologien nicht getrennt, sondern mit dem Kapitalverhältnis verwoben betrachtet, sollte sich nicht vor dem Vorwurf scheuen, er würde die Frauen- und Minderheitenfrage zum Nebenwiderspruch erklären.

Der materialistischen Analyse geht es nicht um die bequeme Verschiebung dieser Fragen auf eine postrevolutionäre Zeit, sondern um die Einsicht, dass auch immanente Verbesserungen in erster Linie auf der Grundlage des Kampfes um gesellschaftlichen Reichtum – stofflich oder als disposable time – erreicht werden. Es geht um die Einsicht, dass das »diskursive« Engagement für ein progressives gesellschaftliches Bewusstsein den uneingestanden Charakter eines Werbens um die Herzen der Herrschenden hat. Denn nur wenn diese ihre Machtausübung aus Willkür oder geschäftlichem Opportunismus egalisieren oder wenn die jungen Progressiven von heute die Kapitaleigner, Entscheider und Vermittler von morgen sind, können etwa alleinerziehende Mütter und Besitzer fremdklingender Nachnamen bei Wohnungs- und Jobsuche

² MEW 3, S.6.

auf Besserung ihrer Lage hoffen. In dieser Frage materialistisch zu Denken heisst sich zu überlegen welche Mittel bereitstehen die Herrschenden nicht nur zu bitten, sondern auch zwingen zu können.

Denn auch das, was man hierzulande gemeinhin öffentlicher Druck nennt, kann sich nur punktuell gegen einzelne Firmen, Institutionen und Personen richten und auch nur dann Wirkung zeigen, wenn ein gesellschaftliches Klima herrscht, das in den Führungsetagen das Gefühl aufkommen lässt, hier könne man eine substantielle Anzahl von Kundinnen und Kunden oder den nächsten Wahlkampf verlieren. Zwar rütteln wiederkehrende Empörungskampagnen hier und da an den Stühlen der Macht, heruntergefallen sind jedoch die Wenigsten. Während man sich anstrengt unter der Maßgabe des Fortschritts Wandgedichte, Kleidung und Supermarktprodukte, alte Gemälde und vielerlei mehr aus dem öffentlichen Blick zu verbannen, bleibt etwa die ökonomische Grundlage relativer weiblicher Abhängigkeit weitgehend unangetastet. Zwar gilt die vergleichsweise geringe Ungleichbezahlung von Frauen und Männern in denselben Positionen in weiten Teilen der Gesellschaft als handfester Skandal, doch wird es als Normalität hingenommen, dass jene Berufe, die hauptsächlich von Frauen ausgeübt werden, verlässlich zu den unteren Lohnklassen gehören. Diese Normalität anzugehen würde eine kategoriale Kritik an der Existenz von Lohnhierarchien voraussetzen, die jener hilflose Feminismus, der vom Kapitalismus nicht sprechen will, nicht leisten kann und will.

Wie man die Verschränkung von Kapitalmacht und patriarchaler Macht verdrängt lässt sich exemplarisch an der Behandlung der Sexismusaffäre um Rainer Brüderle zeigen, bei der die breite Öffentlichkeit ausschließlich über männliches Benehmen diskutierte, nicht aber über die prekäre Lage der Journalistin Laura Himmelreich. Schließlich verlieh erst ihre Verpflichtung ihrem Arbeitgeber eine Story zu liefern Brüderle jenes Machtgefühl, das ihn glauben lies mit seinen Belästigungen unbeschadet davonzukommen. Zwar ist es als gesellschaftlicher Fortschritt zu werten, dass der Stern Himmelreichs Polemik gegen Brüderle abdruckte und seine Berechnung auf patriarchale Komplizenschaft nicht aufging, doch nur wenige Frauen haben das Glück in dieser Hinsicht Solidarität von Vorgesetzten zu erhalten. Gerade jene Frauen, deren Beruf darin besteht das freundliche Servicegesicht eines Unternehmens zu mimen, von der Vorzimmerdame bis zur Kellnerin, befinden sich in der Zwangslage, dass übergriffige Männer meist zahlende Kunden oder wichtige Geschäftspartner sind, während sie selbst eine Stelle innehaben, die man innerhalb eines Monats neu besetzen kann. Dieser über den Klassenbegriff vermittelte Standpunkt ist auch der Strategie des liberalen Feminismus entgegenzusetzen, der auf die Erziehung zu starken isolierten Einzelkämpferinnen setzt. Die versteckte Losung der Kinderbücher, in denen Mädchen beigebracht wird, dass auch sie CEOs, Verfassungsrichterin oder Staatspräsidentin werden können, lautet nämlich: »Sei nicht wie all die anderen Frauen, die unter die Räder kommen«. Das Resultat

3 Einige Beispiele: Jene Berufe, die heute mehrheitlich von Frauen besetzt werden, fallen zu großen Teilen in die Domäne vormals unbezahlter Frauenarbeit, die durch den Drang der Frauen auf den Arbeitsmarkt mehr und mehr vergesellschaftet werden musste. Was zuvor sittliche Verpflichtung gegenüber Haushalt, Familie und Verwandtschaft war, ist heute vertragsmäßige Verpflichtung gegenüber dem rationalisierten Betrieb in Pflege, Gesundheit, Reinigung, Service, Kinderbetreuung, Schneiderei, usw. Noch drastischer zeigt sich die Überführung von Mittellosigkeit und Unfreiheit durch Entrechtung in die doppelt freie Lohnarbeit an den befreiten Sklaven Nordamerikas, die nach dem Bürgerkrieg in großen Teilen nun gegen Lohn die gleiche Arbeit bei ihren alten Herren verrichteten. Das gleiche im Weltmaßstab: Während die Versklavung schwarzer Menschen in Zeiten, in denen unskilled labor gefragt war, für die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals große Dienste geleistet hat, sind es heute im weiteren Ausland angeworbene Spezialisten, die den nächsten Akkumulationsschub westlichen Kapitals durchführen sollen: die digitale, vernetzte Industrie. Ebenso wie der Sklavenhandel die wirtschaftliche Entwicklung Schwarzafrikas nachhaltig sabotierte, beraubt der »Brain Drain« heute die Herkunftsländer Stück für Stück ihres nationalen Potentials selbst stofflichen Reichtum auf dem Weltniveau der Produktivkräfte zu schaffen.

dieser Formung zum überperfekten Konkurrenzsubjekt ist dabei die Auflösung des letzten Rests geschlechtlicher Solidarität zwischen Frauen in das Hauen und Stechen des kapitalistischen Betriebs.

Nicht nur bezüglich der Frauenfrage, sondern auch in der Minderheitenpolitik muss es Aufgabe materialistischer Kritik sein hervorzuheben, dass patriarchale und rassistische Unterdrückung sich im Westen zwar von ihrem rechtlichen bzw. unmittelbar gewaltförmigen Charakter gelöst hat, jedoch in Form sachlich vermittelter Verhältnisse weiterhin Bestand hat. Nicht die mangelnde rechtliche Gleichheit, sondern die Unterdrückung in der rechtlichen Gleichheit der Konkurrenzsubjekte ist es, die dafür sorgt, dass die Verhältnisse zäh sind, der Fortschritt langsam und der reaktiönäre Umschlag jederzeit möglich. Ebenso wie das kapitalistische Gründungsverbrechen der europäischen Bauernvertreibung in das heutige Klassenverhältnis eingeschrieben ist, so auch die vor-malige rechtliche Unterdrückung der Frau und die Rechtlosigkeit der ehemals Kolonisierten und Versklavten.³ Es ist die bürgerliche Ideologie der Gleichheit, die in ihrer selbst auferlegten Blindheit gegenüber den materiellen Verhältnissen und ihrer Geschichte den Chauvinismus als geistige Verdopplung wieder und wieder erzeugt, der die real erfahrbaren Unterschiede zwischen Männern und Frauen, Weißen und Nicht-Weißen – wie sie durchschnittlich im Beziehungsgefüge der (Re)produktion vorkommen – nur als Ausdruck von Natur begreifen kann.

Das Zerwürfnis zwischen Intellektuellen und Arbeiterklasse

Als sich im Mai 1968 protestierende Studenten zum Renaultwerk aufmachten, um sich mit den dort streikenden Arbeitern und Arbeiterinnen zu solidarisieren, wurden sie äußerst reserviert empfangen. Zu sehr war diesen bewusst, dass jene ihnen schon bald gegenübertraten würden als Vorgesetzte, als Beamte hinter dem Schalter, als Sachbearbeiter, kurz: als ihre Verwalter in den Diensten des Kapitals und seines Staates. Dieses Bewusstsein hat dem studentischen Linken, der von einer Wiedererweckung der alten Arbeiterbewegung träumt, einiges voraus. Es ist das Bewusstsein, dass sich die gesellschaftliche Organisation der Einzelarbeiten, d.h. nach welchen Maßstäben diese voneinander getrennt sind und wie sie aufeinander einwirken, seit dem 19. Jahrhundert maßgeblich verändert hat. Damals kannte die Fabrikwelt eine marginale Zahl von Maschinenspezialisten und Vorarbeitern sowie eine große Zahl von angelernten Arbeitern, die mit steigender Erfahrung im Umgang mit den Produktionsmitteln und durch Gehorsam und Dienstbefähigkeit in den ihnen übergeordneten Rang aufsteigen konnten. Das 20. Jahrhundert hingegen brachte die Betriebswirtschaftslehre als instrumentelle Vernunft der Arbeitsorganisation hervor und mit ihr jene Berufsklasse von Organisatoren, deren Arbeit in der Konzeption von Arbeitsprozessen, ihrer Überwachung und Glättung besteht und die heute auf Namen wie Change-Manager, SCRUM-Master, Kommunikationsdesigner und Wirt-

schaftspsychologie hört. Diesen angegliedert sind eine wachsende Zahl von staatsfinanzierten Vorfeldorganisatoren, die als Coaches, Umschulungslehrer oder Sozialarbeiter anderer Leute Arbeitskraft dort verwalten und versuchen zu verbessern, wo das Kapital keinen Bedarf an ihr anmeldet.

Mit dem durch Krise und Konkurrenz gestiegenen Bedarf an der Verbesserung und Verwaltung der Ware Arbeitskraft ist diese Gruppe zu einer eigenen Klasse von Lohnarbeitern und Arbeiterinnen herangewachsen. Diese neue Mittelklasse unterscheidet sich vom klassischen Kleinbürgertum insofern, dass ihre Tätigkeit nicht auf den Kleinverkauf eigener Waren und Dienstleistungen für Konsum und den stofflichen Produktionsprozess abzielt, sondern auf die sekundäre Bearbeitung der Ware Arbeitskraft.⁴ Ideologisch ist dieser Unterschied einer ums Ganze, nämlich zwischen regressivem Antikapitalismus und liberal-bürgerlicher »Weltoffenheit«. Das klassische Kleinbürgertum lebt in der Zwickmühle, dass einerseits der stoffliche Warentausch seine Einkommensgrundlage ist, andererseits es ständig bedroht wird von der Monopolisierungsbewegung des Kapitals. Die neue Mittelklasse hingegen konkurriert nicht gegen großes und internationales Kapital, sondern ist eingebettet in den betrieblich-technokratischen und staatlichen Apparat. In der Wirtschaft profitieren ihre Mitglieder von Monopolisierung, offenen Grenzen und Weltmarkt, da größere und länderübergreifende Organisationsstrukturen komplexere Verwaltungsapparate und hochfein abgestimmte Prozesse erfordern. Im Staatsdienst und den vom Staat finanzierten Trägerorganisation gehen sie gemäß ihrem Auftrag die Produktivität des Humankapitals zu steigern gegen die verschiedenen Formen von Diskriminierung vor, die aus wirtschaftlicher Sicht in erster Linie eins ist: Verschwendung von human resources.

Es ist genau jene Mittelklasse aus dessen Schoß heute die meisten sozial engagierten Jugendlichen hervorgehen, die man versucht zu radikalieren. Es ist aber eben auch diese Mittelklasse, die all die großen Revolutionäre in ihrer überwiegenden Zahl wieder integriert. Dies geschieht umso leichter, da die Verfeinerung der Integration in den Arbeitsprozess, die von der neuen Mittelklasse geleistet wird, durchdrungen ist von einer Ideologie des Wohlmeins, die jede neue Daumenschraube im Namen des physischen und psychischen Wohlbefindens anlegt und damit vor allem bei jenen verfängt, die sich enttäuscht von der ausbleibenden Revolution dem Arbeits- und Sozialreformismus zuwenden. Gute Arbeit, gutes Leben – das ist die arbeitspolitische Maxime in der Selbstwahrnehmung jener, die dafür sorgen, dass künftig niemand von Firmenkultur, Team-Events, Kommunikationsschulungen, »Blitzlichtern« und Feedbackrunden verschont bleibt.

Dieses Verhältnis in der materiellen Arbeitsteilung von Mittelklasse und Industrieproletariat, von Bearbeitern der Arbeitskraft und jenen, deren Arbeitskraft gegen ihren Willen bearbeitet wird, spiegelt sich im Überbau als Kulturkampf zwischen urban professionals und der working class wider. Jene attestieren diesen nicht nur im Modus gewöhnlichen Klassendünkels Vulgarität im zwi-

schenmenschlichen Umgang, Verantwortungslosigkeit im Konsum, mangelnden Sinn für Natur und Umwelt, sondern schicken sich spiegelbildlich zum Arbeitsprozess auch im Politischen dazu an die Mitglieder unterer Lohnklassen gegen deren teils erbitterten Widerstand volkspädagogisch zu zivilisieren, zu verbessern, zu erziehen. Der trotzige Konservatismus wiederum, der von der Arbeiterklasse vielerorts der liberalen Mittelklasse entgegengehalten wird, das Beharren auf den eigenen Gewohnheiten, das Festhalten an Tradition, Familie und Heimat, ist eine ohnmächtige, bewusstlose Weigerung sich dem fortschreitenden geschichtlichen Prozess der Formung des Menschen durch das Kapital kampfflos zu ergeben.

Der bewusstlose Klassenkampf ist durch die Geschichte der kapitalistischen Gesellschaft hinweg konservativ gewesen. Es war den Maschinenstürmern des 19. Jahrhunderts nicht daran gelegen, sich die Früchte des Fortschritts der Produktivkräfte anzueignen, sondern ebendiesen Fortschritt mit Gewalt aufzuhalten, der ihre Existenz unmittelbar bedrohte. Während die maschinellen Webstühle handgreiflich zerstörbar waren, sind die Techniken, die heute den Wert der Arbeitskraft steigern in erster Linie Sozialtechniken, d.h. richtige Sprech- und Ausdrucksweise, selbstsicheres Auftreten, Leadership, Teamfähigkeit, rhetorisches Geschick, richtige Kommunikation, also Soft Skills, deren Stand und Verbesserungspotential in Mitarbeiterjahresgesprächen thematisiert wird. Vor diesem Hintergrund nimmt es auch nicht Wunder, dass in großen Teilen der Arbeiterklasse die Abneigung gegen politisch korrekte Sprache und Verhaltensweisen grassiert. Auch diese sind Sozialtechniken, die darauf abzielen Gesellschaft und Gemeinschaft zu harmonisieren. Insbesondere die Einübung kultursensibler Etikette dient dazu, die Ware Arbeitskraft fit für den Weltmarkt zu machen, der ebenso wie einheitliche Containergrößen auch standardisierte betriebliche Arbeits- und Umgangsformen benötigt. Je mehr das Humankapital auf der Suche nach Verwertung nationale Grenzen übertritt, desto mehr Firmen werden kulturelle Sensibilität im Betrieb einfordern, um die Zusammenarbeit der verschiedenen Angestellten über kulturelle Differenzen hinweg ideal harmonisch, d.h. produktiv, zu organisieren.

Dass der Kulturkonflikt zwischen Mittelklasse und Proletariat ein symbolischer Ersatz für den ausbleibenden Klassenkampf ist, lässt sich an den Gilets Jaunes erfahren, deren Protest zuerst alle Zeichen eines Kulturkampfes zwischen knausrigen Autofahrern und Klimaschützern trug, sich jedoch schnell zu einem Großangelegten ökonomischen Klassenkampf entwickelte. Anstatt aus der Ferne die Arbeiterklasse nach Kriterien eigener links-idealistischer Werte zu prüfen, muss sich Klassenpolitik ins Handgemenge stürzen, um zu verhindern, dass der Konservatismus des bewusstlosen Klassenkampfes mit dem regressiven Antikapitalismus des Kleinbürgertums jene Symbiose entgeht, die ein zentrales Erfolgsgeheimnis des Nationalsozialismus war. Besonders in Deutschland also, wo diese Verbindung fröhliche Urstände feiert, ist Untätigkeit in der Klassenfrage etwas, das sich Kommunistinnen und Kommunisten nicht leisten können.

⁴ Vgl. Uli Krug: Disruption und Zivilgesellschaft. In: Bahamas 79.

Den Klassendünkel ablegen

Die Naivität der alten westdeutschen Linken gegenüber einem postnazistischen Proletariat, das noch kurz zuvor ideologisch völlig integriert in die Volksgemeinschaft war, und die darauffolgende Enttäuschung über das Scheitern in der Agitation verstreute das revolutionäre Bedürfnis der Intelligenzija in alle Himmelsrichtungen: Der sehnsüchtige Blick auf die Bewegungen der dritten Welt, die Verschiebung des revolutionären Subjekts (erst auf linke Studenten, später auf die neuen sozialen Bewegungen, auf »Multitudes« und »Marginalisierte«) sind Bearbeitungen der Erfahrung, dass das deutsche Industrieproletariat den revolutionären Ideen bis auf Ausnahmen stets mit Gleichgültigkeit oder Ablehnung begegnete. Als sich dann 1989 keine Reform des DDR-Sozialismus zeitigte, sondern eine Restauration deutschen Nationalgefühls, das in Rostock, Mölln und Hoyerswerda zu sich selbst fand, begrub man die letzten Reste der revolutionären Hoffnung gegenüber der Arbeiterklasse in Deutschland. Übrig blieb eine arrogante Verbitterung, die im einstigen revolutionären Subjekt nur noch den reaktionären Mob erkennen konnte und in den Folgejahrzehnten eine ganze Kultur der Verachtung gegen abgehängte Deutsche aufblühen ließ. Anstatt die Verelendungseffekte des Kapitals zum Anlass für Solidarität zu nehmen, fand man in der Brutalität der Verwertungsmaschine für das eigene beleidigte Strafbedürfnis einen mächtigen Erfüllungsgeliebten, der den ganzen reaktionären Pöbel wenigstens in einer anonymen Gerechtigkeit verdammte sein Leben in der öden Vorstadt oder in trostloser, industrieller Brache zu fristen.

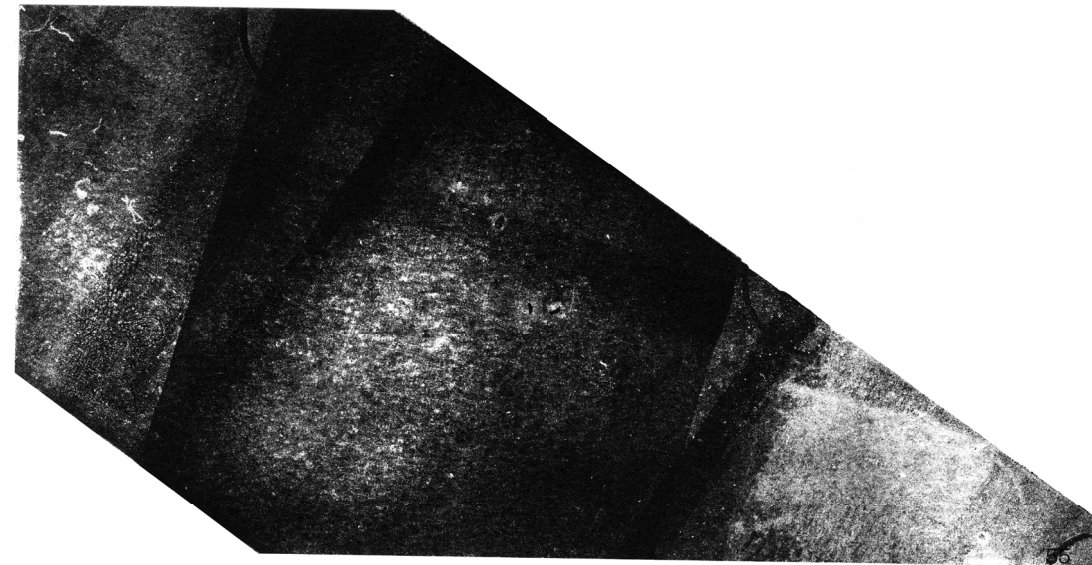
Nicht die Verelendung der Prolls ist heute Politikum, sondern ihr Habitus, an dessen Hässlichkeit sich die Mittelklasse und in ihr die radikale Linke narzisstisch aufrichten kann und deren Verdammnis für sie den innerpsychischen Zweck hat das Damoklesschwert der eigenen Proletarisierung zu verdrängen. Es ist kein Zufall, dass etwa der Begriff der »toxischen Männlichkeit« unbewusst jene Verhaltensweisen beschreibt, die man gemeinhin (und auch mit einem gewissen Recht) proletarischen Männern unterstellt. Weit davon entfernt als ein Befreiungswerkzeug für proletarische Frauen zu dienen, erfüllt der Begriff stattdessen den Zweck einer negativen Eigendefinition der Mittelklasse in Fragen des geschlechtlichen Umgangs in Abgrenzung nach unten. Denn genauso wie man den proletarischen Männern ihre Klotzigkeit und ihre mangelnde Sensibilität anlastet, genauso verachtet man jene proletarischen Frauen, die diese Charakterzüge in Kauf nehmen oder sogar gutheißen. Man beargwöhnt ihre aus der Not geborenen romantischen Fantasien einen wohlhabenden Retter kennenzulernen genauso wie das Statusgeprotze der Männer, die sich anschnicken mit dicken Karren diese Fantasien zu bedienen.

Anstatt nüchtern zur Kenntnis zu nehmen, dass Armut bestimmte zwischenmenschliche Verkehrsformen hervorbringt, die meist so hässlich und traurig sind wie die Armut selbst, und mit der inneren Stärke eines erwachsenen Menschen darüber hinwegzusehen, wird mit aller Kraft eine narzisstisch und infantile Fantasie in Stand gehalten, die wünscht, dass die Arbeiterklasse sich dem

eigenen Habitus angleicht, d.h. die Nivellierung der Klassenunterschiede zu einer Vorbedingung eben jener Revolution gemacht, die das Gewünschte – die Aufhebung der Klassen – erst leisten kann. Es ist die notwendige Enttäuschung dieser Wunschregung durch die Realität der Klassengesellschaft, welche die bei vor allem antideutsch geprägten Linken so beliebte Verachtung des Proletariats nach sich zieht. Den eigenen Genossen zu empfehlen sich von diesem Blick über die Ränder der eigenen Klasse zu lösen ohne in die alte Mystifikation des Proletariats zurückzufallen, muss der erste Schritt antideutscher kritischer Praxis sein. Denn die Frage, wie Intellektuelle und Arbeiterklasse ihr Zerwürfnis beenden, also die Frage nach revolutionärer Praxis, kann erst besprochen werden, wenn die Intellektuellen sich von Verteidigern zu Verrätern der Mittelklasse wandeln.

Alle Räder stehen still

Die antisemitisch konnotierte deutsche Feindschaft gegen Intellektuelle war stets die Furcht vor dem Einwirken der umstürzlerischen Ideen – waren sie nun bürgerlich oder sozialistisch – auf die Klasse der Ernährer. »Antideutsch heute« muss also heißen diese alte deutsche Furcht wahr werden zu lassen, die Kritik nicht nur als Waffe gegen die Regression der Linken zu führen, sondern sie in geladenem Zustand denjenigen zu übergeben, die die gesellschaftliche Produktion und Reproduktion in Gang halten und deren Einverständnis oder Weigerung die Entscheidung ums Ganze ist. Denn die Machtlosigkeit der Intellektuellen liegt darin, dass sie für den bürgerlichen Staat und seine Geschäftsordnung ein Luxus, keine Notwendigkeit sind. Klassenbewusstsein zu schaffen, wo jetzt keines ist, muss also die erste Devise sein.



Hannah Arendts We Refugees Reconsidered

→ Marcel Matthies

Marcel Matthies fragt danach, wie Hannah Arendt zur Gewährsfrau deutscher Flüchtlingspolitik gemacht wurde und warum ihre politische Theorie nicht für eine Affirmation des Konzepts der Staatenlosigkeit taugt.

Mit der Einwanderung von Menschengruppen aus Nahost, Zentralasien sowie Nord- und Westafrika in den Jahren von 2015 bis 2018 erfährt Hannah Arendts 1943 veröffentlichter Essay »We Refugees« eine Konjunktur in der Berliner Republik. Kulturwissenschaftler und Feuilletonisten machen die liberalkonservative Kosmopolitin zur Gewährsfrau der deutschen Flüchtlingspolitik. Inwieweit eine Parallelisierung der Situation von Staatenlosen, wie sie Arendt untersucht hat, und der Situation von *Refugees* in der Gegenwart realitätstauglich ist, gilt es zu ergründen.

Fragwürdig ist der Analogismus, weil das Interesse an ihrem Essay darin zu bestehen scheint, die – wie in einem Bernstein eingeschlossene – zeitgebundene Wahrheit über die spezifische Konstellation staatenlos gewordener, verfolgter Juden reflexionslos auf die Gegenwart zu übertragen. Die Strategie, Unterschiede zwischen der Wirklichkeit der Juden damals und jener der jüngst in die Bundesrepublik geflüchteten Menschen mittels ahistorischer Verallgemeinerungen einzuebnen, zielt darauf ab, die Neuankömmlinge als Juden von heute zu präsentieren.¹ Der 2015 eingeschlagene deutsche Sonderweg hat dabei eine enorme Ausstrahlungskraft auf internationaler Bühne: Denn er kündigt davon, dass die Läuterung und Resozialisierung Deutschlands nicht nur geglückt, sondern einen Grad absoluter Vollkommenheit erreicht hat.²

Mit der Konsolidierung des supranationalen EU-Handelsraums delegieren die Staaten Kompetenzen nach Brüssel.³ Um die Transformation in eine supranationale Föderation politisch zu begründen, lässt sich in den Kulturwissenschaften eine allgemeine Delegitimierung westlicher Zivilisationsleistungen beobachten. Insbesondere das Konzept des Nationalstaats ist zur ausgeweiteten Kampfzone geworden, steht es doch globalen Verwertungsmechanismen territorial ungebundener Kapitalakkumulation potentiell im Wege. Um den Einigungsprozess Europas unter dem Primat der Ökonomie ideell zu stützen, sind weite Teile der kritischen und politischen Theorie heute zum Think-Tank des Fortschritts zerronnen. Exemplarisch hierfür steht Daniel Loick, akademischer Schützling von Axel Honneth. Er hat sich besonders hervorgetan, Arendts *Culture Gewalt* anzutun. In seinem Text »Wir Flüchtlinge: Überlegungen zu einer Bürgerschaft jenseits des Nationalstaats« (*Leviathan* 4/2017, 574–591) löst er Arendts dialektisches Verständnis von Bürger- und Menschenrechten, das in *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* im Kapitel über die Aporien der Menschenrechte untersucht wird,

Anmerkung des Autors: Es handelt sich um eine deutlich erweiterte Version eines in der Zeitschrift *Versorgerin* #124 veröffentlichten Aufsatzes mit dem Titel *Hannah-Arendt-Abusus*.

1 Mustergültig hierzu ein von Rosa Yassin Hassan, eine 2012 aus Syrien exilierte Autorin, an Hannah Arendt adressierter Brief: »Genau wie ihr wurden wir Zeugen und Opfer von Gräueltaten, die schrecklicher sind als der Tod. Doch obwohl der Tod seinen Schrecken für uns verloren hat, wollen und können wir unser Leben nicht mehr aufs Spiel setzen für ein beliebiges Anliegen. Wir sind müde, genau wie ihr damals müde wart, verzweifelt, und wollen nur noch überleben. [...] Wir sind diese neue Art menschlicher Wesen, über die du geschrieben hast, Menschen, die vom Feind ins Gefängnis gesteckt werden und vom Freund in gefängnisähnliche Lager. Genauso geschieht es mit uns. [...] Was denkst du darüber, liebe Hannah? Die Welt bricht weiter auseinander und verliert ihre humanistischen Werte.« Rosa Yassin Hassan: Mein Name ist Flüchtling. In: *Zeit Online*, 3.12.2018 <https://www.zeit.de/kultur/2018-12/fluechtlings-wir-fluechtlings-hannah-arendt-exil-1onach8/komplettansicht>.

2 Ausführlicher hierzu AG Antifa Halle: 21st Century Schizoid Country: Das Nachleben des Nationalsozialismus. http://antifa.uni-halle.de/Veranstaltungsprogramm%20Wintersemester%2019_20.pdf.

3 Zugleich ist beobachtbar, dass sich der Nationalstaat zunehmend in eine Dienstleistungsanstalt zur sozialpolitischen Aktivierung der Bevölkerung verwandelt. So lassen sich Subjektivierungsformen implementieren, um den Einzelnen im zur dauerhaften Krise mutierten Wettbewerb freiwillig deren maximale Flexibilität, Anpassungsbereitschaft und Produktivität im Zeichen der Selbstverwirklichung abrufen zu lassen. (vgl. Schneider 2019)

einseitig auf, erklärt er Nationalstaatlichkeit doch per se zur »latent katastrophale[n] Struktur der modernen Souveränität« (Loick, 575).

Romantisierung des Lebensmodells Diaspora

Loick verteufelt das staatliche Territorialitätsprinzip. Er erkennt darin den alleinigen Grund von Entrechtung und Exklusion, ohne zu reflektieren, dass die Bedingung der Möglichkeit für die von ihm propagierten Modelle politischer Gemeinschaft und kollektiver Selbstbestimmung – transversale Konvivialität, Interlegalität und flexible Staatsbürgerschaft – eine Antwort darauf offen lässt, wer oder was das »Recht, Rechte zu haben« (Arendt 1955, 462) durchsetzt.

Loick deutet Arendts Aporie so aus: »Das Recht auf Rechte ist kein Recht auf Mitgliedschaft in einem traditionellen Nationalstaat, sondern im Gegenteil ein Recht auf Teilhabe in einer nichtstaatlichen politischen Gemeinschaft.« (575) Seine Idealisierung eines post-souveränen und »nicht auf Zwang gestützte[n] Konflikt-schlichtungsverfahren[s]« (584), dessen Umsetzung durch die gewaltfreie »Koexistenz pluraler Rechtsquellen« (585) möglich sei, ist mit einer akademisch aufgemotzten Romantisierung identitärer Vergemeinschaftungen und migrantischer Existenzweisen verfilzt: »Mehrere Gemeinschaften [...] teilen sich ein und dasselbe Territorium, haben aber unterschiedliche Formen politischer Selbstbestimmung und juristischer Konflikt-schlichtung.« (585)

Wer zumeist erzwungene Migration als Erfahrungsvorsprung begreift, wer Praktiken der Migration im Stil professoraler Projektmittel-Prosa generell zum Wettbewerbsvorteil erklärt, geht dem Hype um Diversität, Differenz und Diaspora auf den Leim. Einige Kostproben: »Arendts Einsicht von den Flüchtlingen als »Avantgarde« ernst zu nehmen muss vielmehr bedeuten, realexistierende diasporische Praktiken als Wissensressourcen zu konsultieren.« (578) »Durch die diasporische Existenz außerhalb der von Gewalt durchzogenen Weltgeschichte sind es gerade die Jüdinnen und Juden, die eine Erfahrung vorwegnehmen, welche die anderen Völker erst noch erstreben.« (583) »Hiergegen lehren die Erfahrungen der migrantischen Diaspora, die Möglichkeit der kulturellen Hybridität, der politischen Inklusion und des rechtlichen Pluralismus wertzuschätzen und zu fördern.« (587)

Loicks Verständnis menschlicher Sozialität wohnt nicht nur eine Heroisierung der Lebensweise wehrloser Juden in der Diaspora vor der Realisierung des Zionismus inne. Vielmehr noch wird die Besonderheit jüdischer Diaspora ausgeblendet: Denn in ihr schwingt, wie Magnus Klaue einmal schrieb, das Transnationale als transzendierendes Moment mit, weist sie doch über den Begriff des Nationalstaats und der Staatsbürgerschaft hinaus, bleibt aber auf deren Konkretion in Gestalt rechtsstaatlicher Souveränität angewiesen.⁴

4 Magnus Klaue (2016): Sehnsucht nach dem biopolitischen Gegensouverän: Überlegungen zur deutschen Ontologisierung der islamischen Massenmigration. In: *Bahamas* #74, 46–52, hier 49.

Destruktion durch Desintegration

Zudem sind Verfolgung und Pogrom keine Erfindungen nationalstaatlicher Herrschaft. Große Massaker der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts finden nicht selten in zerfallenden Imperien statt. Infolge der Transformation multi-ethnischer Gemeinwesen in moderne Nationalstaaten entsteht zwar der Status der Staatenlosigkeit. Dagegen suspendiert die kollektive Entrechtung der Juden im Dritten Reich das bisher abstrakt durch Staatsbürgerschaft vermittelte Prinzip der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz. Eine Voraussetzung für die Entrechtung der Juden besteht Arendt zufolge darin, ihnen ihre Staatsbürgerschaft zu entziehen und zugleich »den Nationalstaat durch eine supranationale völkische Organisation abzulösen, die durch die Benutzung völkischer Minderheiten in anderen Nationen die zu eng gewordenen Grenzen des nationalen Territoriums sprengen konnte [...]« (1955, 87)

Deshalb gilt es, die blindlings zur Ikone stilisierte Hannah Arendt vor der einseitigen Vereinnahmung durch anarcho-primitive und marktkonforme Anhänger in Schutz zu nehmen, behauptet jene im Gegensatz zu diesen doch eine innere Kausalität zwischen großen Migrationsbewegungen und deren desintegrative Wirkung auf staatliche Formen von politischer Integrität und menschlicher Sozialität:

»Die Minderheiten Ost- und Südeuropas und die Staatenlosen, die sich in großen Gruppen und schließlich als kompakte Volkssplitter über ganz Mittel- und Westeuropa ergossen, haben den Zerfallsprozeß des Nationalstaates insofern außerordentlich beschleunigt, als die nationalstaatliche Lebensform nun immer größere Gruppen europäischer Menschen ausschloß und in ein Niemandsland verwies, in dem es weder Recht noch Gesetz noch irgendeine Form geregelter menschlichen Zusammenlebens gab. Totalitäre Regierungen, die im Zuge ihrer Welteroberungspolitik ohnehin trachten mußten, die Nationalstaaten zu zerstören, haben sich dann ganz bewusst darum bemüht, die staatenlosen Gruppen zu vermehren, um die Nationalstaaten von innen her zu zersetzen.« (Arendt 1955, 425)

Die Destruktion des Nationalitätsprinzips durch den NS schlägt notwendigerweise nach außen um: »Die Nazis haben ihre ursprüngliche Verachtung des Nationalismus, ihre Geringschätzung des Nationalstaats [...] niemals widerrufen; dafür sind sie nicht müde geworden, zu betonen, daß ihre »Bewegung« [...] internationale Ausmaße und Bedeutung habe und als solche wichtiger sei als jeder, auch der eigene Staat, der seinem Wesen nach an ein bestimmtes begrenztes Territorium gebunden ist.« (Arendt 1955, 26)

Der NS-Terror richtet sich v.a. gegen Juden, doch wurden »nach der Ächtung des jüdischen Volkes [überdies] die meisten europäischen Nationen für vogelfrei erklärt« (Arendt 1943, 21). Auch deshalb ist Loicks, auf einer missbräuchlichen Lesart von Arendt beruhende, Prämisse falsch, wonach das europäische Konzept moderner Staatsbürgerschaft »strukturell auf die Fabrikation von

Staatenlosen und Vogelfreien angewiesen [sei], wie gerade Jüdinnen und Juden immer wieder am eigenen Leib erfahren haben.« (Loick, 574)

Denn Refugees der Gegenwart unterscheiden sich schon allein dadurch deutlich von Staatenlosen in Arendts Analyse, dass Erstere aus Failed States fliehen, die nie moderne Nationalstaaten wurden, während Letztere durch eine in ihrem Ausmaß nicht vorhersehbare Katastrophe zu Staatenlosen im Dritten Reich gemacht wurden. Die ausweglose Lage der europäischen Juden infolge des grenzenlos sich ausweitenden NS-Herrschaftsgebiets entspricht nicht der gegenwärtigen Lage der Kriegs- und Armutsflüchtlinge: Während jene als das negative Prinzip der antisemitischen Wahnidee um jeden Preis auszurotten waren, um die jüdische Weltherrschaft zu brechen und die Welt vom Bösen zu erlösen, fliehen diese vor den Auswirkungen rivalisierender Ausprägungen einer totalitären Kriegsreligion oder in der Hoffnung auf ein besseres Leben im zum Paradies stilisierten Europa.⁵

Über die Agambenisierung Arendts

Wer staatenlos ist, dessen Rechte lassen sich aufgrund fehlender Garantien nicht oder nur bedingt Geltung verschaffen. Das von Loick für gut befundene Prinzip »universeller Aterritorialität« (589) als auch die Durchsetzbarkeit »exterritorialen Weltrechts« (584) liegen außerhalb jeder historischen Erfahrung. Indem er aus Arendts Werk das »Recht auf die Überwindung des Staates« (577) ableitet, vereinnahmt, verfremdet und verhunzt er ihr Denken für eine Staatskritik nach Schema F: »Arendt geht es gerade darum, zu zeigen, dass Staaten die Verursacher von Staatenlosigkeit sind.« (577) Offensichtlich bezieht sich Loick hier auf Giorgio Agambens Konzept des Homo Sacer. Ausgehend vom Befund, als Mensch im KZ aller Rechte beraubt und auf das nackte Leben reduziert zu sein, erklärt Agamben diesen Zustand absoluter Rechtlosigkeit zum kennzeichnenden Moment moderner politischer Herrschaft, worin das Totalitäre, wie er es in Flüchtlings- und Gefangenenlager zu erkennen meint, stets wirkmächtig sei. So bleibt Loicks Arendt-Rezeption durch die Brille Giorgio Agambens hochbrisant, manifestiert sich darin doch ausdrücklich die Forderung nach einer Universalisierung des Zustands der Staaten- und Rechtlosigkeit:

»Es gilt daher, neue Modelle der politischen Selbstbestimmung zu finden, die über die traditionellen Vorstellungen von Assimilation und Integration hinausweisen. Wie Arendt argumentiert hat, können hierfür gerade die Erfahrungen und das Wissen der Geflüchteten leitend sein: Es ist der Zustand der Staatenlosigkeit, nicht der Staatsbürgerschaft, den es zu universalisieren gilt. Dass Geflüchtete, wie Arendt schreibt, die »Avantgarde ihrer Völker« sind, heißt, dass sich nicht die Geflüchteten an die Staaten mit ihren Gewaltapparaten anpassen müssen, sondern die Staaten so umgestaltet werden müssen, dass sie den Praktiken der Geflüchteten gerecht werden können: Aus »normalen« Staats-

⁵ Während Juden ihre kurze Emanzipation qua Staatsbürgerschaft teuer erkaufen, indem sie »die ganze Zeit ihre Nichtjüdischkeit unter Beweis stellen, [...] trotzdem [aber] Juden bleiben« (Arendt 1943, 19), stellen in West-, Nord- und Mittel-Europa heute weniger Vertreter der ur-autochthonen Bevölkerung als vielmehr prinzipientreue Anhänger des politischen Alltagsislam eine reale Bedrohung für die leibliche Existenz von »verwestlichten« (Ex-) Moslems und anderen als minderwertig wahrgenommenen Menschen dar.

bürgerinnen und Staatsbürgern müssen demnach Flüchtlinge werden.« (575)

Eine Anwendung von Loicks Theorie läuft nolens volens auf Barbarisierung hinaus. Indem er auch an die jüdische Denktradition von Franz Rosenzweig anknüpft, überverallgemeinert er dessen voraussetzungsreiche Ethik. Diese zeichnet sich dadurch aus, dass die an der Heilsgeschichte ausgebildete exterritoriale Lebensweise des staatenlosen Paria-Volks von Loick zum universellen Maßstab menschlichen Handelns erklärt wird, um so das Recht durch Tugendhaftigkeit zu ersetzen. Wie Agamben scheidet auch Loick mit dem von seinem Spiritus Rector übernommenen Versuch der Begründung einer Ethik, erschöpft sie sich doch darin, den liberalen Rechtsstaat kategorisch zur Wurzel allen Übels zu machen.

Indessen sind Menschenrechte Arendt zufolge prinzipiell wertlos, solange es unmöglich ist, diese durchzusetzen. Daher stellt die Verwirklichung von Bürgerrechten die einzige Form dar, dem Einzelnen überhaupt das Recht auf Rechte zu garantieren. Wer nicht über eine entsprechende Staatsbürgerschaft verfügt, ist rechtlos, da kein Souverän für die Durchsetzung zuständig ist. Das heißt, dass Menschenrechte laut Arendt ausschließlich für Bürger von Nationalstaaten gelten können:

»Die einzige Rechtsquelle, die bleibt, wenn die Gesetze der Natur wie die Gebote Gottes nicht mehr gelten sollen, scheint in der Tat die Nation zu sein. [...] Der Verlust der nationalen Rechte hat in allen Fällen den Verlust der Rechte nach sich gezogen, die seit dem achtzehnten Jahrhundert zu den Menschenrechten gezählt wurden, und diese haben wie das Beispiel der Juden und des Staates Israel zeigt, bisher nur durch die Etablierung nationaler Rechte wiederhergestellt werden können. Der Begriff der Menschenrechte brach [...] in der Tat in dem Augenblick zusammen, wo Menschen sich wirklich nur noch auf sie und auf keine national garantierten Rechte mehr berufen konnten.« (Arendt 1955, 466)

Krise des Nationalstaats

Die Überwindung des liberalen Nationalstaats ist kein genuin in den Überlegungen Arendts angelegtes Theorem. Stattdessen sind Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft Arendt zufolge aus »dem Niedergang und Zerfall des Nationalstaats und dem anarchischen Aufstieg der modernen Massengesellschaft« (1955, 14) ableitbar. Es geht ihr nicht um eine Abschaffung der »Dreieinigkeit von Volk-Territorium-Staat« (1955, 84, 422).

Angesichts der von Arendt diagnostizierten Krise des Nationalstaats ist eine Re-Lektüre ihrer Auseinandersetzung mit der Heiligen Schrift des Antisemitismus *Die Protokolle der Weisen von Zion* unbedingt zu empfehlen. Im Aufsatz »Antisemitismus und faschistische Internationale« legt sie dar, wie der Nationalismus in den 1920-er Jahren (in Mittelost- und Südosteuropa) seine Faszinationskraft im Bewusstsein der Massen wie der Eliten verliert. Die chronische Krise des Nationalstaats ist die Stunde des wohl ge-

schichtsmächtigsten Lehrbuchs des Antisemitismus, das bis heute weltweit Inspirationsquelle für Antisemiten ist, obwohl und weil es sich nachweislich um eine Fälschung handelt. Denn: »Ihr [gemeint sind *Die Protokolle der Weisen von Zion*] durchweg antinationaler Tenor und ihre quasi-anarchistische Ablehnung des Staates korrespondieren auf höchst beeindruckende Weise mit wichtigen modernen Entwicklungen.« (Arendt 1945, 35)

Die Beliebtheit der Protokolle befeuert den »Faschismus als eine gegen die Nation gerichtete internationale Bewegung« (Arendt 1945, 38). An der Phantasmagorie eines Komplotts einer von Juden bestimmten Weltpolitik entzündeten sich demnach die Triebkräfte totaler Destruktion. Die NS-Bewegung ahmt die den Juden unterstellte Organisationsstruktur einer okkult-spirituellen Geheimgesellschaft zur Lenkung der Weltpolitik nach: »Die Nazis begannen mit der ideologischen Fiktion einer Weltverschwörung und organisierten sich mehr oder weniger bewußt nach dem Modell der fiktiven Geheimgesellschaft der Weisen von Zion.« (Arendt 1955, 595)

Die Bewunderung der Nazis für die konspirative Gerissenheit der Juden, sich weltweit ohne eigenen Staat und Territorium zu organisieren sowie Nationalstaaten zur Durchsetzung eigener Interessen zu benutzen, kann sich Arendt zufolge auch deshalb entfalten, da der Nationalismus gegenüber der globalen Verstreuung und imaginierten Weltherrschaft der Juden ohnehin antiquiert wirkt: »Indem die *Protokolle* vorführen, wie der Nationalstaat unterminiert werden kann, zeigen sie ganz offen, daß sie ihn für einen Koloß auf tönernen Füßen halten, für eine überholte Form politischer Machtkonzentration.« (Arendt 1945, 35) Der fanatische Kampf gegen die jüdische Weltherrschaft verhilft dem übernationalen Rasse-Ideologem zu einem Schub, stellt doch nicht mehr – wie noch im Ersten Weltkrieg – die Nationalität sondern die Rasse den unhintergehbaren Fixpunkt kollektiver Zugehörigkeit dar.

Sentimental-subversiver Selbstverwirklichungsaltruismus

In einer Zeit zunehmender Polarisierung lässt sich eine Verkümmern von Differenzierungs- und Urteilsfähigkeit beobachten: Die zivilgesellschaftliche Mobilmachung in der Berliner Republik verläuft erfolgreich, da sie im Rechtspopulismus nichts Geringeres als den Vorschein des Nazismus bekämpft. Die strukturlose Herrschaft des Dritten Reichs stand im Gegensatz zur Agenda rechtspopulistischer Parteien jedoch für die Zersplitterung einheitlicher politischer Gewalt.⁶ Auch Internierungslager oder Sammelunterkünfte haben trotz der kritikwürdigen Zustände darin so wenig mit deutschen KZs oder Gettos gemeinsam wie die Inexistenz uneingeschränkter globaler Niederlassungsfreiheit mit Rassismus. Die karnevalesken Auswüchse politisierender Kampagnen in Deutschland lassen sich mit Dan Diner als kontraphobisch fassen, d.h. als radikalisierte psychische Reaktionsbildung auf die NS-Vergangenheit. Charakteristisch dafür sei die verallgemeinernde und entgrenzende Vorstellung vom Faschismus sowie eine ebenso pauschale Identifikation mit seinem vermeintlichen Gegenteil.

⁶ Was damit genau gemeint ist, geht aus dem zweiten Aufsatz des Autors in dieser Ausgabe hervor.

Dass Loicks fantastische Elitenerzählung ausgerechnet im Hier und Jetzt als Rechts- und Sozialphilosophie durchgeht, ist kein Zufall. Da global fließende Waren- und Kapitalströme von staatlicher Kontrolle weitgehend entkoppelt sind, entsteht eine Krise der Legitimation und Glaubwürdigkeit von Politik. Loick wendet die Krise produktiv, indem er die Rahmenbedingungen für eine in Communities zerfallende Gesellschaft der Vielen entwirft. Er setzt eine post-souveräne Vorstellung von Sozialität friedlich nebeneinander lebender Communities gegen das im Rechtssystem eingeschriebene Gleichheitsprinzip des liberalen Nationalstaats ein.

Um sich von der Ohnmacht angesichts multifaktorieller Konstitutionsverhältnisse einer deregulierten Verwertungsma-schinerie nicht irre machen zu lassen, kommt es laut Nancy Fraser zur Stabilisierung polit-ökonomischer Verhältnisse im Sinne des progressiven Neoliberalismus darauf an, die Krisenhaftigkeit einer regressiver werdenden Verteilungspolitik (Wachstum sozialer Ungleichheit) mit einer Hochkonjunktur progressiver Anerkennungspolitik (Bereicherung durch kulturelle Vielfalt) zu kombinieren. Demzufolge lässt sich die Verschärfung sozialer Ungleichheit durch ein Bündnis mit verschiedenen Formen der Anerkennung von sich ethnisch, kulturell oder religiös definierenden Gruppen neutralisieren. Dies erklärt zumindest ansatzweise, warum heute ein so großes geschichtsdidaktisches Interesse daran besteht, »die moderne Version des Antisemitismus mit der bloßen Diskriminierung von Minderheiten« zu verwechseln. Damit versperrt man sich hermetisch gegen die Einsicht, »daß der Antisemitismus am erschreckendsten in einem Land ausbrach, in dem Juden vergleichsweise wenig diskriminiert wurden.« (Arendt 1945, 32)

Viele sentimental-subversive Selbstverwirklichungsaltruisten sehen in den Neuankömmlingen nicht nur die neuen Juden. In ihrer Imagination stehen sie auch für eine globale Sozialität, die erstaunlich mit den Anforderungen einer ortsungebundenen und flexibilisierten Arbeitswelt übereinstimmt. (vgl. Atzmüller 2019) Am Ende verheißt Loicks Theorie die Welt in ein globales Flüchtlingscamp zu verwandeln, worin Arendts Befund von der Aporie der Menschenrechte schimärisch aufgelöst ist. Denn wo Staatenlosigkeit als universalisiertes Heilsversprechen Wirklichkeit ist, wuchert Rechtlosigkeit. Wo Recht eine Frage der Vermittlung pluraler Rechtsquellen ist, schrumpft Gerichtsbarkeit im Zweifelsfall zum Gesetz des Dschungels.

Primärliteratur:

- Hannah Arendt (1955): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. München: Piper 1993
- Hannah Arendt (1945): Antisemitismus und faschistische Internationale. In: Dies.: Nach Auschwitz: Essays und Kommentare 1. Hrsg. von Eike Geisel und Klaus Bittermann. Berlin: Edition Tiamat 1989, 31-48
- Hannah Arendt (1943): Wir Flüchtlinge. In: Dies.: Zur Zeit: Politische Essays. Hrsg. von Marie Luise Knott. Hamburg: Rotbuch 1999, 7-21
- Daniel Loick (2017): Wir Flüchtlinge: Überlegungen zu einer Bürgerschaft jenseits des Nationalstaats. In: Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft 4/2017, 574-591

Weiterführende Literatur:

- AG Antifa Halle (2019): 21st Century Schizoid Country: Das Nachleben des Nationalsozialismus. http://antifa.uni-halle.de/Veranstaltungsprogramm%20Wintersemester%202019_20.pdf
- Roland Atzmüller: Krisenbearbeitung durch Subjektivierung: Kritische Theorie der Veränderung des Staates im Kontext humankapitalkonzentrierter Sozialpolitik. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot 2019

- Dan Diner (1994): Kontraphobisch: Über Engführungen des Politischen. In: Ders.: Kreisläufe: Nationalsozialismus und Gedächtnis. Berlin: Berlin Verlag 1995, 95-111
- Nancy Fraser (2017): Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus. In: Heinrich Geiselberger (Hg.): Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit. Berlin: Suhrkamp 2017, 77-91
- Jan-Georg Gerber (2019): Schutz und Illusion. Ein Plädoyer für die Fetischisierung des Rechts. In: Bahamas #81, 45-51
- Magnus Klau (2016): Sehnsucht nach dem biopolitischen Gegensouverän: Überlegungen zur deutschen Ontologisierung der islamischen Massenmigration. In: Bahamas #74, 46-52
- Gerhard Scheit (2015): Kelsen für Anarchisten, Schmitt für Sozialdemokraten: Über die Theorien von Daniel Loick und Chantal Mouffe. In: Zeitschrift für kritische Sozialtheorie und Philosophie. Bd. 2, Heft 1. Hrsg. von Ingo Elbe et al., 118-138
- David Schneider (2019): Das abrissunternehmerische Selbst: Präventionspolitik setzt auf Vitalismus für den Weltmarkt, produziert aber Hypochondrie und Menschenfeindlichkeit. In: Bahamas #82, 20-26
- Sabine Schulzendorf (2019): Härtere Zeiten: Von der »doppelten Staatsbürgerschaft« zur »Non-Citizenship«. In: Bahamas #81, 51-57
- Benjamin Segel (1924): Die Protokolle der Weisen von Zion kritisch beleuchtet: Eine Erledigung. Hrsg. und kommentiert von Franziska Krahe. Freiburg: ça ira-Verlag 2017
- Alexander Stein (1936): Adolf Hitler: Schüler der »Weisen von Zion«. Hrsg. und kommentiert von Lynn Ciminski und Martin Schmitt. Geleitwort von Hanna Papanek. Freiburg: ça ira-Verlag 2011



Sinnggebungsversuche der vollendeten Sinnlosigkeit oder Über Agitprop und Auschwitz

→ Marcel Matthies

Marcel Matthies erkundet, warum der Zusammenhang zwischen der Pädagogisierung des Nationalsozialismus (NS) und den Warnungen vor einem erstarkenden Nationalismus zwar wenig zum Erkenntnisgewinn beiträgt, sich dafür aber umso mehr als Beitrag zur politischen Legitimation des europäischen Markts ohne Grenzen erweist. Unbeirrbar arbeiten sich auch vulgär-antideutsche Multiplikatoren und Medienmacher in inzwischen staatstragend-staatskritischer Mission daran ab, den – mit Ausnahme einiger Wastelands in Ostdeutschland – längst gewonnenen Kampf gegen rechts fortzuführen. Zur Schärfung des historischen Bewusstseins empfiehlt sich deshalb die Re-Aktualisierung der Frage, inwieweit das Analyse-Instrumentarium von Staatlichkeit überhaupt für das Dritte Reich geeignet ist.

»Als ich zur Schule kam, sägten junge Menschen symbolisch an den Schlagbäumen der europäischen Grenzen, um zu zeigen: Wir wollen mehr Europa! Das Erreichte ist nicht genug! [...] All das und noch viel mehr ist gemeint, wenn es in der Erklärung von Rom heißt: »Wir sind zu unserem Glück vereint!« All das ist das große Erbe, das uns die Mütter und Väter Europas anvertraut haben und auf das unsere Kinder bauen. Dieses kostbare Erbe, das dürfen wir nicht preisgeben und nicht den Gegnern Europas überlassen. Wir müssen es bewahren, pflegen und verbessern – das ist unser historischer Auftrag! [...] [E]s ist nicht nur naiv, es ist unverantwortlich, den Menschen vorzugaukeln, dass man Gefahren wie Terrorismus oder Klimawandel, die keine Grenzen kennen, mit Mauern und Schlagbäumen bannt. [...] Das geeinte Europa ist die gelungene Antwort auf unsere Geschichte und unsere Geographie – für uns selbst wie für unsere Nachbarn. Und wir spüren, dass ein starkes Europa nicht nur in unserem eigenen Interesse liegt, sondern dass es Teil unserer Identität geworden ist.«

Bundespräsident F.-W. Steinmeier 2017

»Deshalb muss unsere gemeinsame Antwort auf ‚America first‘ heute lauten: ‚Europe united!‘ [...] Nationalismus und Abschottung, sie nähren sich auch von unserer Mutlosigkeit. [...] Wir müssen im Hier und Jetzt fühlbar machen: Wir brauchen mehr Europa, nicht weniger! Gerade jetzt! [...]

Um die Polarisierung durch den neuen Nationalismus zu überwinden, brauchen wir auch eine neue Politisierung. [...] Europe United – es wird beim aktuellen Zustand der Welt mehr gebraucht, als je zuvor.«

Bundesaußenminister H. Maas 2018 a

Während sich das neue Deutschland als dominierende Wirtschafts- und Friedensmacht der EU anschickt, seine Politik insbesondere gegenüber den östlichen Mitgliedsstaaten wie selbstverständlich damit zu begründen, die richtigen Lehren aus den Weltkriegen im Allgemeinen, aus Auschwitz und der Teilung Deutschlands im Besonderen gezogen zu haben, schwelt in der Ostukraine seit Jahren ein ungelöster, mit Waffengewalt geführter Konflikt fort. Unterdessen verkündet der deutsche Außenminister Heiko Maas folgendes: »Historische Distanz hindert uns [...] nicht daran, die richtigen Lehren aus der Geschichte zu ziehen. [...] Frieden in Europa gelingt nur durch die Überwindung von Grenzen.« (Außenminister H. Maas 2018 b)

Doch ist die Forderung, nationale Grenzen zu überwinden, eine angemessene, aus der Geschichte ableitbare Lehre? Was heißt es, pädagogisch wiederaufbereitete Geschichte als Lehrmeisterin zur Besserung der Menschen nutzbar zu machen? Verschleiert eine aggressiv betriebene Geschichtsdidaktik die Sinnlosigkeit einer Katastrophe, wie sie häufig im begriffslosen Schaumschlägergestus zum Ausdruck kommt, nicht vielmehr? Ist sie nicht nur Mittel für fadenscheinige Zwecke? Hatte Bertolt Brecht nicht irgendwie Recht mit der Bemerkung, der zum Objekt der Verwaltung gemachte Mensch lerne so wenig aus Katastrophen wie das Versuchskarnickel über Biologie? (1982, 1150)

Die Sinnggebungsversuche millionenfach anonym und kollektiv dahingemordeter Juden sind auch deshalb fragwürdig, da dem obligatorischen Bekenntnis zum geeinten Europa ein grundsätzliches Missverständnis vorausgeht: Was präventiv als Geschichte daherkommt, meint fast durchweg Geschichtspolitik, setzt also den erinnerungskulturellen Triumph, die Geschichte des Dritten Reichs erfolgreich bewältigt zu haben, mit Geschichte gleich. Geschichtspolitik will weniger erklären als vielmehr ausstrahlen. Sie sagt mehr über die Gegenwart aus als über die Vergangenheit. Obwohl sie die Vergangenheit zum Gegenstand macht, ist sie auf die Zukunft gerichtet. Sie dient der kollektiven Selbstvergewisserung und Legitimation politischen Handelns: Insbesondere zur Verteidigung des supranationalen EU-Projekts sowie bei der Umgestaltung der Bevölkerungszusammensetzung bedient man sich des NS als negative Kontrastfolie.

Je obsessiver ein vereintes Europa beschworen wird, desto größer die Ahnung, dass Europa – abgesehen von gemeinsamer Währungseinheit, Unionsbürgerschaft und trennender Austeritätspolitik – in erster Linie darin einig ist, eine unbeliebter werdende Quasi-Hegemonialmacht in seiner Mitte zu haben und aus einem merkwürdigen Zusammenschluss partikularer nationaler Verbände zu bestehen. Insbesondere mit der Außerkraftsetzung des

Schengener Abkommens und der Dublin-III-Verordnung im Sommer 2015 hat die deutsche Politik diese Zersplitterung vertieft, ja hat mit ihrem Alleingang möglicherweise sogar den Ausschlag beim knappen Ausgang des britischen Referendums für den Austritt aus der EU im Juni 2016 gegeben.

Um eine massenwirksame Befürwortung von Einwanderung herzustellen, bedarf es auftrumpfender Begründungszusammenhänge. Niedere ökonomische Beweggründe lassen sich bestens mit hohen Idealen verhüllen. Politiker und Post-Intellektuelle des didaktisch aufbereiteten NS operieren mit formelhaften Erinnerungstrappen, die sich mit allgemeingültigen Wahrheiten drapieren, um die Unauflösbarkeit des doppelten Antagonismus zwischen sozialstaatlicher Politik und (Welt-)Markt sowie zwischen national und supranational aufgespreizter Machtdiffusion nicht reflektieren zu müssen.

Das Handlungsspektrum einer auf Freihandel angewiesenen Export-Macht ist derart verengt, dass deutsche Wirtschaftsverbände unter dem Deckmantel von Dialog und Multilateralismus mit beinahe jedem Folter-Regime Geschäfte machen. Die formelhaften Bezugnahmen auf die viel beschworene Geschichte dienen als Rechtfertigungsideologie vor allem dazu, die polit-ökonomische Notwendigkeit des Bestehens der EU sowie die Notwendigkeit einer Anerkennungstheoretisch fundierten Erziehung zur Wertschätzung von Super-Diversität und Weltoffenheit als aus dem NS gezogene Lehren auszuweisen.

1. Auschwitz als Chiffre des Nationalismus

Bekanntlich geht ein Gespenst um in Europa – das Gespenst des Rechtspopulismus. Dennoch soll dies kein weiterer Text sein, dessen wahlweise alarmistischer oder apologetischer Grundtenor den Rechtspopulismus in den Fokus rückt. Stattdessen soll die Frage diskutiert werden, inwieweit ein innerer Zusammenhang zwischen der Warnung vor der Wiederkehr des NS auf der einen Seite und der Rechtfertigungsstrategie einer marktkonformen Freihandelspolitik auf der anderen Seite besteht.

Um die politische Dynamik sich aneinander verhärtender gegensätzlicher Positionen zu durchbrechen, ist es erforderlich, die Agenda der marktkonformen Demokratie sowie ihrer Feinde von rechts nicht ausschließlich in ihrer Vermittlung, sondern auch jenseits ihrer Vermittlung gedanklich zu durchdringen. Es kommt im Sinne Theodor W. Adornos darauf an, »dialektisch zugleich und undialektisch zu denken.« (1973, 201)

Notwendig ist dies, da sich das Gespenst des Rechtspopulismus bei genauerem Hinsehen als allgemeine Rückkehr der Ethno- und Geopolitik nach dem Ende des Kalten Kriegs entpuppt. (vgl. Diner 2016) Dies bezeugt nicht zuletzt das deutsch-russische Großprojekt Nordstream 2, das die Glaubwürdigkeit Deutschlands und der EU insbesondere in Mitteleuropa massiv unterminiert und im Kontrast zum neu-deutschen Selbstverständnis steht, das sich so präsentiert, als verfolge die bundesrepublikanische Politik ganz und gar uneigennütige Ziele jenseits von nationalen Interessen.¹

¹ Vor allem in den Menschen der aus dem untergegangenen Sowjet-Imperium ‚zurückgekehrten‘ Nationalstaaten wachsen Zweifel gegenüber dem EU-Projekt, erhofften sie sich doch im Verbund von EU und NATO vor allem Schutz vor dem als unberechenbar geltenden russländischen Aggressor, dessen systematisch betriebene Politik porös gehaltener Grenzen – Annexion der Krim, Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine und deren Abschuss eines Passagierflugzeugs – maßgeblich dazu beiträgt, Ängste vor der Verletzung der Integrität der baltischen Staaten, Polens, Tschechiens und der Slowakei zu reaktivieren. (vgl. Diner 2016)

Aufgrund ihrer geopolitischen Lage zwischen Moskau als Hauptstadt einer militärisch aktivem Supermacht einerseits sowie Brüssel als Sitz eines supra-nationalen Europas andererseits kommen bei den Bewohnern mitteleuropäischer Staaten Erinnerungen an die geopolitische Konstellation des 19. und 20. Jahrhunderts (Mindeheitenfrage, Überfall durch die Wehrmacht, territoriale Vereinbarung über die Umgestaltung Polens und des Baltikums im Hitler-Stalin-Pakt sowie sowjetische Besatzung) hoch und aktivieren nicht ganz unbegründete Ängste, zumal die russländische Kriegsmaschinerie und ihr Geheimdienstapparat mit den gegenwärtigen Aufwärmübungen säbelrasselnd auf die Bühne des Weltgeschehens zurück gekehrt sind. (vgl. Gerber 2018)

² »Die Gefahr für unsere Souveränität, für die Zukunft unseres Landes geht nicht von denen aus, die für Europa und für internationale Zusammenarbeit eintreten. Sondern von denen, die auf unseren Straßen ‚Deutschland über alles‘ rufen. Von den Brexiteers, von denen, die »My country first« zur obersten Leitlinie ihrer Politik machen. Das sind diejenigen, die uns isolieren, diejenigen, die unsere Länder wirklich klein machen.« (H. Maas 2019)

³ Der bürgerliche Nationalstaat, dessen Bedeutung als politische Organisationsform des Zusammenlebens aufgrund der globalen Wirkmechanismen des Kapitals schrumpft, soll hier nicht verherrlicht werden, wenn auch die derzeitigen Ursachen für das systematische Madigmachen des Nationalstaats kritisch zu prüfen sind. Ziel der Ausführungen ist es, die guten Absichten einer dezidiert pro-europäischen, weltoffenen und multilateralen Politik unter die Lupe zu nehmen, ohne damit mitunter übelwollende Anliegen rechter Populisten zu unterstützen.

Die Verselbständigung neoliberaler Marktgesetze kollidiert mit dem traditionellen Verständnis von Regulierung durch den Nationalstaat. Dies lässt sich darauf zurückführen, dass Nationalstaaten die Rahmenbedingungen der Kapitalakkumulation – gemeint sind fluktuierende Arbeitskräfte, Finanzströme, Waren und Dienstleistungen – in seiner Fluidität hemmen und oftmals im Widerspruch zur marktstrategischen Logik der Profitmaximierung stehen. Was einige als Zeitalter eines revolutionären Neo-Nationalismus verstanden wissen wollen, könnte daher sehr wohl die Vorstufe zu einem Zeitalter seiner endgültigen Überwindung werden. (vgl. Tilly 1999, 351f.)

»Nationalismus ist die Mutter aller Probleme. Das sehen wir nicht nur hier in Deutschland. Das sehen wir weltweit. Das sehen wir überall da, wo Autokratien erstarken. Wo Pluralismus zurückgedrängt wird. Wo Offenheit und Freiheit, Abschottung und Mauern weichen. Diese Entwicklung ist nicht weniger als ein Angriff auf unsere liberale Demokratie, auf Respekt und Toleranz.« (Maas 2018 c)

In den Ländern Mittelost-Europas weiß man indessen, was die Stunde geschlagen hat, zumal die USA als Garant der Wahrung der Integrität territorialer Grenzen von der Bildfläche zu verschwinden drohen. Die Regierungen vieler Mitgliedsstaaten der EU sind zerrissen zwischen der Preisgabe und der Verteidigung nationaler Souveränität.² Insbesondere die Auseinandersetzung um die Migrations- und Bevölkerungspolitik Europas führt zur Vertiefung des Risses innerhalb der Gesellschaften angesichts einer ohnehin fragwürdigen Europäisierungspolitik unter dem Primat der Ökonomie. Diese zeichnet sich durch eine unklare Regelung von Checks and Balances sowie uneinheitlicher politischer Souveränität aus. Zudem verkomplizieren eine enorme Sprachvielfalt und eine äußerst konfliktreiche Historie die Realisierung der Idee von Europe United.

Augenscheinlich besteht ein ausgeprägtes Interesse daran, den NS auf eine Extremform des Nationalismus zu reduzieren. Eine besonders hanebüchene Ausformung dieses übervereinfachten Kurzschlusses erreicht die Dämonisierung des Nationalstaats, wenn wider alle Vernunft behauptet wird, dass Nationalstaat in Nationalismus und dieser wiederum in Auschwitz kulminiere. Viele Politiker, Pop-Stars und Post-Intellektuelle überbieten sich derzeit gegenseitig darin, unter latenter Bezugnahme auf Auschwitz gegen das Prinzip des bürgerlichen Nationalstaats zu wettern, dessen Bedeutung in Mittel-, West- und Nordeuropa heute, da seine metaphysische Substanz fast gänzlich aufgelöst ist, deutlich mehr mit einer bürokratischen Verwaltungseinheit als beispielsweise mit einem deutsch-nationalen Heer von kriegsbegeisterten Pickelhauben gemeinsam hat.³

Der mit unzähligen Preisen überschüttete Schriftsteller Robert Menasse führt dies meisterhaft vor, wenn er schreibt: »Die Ideologie der selbstbestimmten, selbstbewussten, selbstherrlichen Nation, die Dynamik des Nationalismus, die ›Erbfeindschaft‹ zwischen den Nationen, der Versuch, ›nationale Interessen‹ gegen andere Nationen mit aller Gewalt durchzusetzen, hatten Abermillionen Menschen das Leben gekostet, unendliches Leid über die Lebenden gebracht und in einer Kulmination des entfesselten Nationalismus zu jenem grauenhaften Menschheitsverbrechen geführt, für das Auschwitz heute als Chiffre steht.« (2012, 8)

Diesen zur Allgemeingültigkeit herabgesunkenen Befund zu hinterfragen, ist Anliegen des Texts. Denn wer das allgemeine Verständnis von politischer Gewalt des NS-Ungeheuers auf Nationalismus rückführt, verkennt das Wesen des NS grundlegend. Wenn es stimmt, dass sich der moderne Nationalstaat auf der Einheit der von ihm exekutierten Gewalt gründet, steht Franz L. Neumann zu-

folge die »äußerste Formlosigkeit« (1998, 554) des Dritten Reichs im eklatanten Widerspruch hierzu, da sie eindrücklich für Zerfall staatlicher Souveränität und Zersplitterung einheitlicher politischer Gewalt steht.

2. Der Behemoth – Götterdämmerung und Untergang

Was mag Heiko Maas' Forderung nach Überwindung von Grenzen in Balten, Polen, Slowaken oder Tschechen auslösen? Angesichts der Tatsache, dass der historische NS keine genuin nationalstaatliche oder nationalistische Ideologie war, sondern als übernationale Bewegung die Geltung nationaler Grenzen und die Integrität von Nationalstaaten grundlegend verneinte, zeugt eine solche Aussage, wie die des Außenministers, allein davon, dass die pathetischen Verweise auf die Lehren aus der Geschichte meist nicht mehr als ein Beweis für Unbelehrbarkeit sind.

Denn »[e]rst wenn man den Faschismus als eine gegen die Nation gerichtete internationale Bewegung begriffen hat«, so Hannah Arendt, »wird verständlich, warum die Nazis, die, was das Wohl ihres Volkes anbelangte, weder von nationalen Gefühlsregungen noch von menschlichen Skrupeln geplagt wurden, sondern mit beispielloser Kaltblütigkeit handelten, ihr Land in ein Chaos stürzen ließen.« (1989, 38)

In Thomas Hobbes' Staatsphilosophie verkörpern die der jüdischen Eschatologie entnommenen Ungeheuer Leviathan und Behemoth zwei entgegengesetzte Prinzipien. Der Leviathan steht für die Überwindung des Naturzustands – *bellum omnium contra omnes* – infolge der Monopolisierung von politischer Gewalt im Souverän. Hobbes' staatsrechtliches Hauptwerk *Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und staatlichen Gemeinwesens* (1651) fasst Franz L. Neumann als Analyse eines »politischen Zwangssystems, in dem Reste der Herrschaft des Gesetzes und von individuellen Rechten noch bewahrt sind.« (Neumann 1998, 16) Dagegen schildert Hobbes in *Behemoth oder Das lange Parlament* (1668) den Rückfall in den Naturzustand.

An diesen Befund knüpft Neumann in seiner Analyse der Struktur und Praxis des NS an: »Da wir glauben, daß der Nationalsozialismus ein Unstaat ist oder sich dazu entwickelt, ein Chaos, eine Herrschaft der Gesetzlosigkeit und Anarchie, welche die Rechte wie die Würde des Menschen »verschlungen« hat und dabei ist, die Welt durch die Obergewalt über riesige Landmassen in ein Chaos zu verwandeln, scheint uns dies der richtige Name für das nationalsozialistische System: DER BEHEMOTH.« (Neumann 1998, 16)

Zweifelloso war übersteigter Nationalismus treibende Kraft für die Entfesselung des Ersten Weltkriegs. Indessen sperrt sich eine Analyse des Zweiten Weltkriegs dagegen, mithilfe der gleichen Schablone gedeutet und erklärt zu werden. Zugegebenermaßen ist der NS der Ordnung eines Nationalstaats entsprungen. Daraus jedoch abzuleiten, das Wesen des NS sei primär nationalistisch, geht an der Sache vorbei, zumal »es mehr als fragwürdig ist, Deutsch-

land [gemeint ist das Dritte Reich] als Staat zu bezeichnen. Viel eher handelt es sich um eine Bande [...]« (Neumann 1998, 554)

Der NS ist von mythologischen Phantasmagorien einer Weltpolitik durchdrungen, worin die Rationalisierung des Irrationalismus Wirklichkeit ist. Es geht um die Verwirklichung eines Großgermanischen Weltreichs. Der Unstaat ersetzt den Staat. Das Chaos zerstört die Ordnung. Der Zustand der Gesetzlosigkeit (Terror, Willkür, Zwangsarbeit, Folter, Vernichtung) zerstört die durch das Gewaltmonopol anderer, zum Abschluss freigegebener Nationen gedeckte Gültigkeit eines Gesellschaftsvertrags. (vgl. Neumann 1998, 16)

Die NS-Ideologie ist maßgeblich von apokalyptischen Grundannahmen – wie der eines virulenten Endzeitheroismus – geprägt, sprengt aber jede einheitsstiftende Form einer Staatstheorie (wie bspw. die für Georg Jellineks Drei-Elemente-Lehre konstitutive Einheit aus Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt). Deutlich wird dies auch am Kompetenzwirrwarr zwischen rivalisierenden Verbänden und Organisationen innerhalb der zur Improvisation neigenden NS-Bewegung. Zur Erreichung seiner Ziele setzt man sogar das Prinzip der Selbsterhaltung außer Kraft.

Das Dritte Reich negiert Grenzsetzungen aller Art: sowohl territoriale als auch die der instrumentellen Vernunft. Diesem Unheil bringenden Monstrum müssen von außen Grenzen gesetzt werden. Aus diesen Gründen lässt sich die für die Strukturlosigkeit der NS-Herrschaft typische Uneinheitlichkeit politischer Organisation nach Franz L. Neumann besser als Unstaat oder Behemoth definieren: »Die Lehre von der Oberhoheit des Staates mußte in Deutschland verworfen werden, weil die Ansprüche der Partei mit denen des Staates konfligierten.« (1998, 107) Zur Begriffsbildung ist es daher vonnöten, zwischen der Herrschaftstechnik des Nationalstaats und des NS nicht graduell sondern prinzipiell zu unterscheiden:

»Was aber ist nun die Struktur des Nationalsozialismus, wenn es sich nicht um einen Staat handelt? Ich wage zu behaupten, daß wir es mit einer Gesellschaftsform zu tun haben, in der die herrschenden Gruppen die übrige Bevölkerung direkt kontrollieren – ohne die Vermittlung durch den wenigstens rationalen, bisher als Staat bekannten Zwangsapparat. Noch ist diese neue soziale Form nicht voll verwirklicht, aber die Tendenz ist vorhanden, und sie bestimmt das eigentliche Wesen des Regimes.« (Neumann 1998, 543)

Trotz absoluter Führungsgewalt erfolgt die Koordination von Partei, Wehrmacht, Bürokratie und Industrie überwiegend ohne eine erkennbare Struktur von politischer Gewalt. »Der moderne Staat [...] wird indessen als rational betriebener, über das Monopol der Zwangsgewalt verfügender Apparat begriffen. Ein Staat ist begrifflich durch die Einheit der von ihm ausgeübten politischen Gewalt definiert. Ich bezweifle, daß in Deutschland ein Staat selbst in diesem beschränkten Sinne besteht.« (Neumann 1998, 541) Vielmehr lässt sich ein Auflösungs- und Zersetzungsprozess staatlicher

Souveränität erkennen. Ein totalitärer Pluralismus von Herrschaft ersetzt eine irgendwie verlässliche Einheitlichkeit politischer Souveränität. Deshalb ist es Neumann zufolge unerlässlich, »die Bedeutung der nationalsozialistischen Denunziation des Staates [zu] untersuchen.« (Neumann 1998, 104) Das organisierte Chaos erzwingt die permanente Mobilisierung der Massen. Die NS-Bewegung beruft sich auf den unumstößlichen Glauben an das Gesetz der Natur.⁴

Entgegen der heute verbreiteten Annahme, Rechtspopulismus sei im Grunde nichts Anderes als der NS oder zumindest dessen Vorschein, soll hier der nüchterne Tatbestand festgehalten werden, dass in der Nationalstaatlichkeit sehr wohl das hässliche Potential des gesteigerten Nationalismus angelegt ist, eine Auseinandersetzung mit diesem aber nur wenig Erhellendes zum Verständnis des NS beiträgt.

Wer das Gewaltmonopol des Staates mit totalitärer Herrschaft gleichsetzt, ignoriert, dass totalitärer Herrschaftsanspruch keinesfalls aus den Kategorien nationalstaatlicher Herrschaft ableitbar ist, sondern in ausdrücklicher Gegnerschaft zum bürgerlichen Nationalstaat entwickelt und verwirklicht wird. Es handelt sich um einen Widerspruch in sich selbst, zumal der liberale Rechtsstaat in der Regel vor dem nicht begrenzbaren, totalitären Herrschaftsanspruch schützt.

Die Gegner des Neo-Nationalismus sind oftmals blind für die institutionalisierte Unvereinbarkeit von Staatlichkeit und Totalitarismus, da sie staatliche Souveränität als strukturell totalitär missverstehen. Eine totalitäre Bewegung zeichnet sich hingegen dadurch aus, sich aufgrund einer geschichtlichen Sendung berufen zu fühlen, die überholte Gesellschaftsordnung mit allen Mitteln zu zerstören, um die welterklärende Idee direkt in das ihr unterworfenen Menschenmaterial zu implementieren. (vgl. Buchheim 1962, 109-126)

Die Nationalismus-Forschung reduziert ihren Gegenstand meist auf sozial-psychologische Ausschlussmechanismen und sozial-konstruktivistische Imaginationen. Geflissentlich übersehen EU-Befürworter im forcierten supra-nationalen Einigungsprozess, wie verschieden das Nation-Building in Europa erfolgte. Es vollzog sich in drei Phasen von Westen nach Osten. Daraus lassen sich drei Typologien der Entstehung von Nationalstaaten ableiten: In Frankreich und Großbritannien führten nationaldemokratische Revolutionen innerhalb eines bereits bestehenden Herrschaftsgebiets zur Gründung der Nation als Staatsbürgerschaft. In Italien und Deutschland ging es darum, die Zerrissenheit nationaler Gebiete durch Zusammenschluss von Regionen zum Nationalstaat zu überwinden. In Südost- und Mitteleuropa hingegen bildeten sich Nationalstaaten überwiegend durch Abtrennungen untergehender Dynastien (Vielvölkerstaaten) in Gegnerschaft zu anderen nationalen Bewegungen nach innen und außen heraus. (vgl. Schieder 1985, 123 f.) Der Supra-Nationalismus der EU ist der Versuch, eine höhere Ebene der Verwaltung unter dem gemeinsamen Dach einer Völkergemeinschaft zu errichten.

4 Im Marxismus-Leninismus beruft man sich auf das Gesetz der Geschichte, im Jihadismus auf das Gesetz Allahs.

5 Nicht zuletzt großzügig geförderte Institutionen wie das sogenannte Jüdische Museum Berlin oder die Bildungsstätte Anne Frank zeigen auf, dass die dort betriebene Geschichtsdidaktik nicht nur ahistorisch ist, sondern zu Agitationsanstalten der Dämonisierung des Okzidents bzw. Westens mutiert sind. (vgl. Thunder in Paradise 2018 und Thomas Thiel 2019)

3. Fazit

Die Abwertung des Nationalstaats bezweckt die Idealisierung des Supranationalen. Wer sich zur weltoffenen EU bekennt, der im Kern eine manifeste Semantik des progressiven Neoliberalismus innewohnt, stellt mit Vorliebe Analogien zwischen dem NS und dem Rechtspopulismus her. Die Pädagogisierung des NS verkommt zur Farce, suggeriert man doch, ein Mangel an Weltoffenheit und Willkommenskultur, an Anerkennung und Zivilcourage seien ursächlich für die einstige Verwandlung Europas in ein Schlachthaus gewesen, wo das Morden im deutsch gewordenen Osten so rasant vor sich ging, dass die Entsorgung der Leichenberge damit oftmals nicht mehr Schritt halten konnte. Um ein grundlegend verkürztes, wenn nicht sogar banalisierendes Verständnis vom Wesen des NS aus der Welt zu räumen, ist es vonnöten, die prinzipielle Ungleichartigkeit von NS und Nationalismus kenntlich zu machen. Wie deutlich geworden sein sollte, ist der NS im Kern kein originär nationalistisches Projekt, sondern vereint in sich deutlich mehr übernationale als nationale Elemente.

Die gesinnungsethische Wiederaufbereitung der NS-Vergangenheit steht im Zeichen intensiver ideologischer Arbeit.⁵ Vielleicht geht es darum, ein neues Zeitalter einzuläuten. Schließlich machen die Imperative der Marktlogik den Import von Menschen weiterhin notwendig. Zudem besteht die innere Logik globalen Freihandels darin, den Weltmarkt von Zäunen und Mauern zu befreien.

Sozio-ökonomische Auswirkungen der Weltmarktgesetze lassen sich in Germany an befristeten Arbeitsverträgen, der Ausweitung des Niedriglohnssektors und der Schichtarbeit, steigender Lohnarbeitszeit bei sinkenden Reallöhnen, einer chronischen Wohnraumknappheit in Ballungszentren sowie der Privatisierung von Bahn, Post, Krankenhäusern und Pflegeheimen fest machen. Wer die Realangst vor Auswirkungen der De-Regulierung, De-Industrialisierung und Privatisierung für unzulässig erklärt, schürt diese Ängste einerseits weiter.

»Die Entrüstung über den Fremdenhaß, die als Gegenmittel eine Politik der schrankenlos offenen Grenzen empfindet, hat etwas Scheinheiliges und Gefährliches. Denn wenn die Geschichte irgend etwas lehrt, dann dies: Keiner Gesellschaft war je der zivile Umgang mit dem Fremden angeboren. Vieles spricht dafür, daß die Reserve ihm gegenüber zu den anthropologischen Konstanten der Gattung gehört; und die Moderne hat mit ihrer steigenden Mobilität dieses Problem allgegenwärtiger gemacht als zuvor. Wer dies leugnet, arbeitet [andererseits] der Angst vor dem Fremden und den aggressiven Potentialen, die in ihr schlummern, nicht entgegen.« (Cohn-Bendit/ Schmid, 1991)

Es ist eine Wanderung auf schmalem Grat, Auswirkungen marktkonformer Politik als aus der Geschichte gezogene Lehre zu verummern und damit zu begründen, statt die Widersprüchlichkeit von Bewegungsgesetzen polyzentrischer Kapitalakkumulation und ihrer Wirkmechanismen auf dem Weltmarkt zu benennen.

Dass sich die Neoliberalisierung der Märkte in den letzten 40 Jahren ungeachtet parteipolitischer Interventionen hinterrücks zunehmend verselbständigt hat, indem sämtliche Sphären menschlichen Handelns ökonomischen Kategorien unterworfen wurden, zeigt einmal mehr, dass Menschen ohnehin bloße Anhängsel einer sich entgrenzenden Profitmaximierungsmaschinerie sind.

Literaturverzeichnis

- Adorno, Theodor W. (1951): *Minima Moralia: Reflexionen aus dem beschädigten Leben*. Frankfurt a. M. 1973
- Arendt, Hannah (1945): Antisemitismus und faschistische Internationale. In: Dies.: *Nach Auschwitz: Essays und Kommentare 1*. Hrsg. von Eike Geisel und Klaus Bittermann. Berlin 1989, S. 31-48
- Brecht, Bertolt (1982): *Gesammelte Werke in 20 Bänden: Schriften zum Theater 3, Bd.17*. Hrsg. in Zusammenarbeit mit Elisabeth Hauptmann. Frankfurt a. M.
- Buchheim, Hans (1962): *Totalitäre Herrschaft: Wesen und Merkmale*. München
- Cohn-Bendit, Daniel / Schmid, Thomas (1991): Wenn der Westen unwiderstehlich wird. In: *Die Zeit* #48, 22.11.1991
<https://www.zeit.de/1991/48/wenn-der-westen-unwiderstehlich-wird/komplettansicht>
- Diner, Dan (2016): Sind wir wieder im 19. Jahrhundert? *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.09.2016, S. 11
- Gerber, Jan-Georg (2018): Souveränität und Freiheit: Über historische Erfahrung in Mittelost-europa. In: *Bahamas* #79, S. 47-51
- Menasse, Robert (2012): *Der Europäische Landbote: Die Wut der Bürger und der Friede Europas oder Warum die geschenkte Demokratie einer erkämpften weichen muss*. Wien.
- Neumann, Franz L. (1977): *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944*. Frankfurt a. M. 1989
- Schieder, Theodor (1985): *Typologie und Erscheinungsformen des Nationalstaates in Europa*. In: Winkler, Heinrich August (Hg.): *Nationalismus*. Königstein, S. 119-137
- Tilly, Charles (1999): *Die europäischen Revolutionen*. München

Reden:

- Rede von Außenminister Heiko Maas am 13.06.2018: »Mut zu Europa - #EuropeUnited«
<https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-europeunited/2106420>
- Rede von Außenminister Heiko Maas am 20.07.2018 im Ehrenhof der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in der Stauffenbergstraße, Berlin
<https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-20-juli/2120764>
- Rede von Außenminister Heiko Maas am 14.09.2018 anlässlich der Eröffnung des Bali Democracy Forums
<https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-bali-democracy/2136748>
- Rede von Außenminister Heiko Maas am 21.07.2019 anlässlich des 75. Jahrestags des Attentats vom 20. Juli 1944 in Imshausen
<https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-gedenken-adam-von-trott-zu-solz/2234496>
- Rede von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am 04.04.2017 beim Besuch des Europäischen Parlaments
<http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2017/04/170404-Strassburg.html>

Weiterführende Lektüre:

- Gerber, Jan-Georg (2019): *Schutz und Illusion. Ein Plädoyer für die Fetischisierung des Rechts*. In: *Bahamas* #81, S. 45-51
- *Thunder In Paradise* (2018): *Die Pädagogen der Demagogen. Zur Islam-Apologie der Bildungsstätte Anne Frank*
<https://thunderinparadise.org/2018/09/23/die-paedagogen-der-demagogen/>
- Thomas Thiel: *Der Kurswechsel wird zum Kraftakt*. In: *FAZ*, 17.12.2019, S. 11



Konzept & Gestaltung:
Dawid Woźniakowski & Jenny Schreiter
Leipzig, Februar 2020

Was heißt antideutsch heute?

Krieg den deutschen Zuständen! Allerdings! Sie stehn unter dem Niveau der Geschichte, sie sind unter aller Kritik, aber sie bleiben ein Gegenstand der Kritik, wie der Verbrecher, der unter dem Niveau der Humanität steht, ein Gegenstand des Scharfrichters bleibt. Mit ihnen im Kampf ist die Kritik keine Leidenschaft des Kopfs, sie ist der Kopf der Leidenschaft. Sie ist kein anatomisches Messer, sie ist eine Waffe. Ihr Gegenstand ist ihr Feind, den sie nicht widerlegen, sondern vernichten will. Denn der Geist jener Zustände ist widerlegt. An und für sich sind sie keine denkwürdigen Objekte, sondern ebenso verächtliche, als verachtete Existenzen. Die Kritik für sich bedarf nicht der Selbstverständigung mit diesem Gegenstand, denn sie ist mit ihm im reinen. Sie gibt sich nicht mehr als Selbstzweck, sondern nur noch als Mittel. Ihr wesentliches Pathos ist die Indignation, ihre wesentliche Arbeit die Denunziation.

Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung

